

# **Frieden braucht Mut: 100 Jahre Volksbund**

**Die Reden des Jubiläumsjahres**

*VOLKSBUND FORUM, BAND 27*

---

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.  
Kassel 2020

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	7
<b>I. Jubiläumswoche des Volksbundes in Kassel</b>	11
Ausstellungseröffnung „Europa, der Krieg und ich“ <i>Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbundes</i>	13
Ausstellungseröffnung „Europa, der Krieg und ich“ <i>Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern</i>	23
Jubiläumsempfang <i>Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident</i>	31

<b>II. Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag</b>	39
<b>Hamburg</b>	
<i>Professor Loretana de Libero, Deutsche Historikerin und Politikerin</i>	41
<b>Sowjetische Kriegsgräberstätte Pankow</b>	
<i>Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbundes</i>	53
<b>Bremen</b>	
<i>Dr. Jens-Christian Wagner, Deutscher Historiker, Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten</i>	59
<b>Deutscher Bundestag</b>	
<i>Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbundes</i>	73
<b>Deutscher Bundestag</b>	
<i>Rafal Dutkiewicz, ehem. Stadtpräsident von Wrocław</i>	79
<b>Totengedenken</b>	
<i>Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident</i>	87
<b>Jüdischer Friedhof Weißensee</b>	
<i>Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung</i>	91

## **Jüdischer Friedhof Weißensee**

*Dr. Josef Schuster,  
Präsidenten des Zentralrats  
der Juden in Deutschland* 97

## **Mecklenburg-Vorpommern**

*Dr. Armin Jäger,  
Deutscher Politiker* 103

## **Schleswig-Holstein**

*Lea Hinz,  
Schülerin vom Alexander-Humboldt-  
Gymnasium (Neumünster)* 117

## **Sachsen-Anhalt**

*Dr. Axel Hartmann,  
Deutscher Diplomat* 125

## **Mecklenburg-Vorpommern**

*Georg Bergner,  
Katholischer Propst in Schwerin* 137

## **Lesung**

*Heinrich Pankuweit,  
Zeitzeuge* 141

## **Lesung**

*Mariusz Siemiatkowski,  
Wissenschaftlicher Leiter* 143

## **Lesung**

*Emiliya Schwarz,  
Studentin* 145

<b>Lesung</b>	
Winfried Nachtwei, Mitglied des Bundestages a.D.	147
<b>Hamburg</b>	
Götz Aly, Historiker	151
<b>Baden-Württemberg</b>	
Guido Wolf, Vorsitzender des LV Baden-Württemberg, Minister der Justiz und für Europa	163
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	
Thomas Kutschaty, Vorsitzender des LV NRW, Justizminister a.D.	173
<b>Bayern</b>	
Wilhelm Wenning, Vorsitzender des LV Bayern, Regierungspräsident a.D.	187
<b>Bisher in „Volksbund Forum“ erschienen</b>	199
<b>Impressum</b>	204

---

#### **Titelbild**

Trauer um den ermordeten Regierungspräsidenten von Kassel, Dr. Walter Lübcke: Nach dem Gottesdienst zum 100-jährigen Bestehen des Volksbundes in der Martinskirche in Kassel trägt sich Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier ins Kondolenzbuch ein. Hinter ihm stehen Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan (links) und Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle.

Foto: Uwe Zucchi



Der Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Berliner Reichstag

Foto: Bund

# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freundinnen und Freunde des Volksbundes,

Frieden braucht Mut: Das ist nicht nur das Motto des großen Jubiläumsjahres 2019. Das ist auch die feste Überzeugung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Im Jahr 2019 mit seinen Feiern und Gedenkstunden blickte der Volksbund zurück und zugleich nach vorne. Er erinnerte sich an seine Anfänge, als es galt, die Toten des Weltkrieges würdig zu bestatten. Und er warf einen Blick in die Zukunft, in der sich viele Menschen nur noch ungenau und bisweilen unwillig an die Gräueltaten der beiden Weltkriege und des millionenfachen Mordes der Juden erinnern werden. Doch nur wer die Geschichte kennt, kann die richtigen Lehren ziehen und die Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Auch deshalb blickten viele Rednerinnen und Redner bei den Feier- und Gedenkstunden in den Parlamenten, auf Ausstellungen, aber auch auf Friedhöfen und Kriegsgräberstätten, zurück auf die Anfänge des Volksbundes in der Weimarer Republik und versuchten die Frage zu beantworten, warum sich die Organisation nur ein gutes Jahrzehnt nach der Gründung willig der nationalsozialistischen Ideologie unterwarf.

An Mahnungen, die aktuelle Gefahr des Rechtsextremismus zu unterschätzen, fehlte es in diesem Jahr nicht. Zugleich entwickelten viele Politiker und Wissenschaftler auch Rezepte, um sich gegen diese ideologischen Verführungen zu immunisieren. Sie lauten Aufklärung, Toleranz und ein Miteinander ohne Hass und Hetze. Der Volksbund unterstützt dies durch seine Jugendarbeit, durch die Förderung des Engagements für Demokratie und Frieden. Denn, so brachte es Bundeskanzler Willy Brandt auf den Punkt: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Gemeinsam für den Frieden.

Gemeinsam für Europa.

*Harald John  
Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit  
Leiter Referat Kommunikation | Referat Marketing*







# **I. Jubiläumswoche des Volksbundes in Kassel**



Frieden braucht Mut:  
Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan bei der Eröffnung der Ausstellung  
„Europa, der Krieg und ich“

Foto: Uwe Zucchi

## **„Frieden und Freiheit brauchen Mut“**

Rede des Präsidenten des Volksbundes Wolfgang Schneiderhan  
anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Europa, der Krieg  
und ich“ am 16.06.2019 im Kulturbahnhof Kassel

Sehr verehrte Frau Knobloch,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

seien Sie herzlich willkommen zu dieser Veranstaltung, mit der wir unsere Ausstellung „Europa, der Krieg und ich“ sowie unsere Aktionswoche anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Volksbundes eröffnen.

Wir sind Ihnen, verehrte Frau Doktor Knobloch, sehr dankbar, dass Sie den Weg von München nach Kassel auf sich genommen haben, um an der heutigen Eröffnung durch einen Vortrag sowie einem anschließenden Gespräch teilzunehmen. In dieser Ausstellung legen wir Zeugnis ab über 100 Jahre Geschichte des Volksbundes, die eng mit der deutschen Geschichte verbunden ist. Keiner der Gründer hätte wohl im Dezember 1919 gedacht, dass es diese Organisation 100 Jahre später noch geben würde – und geben müsste. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen waren doch so verheerend, dass daraus eigentlich nur ein ewiger Friede hätte entstehen können.

Wir wissen, dass es anders gekommen ist, dass der Versailler Friedensvertrag keinen Frieden und die Weimarer Demokratie keine Demokratie gebracht hat. Nur gut 14 Jahre, nachdem die Waffen des Ersten Weltkriegs schwiegen, übernahmen die Nationalsozialisten mit der Unterstützung eines Teiles der Bevölkerung in Deutschland die Macht, um Schrecken, Terror, Verfolgung und Krieg zu verbreiten. Am Ende standen ein ungeheurer Zivilsationsbruch, der Holocaust, die Verfolgung und Vernichtung anderer Minderheiten sowie der Zweite Weltkrieg, in dem zudem furchtbare Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen wurden.

Dass der Volksbund in der Zeit des sogenannten Dritten Reiches selbst zu einem willfährigen Propagandainstrument geworden ist, beschämt uns noch heute. Verschweigen dürfen wir es nicht.

Zu der Bestattung der Opfer des Ersten Weltkrieg und der Betreuung ihrer Angehörigen trat nach 1945 für den Volksbund die noch viel größere Aufgabe, sich der Gefallenen des Zweiten Weltkriegs anzunehmen. Auch heute noch sind wir mit der Umbettung und würdigen Bestattung von deutschen Kriegstoten beschäftigt. Selbst im Westen Europas werden noch oft Kriegstote gefunden, die wir identifizieren und umbetten wollen. Im Osten Europas wissen wir sogar von rund 800.000 Toten, von denen wir hoffen, zumindest noch 250.000 auffinden, identifizieren und bestatten zu können. Im letzten Jahr haben wir

27.000 Kriegstoten eine letzte würdige Ruhestätte gegeben.

Auch das Interesse von Angehörigen am Schicksal der Vermissten und Gefallenen ist ungebrochen. 2018 erreichten uns rund 34.000 Angehörigenanfragen und unsere Online-Gräbersuche ist im letzten Jahr 3,5 Millionen Mal aufgerufen worden.

Die Anlage und Pflege von Kriegsgräberstätten, die Betreuung von Angehörigen – das sind wichtige Elemente unserer Tätigkeit, und sie werden es auch bleiben.

Aber das Wollen und Wirken des Volksbundes erschöpft sich darin nicht. Wir haben zu viel Leid gesehen, um uns auf seine Bewältigung zu reduzieren.

Kriege brechen nicht aus, sie werden gemacht. Sie können entstehen auf einer Basis von Feindbildern, Fremdenfeindlichkeit und autoritären Denkweisen. Wer diese Gemengelage verhindern will, muss dafür sorgen, dass die Menschen sich für Frieden und Demokratie engagieren. Daher lautet das Motto unserer Aktionswoche „Frieden braucht Mut“.

Schon vor zweieinhalbtausend Jahren hat der griechische Staatsmann Perikles in der Überlieferung des Historikers Thukydides gesagt: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.“ Und man kann mit Willy Brandt hinzufügen: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Der Zusammenhang der beiden Zitate ist offensichtlich. Die Freiheit ist immer das

erste Opfer des Krieges. Hierfür gibt es leider sehr viele Beispiele, von den Peloponnesischen Kriegen, die Thukydides beschrieb, bis in unsere Tage. Die Freiheit und die demokratische Ordnung, die der Freiheit eine Struktur gibt, benötigen Frieden, um sich entfalten zu können.

Man hört oft Geschichten von mutigen Kriegern. Tatsächlich braucht man den Mut aber vor dem Krieg, denn wenn dieser erst im Gange ist, ist es für den Einzelnen schwierig bis unmöglich, ihm zu entgehen. Der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel, der dem Volksbund sehr verbunden ist, hat gerade in einem Buch anschaulich die Lage seines älteren Bruders im Zweiten Weltkrieg geschildert. Dieser wollte dem Krieg entrinnen und einfach zu Hause sein. Das war ihm aber unmöglich, im letzten Kriegsjahr ist er gefallen.

Frieden und Freiheit brauchen Mut. In unserer Gesellschaft muss man glücklicherweise nicht den Mut beweisen, einen Tyrannen zu töten, wie Claus von Stauffenberg dies 1944 versuchte, und auch nicht, Leib und Leben bei einer Demonstration einzusetzen, wie das in vielen Ländern der Fall ist. Dennoch gilt es auch bei uns, Mut zu beweisen.



Es ist der Mut, Hass und Intoleranz auch im Alltag entgegenzutreten.

Es ist der Mut, seine Meinung zu sagen, auch wenn man das Gefühl hat, mit dem „mainstream“ nicht übereinzustimmen.

Es braucht auch Mut, seinen eigenen Verstand zu gebrauchen und die eigenen ethischen Standards nicht zu verraten, auch wenn das von anderen als „Sachzwang“ dargestellt wird.

Es ist der Mut, Stereotype und Vorurteile zu hinterfragen, statt sie nachzuplappern.

Ja, das ist oft nicht einfach, diesen Mut zu beweisen, dem Vorgesetzten zu widersprechen oder sich außerhalb einer Gruppe zu stellen oder bei einer Familienfeier wie ein Störfaktor zu wirken. Aber gerade die Kriegsgräberstätten zeigen uns, wie wichtig es ist, frühzeitig und damit rechtzeitig mutig zu sein. Es gibt kein „Vermächtnis“ der Kriegstoten, sie sind nicht gestorben, weil sie uns etwas vermachen wollten. Sie waren Opfer der Kriege, oder auch Täter, oftmals beides. Viele sind – gerade im Ersten Weltkrieg – mit triumphalen Gesängen in die Schlacht gezogen, aus der sie nicht zurückkehrten. Andere – und das war sicherlich die große Mehrheit – haben an dem Krieg teilgenommen, weil der Staat und die Gesellschaft ihnen keine Wahl ließen. Wenn der Krieg sie nicht ganz verschlungen hat, kamen sie verletzt oder traumatisiert zurück, in ein ebenfalls verletztes und traumatisiertes Land, in dem sie oftmals nur schwer wieder

Fuß fassen konnten. Auch sie sind – genau wie ihre Familien und diejenigen, die ihre Angehörigen verloren haben – Kriegsopfer. Dieses furchtbare Leid lässt sich nicht im Nachhinein mit einem Sinn überformen, den ihr Schicksal nicht gehabt hat. Aber ihr Tod ist Mahnung und Denkanstoß. Deshalb wollen wir aus den Kriegsgräberstätten auch Lernorte machen, aus den Gedenkstätten auch Denkstätten. Deshalb betreiben wir eine umfangreiche Bildungsarbeit, die wir in dieser Woche darstellen.

Die Lehre, die wir aus den Kriegen ziehen können ist, Kriege in Zukunft zu vermeiden.

Der Volksbund ist überparteilich, aber nicht unpolitisch. Er tritt ein für Strukturen, die Kriege verhindern, und das ist bei uns in erster Linie die europäische Integration. Über die Ausgestaltung der Europäischen Union vom Mindestlohn bis zum Plastikverbot mag man streiten – und der Volksbund beteiligt sich an dieser Debatte nicht. Dafür aber, dass kooperative und auch supranationale Strukturen das alte Gegeneinander ersetzen, stehen wir mit ganzer Kraft ein.

Das sind wichtige Mosaikstücke unserer Arbeit, die wir hier in Kassel in der nächsten Woche präsentieren wollen. Da wir eine Vielzahl von Menschen unterschiedlichen Alters und mit verschiedenen Interessen ansprechen wollen, bieten wir einen bunten Strauß von Aktivitäten: Filme und Lesungen, Vorträge und Diskussionen, Konzerte und Bewegungs-

theater, ja, auch Fahrten mit dem Heißluftballon und Bungee-Springen. Aber die unterschiedlichen Blumen in diesem Strauß werden zusammengehalten von der Motivation, möglichst vielen Menschen unsere Arbeit vorzustellen und sie vielleicht als Mitmachende auf der einen oder anderen Ebene zu gewinnen.

Wir können im Volksbund noch so effizient arbeiten, effektiv können wir nur werden, wenn viele Bürgerinnen und Bürger unsere Ziele teilen und sich dafür engagieren. Frieden und Begegnung, Toleranz und Vielfalt, Demokratie und europäisches Miteinander können wir nicht in unseren Büros schaffen, sondern nur mit den Menschen in Deutschland und Europa. Deshalb gehen wir raus in die Gesellschaft, ab heute in Kassel und im weiteren Verlauf des Jahres auch in anderen Städten.

Wir sind Ihnen, sehr verehrte Frau Knobloch, sehr dankbar, dass Sie bereit sind, mit uns das Startsignal für diese Woche zu setzen – eine Woche, die übrigens durch den Besuch des Bundespräsidenten beendet werden wird. Wir freuen uns auf Ihren Impuls und auf das anschließende Gespräch. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, geht mein Dank aber an Sie alle, dass Sie durch Ihre Anwesenheit Ihr Interesse an der Arbeit und den Zielen des Volksbundes bekunden. Frau Doktor Knobloch ist in Deutschland keine Unbekannte. Seit 1985 bekleidet sie das Amt der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München

und Oberbayern. Unter ihrer Präsidentschaft wurde ab 2003 in München das neue Jüdische Zentrum mit Gemeindezentrum und Synagoge für die auf rund 9.500 Mitglieder angewachsene Gemeinde der Stadt errichtet. Die neue Münchener Hauptsynagoge Ohel Jakob wurde am 9. November 2006 eröffnet, das von der Stadt München gebaute und betriebene Jüdische Museum sowie das Gemeindezentrum folgten im März 2007.

Auch auf Bundesebene war Frau Knobloch aktiv, knapp zehn Jahre lang als Vize-Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und von 2006 bis 2010 als dessen Präsidentin.

Frau Knobloch tritt als unerschrockene Kämpferin für Demokratie und Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile auf – auch wenn das nicht jedem bornierten Landtagsabgeordneten passt, wie wir neulich erleben mussten.

Frau Knobloch hat sich zudem international stark engagiert und sie hat für ihre Leistungen zahlreiche nationale und internationale Ehrungen erfahren. Heute ehrt sie uns durch ihre Anwesenheit.

\*\*\*





Eröffnete die große Volksbund-Ausstellung im Kulturbahnhof Kassel:  
Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde  
München und Oberbayern

Foto: Uwe Zucchi

Rede Dr. Charlotte Knobloch zur Eröffnung der Ausstellung  
„Europa, der Krieg und ich“ am 16. Juni im Kulturbahnhof Kassel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Ausführungen haben mir zweierlei wieder sehr eindrücklich gezeigt. Erstens: Mit Wolfgang Schneiderhan hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen der klügsten und fähigsten Köpfe unseres Landes an seiner Spitze. Und zweitens: Der Volksbund und seine Aufgabe sind heute, 100 Jahre nach seiner Gründung, so wichtig wie eh und je.

Da ist zunächst natürlich die namensgebende Pflege der Kriegsgräber. Die beiden verheerenden Waffengänge des 20. Jahrhunderts sind auch heute, 101 bzw. 74 Jahre nach ihrem Ende, noch immer im allgemeinen Bewusstsein präsent und prägen unser heutiges Leben in vielerlei Hinsicht weiter. Vor allem aber sind und bleiben die Abermillionen von Toten, die sie hinterlassen haben, eine Warnung, eine Mahnung und eine klare und eindringliche Aufgabe an die heute Lebenden, das ehrende Andenken für sie mit dem Einsatz für eine bessere Zukunft heute zu verbinden.

Zuletzt wurden wir daran durch die jüngsten Gedenkfeierlichkeiten rund um den 75. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, den sogenannten „D-Day“, wieder erinnert.

Die Bilder dieser bemerkenswerten Militäroperation waren wieder in allen Zeitungen: Junge Männer, die aus ihren Landungsbooten durch die Brandung ans Ufer wateten, der Strand übersät mit Panzersperren, Granattrichtern und unzähligen Toten. Es sind Bilder, die auch für uns heute noch die Brutalität und rohe Gewalt des Krieges begreiflich machen und uns verpflichten, für den Frieden einzutreten.

Ein solcher Friede hielt nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland schließlich in Europa Einzug – Gott sei Dank. Es war und ist ein Friede, den wir – den ich – lange nicht für möglich gehalten, ja oft nicht einmal zu erhoffen gewagt hätten. Wer sich heute in Europa umsieht, der sieht vieles, nur keinen Krieg.

Er sieht, wie aus alten Feinden längst Freunde und aus erbitterten Kriegsgegnern enge politische und wirtschaftliche Partner geworden sind.

Er sieht eine gesamteuropäische Gesellschaft, die – bei allen Differenzen – von gemeinsamen Werten getragen ist und ihren gemeinsamen Kurs demokratisch bestimmt.

Und er sieht auch eine deutsche Gesellschaft, die mit den Jahren – langsam zwar, aber immerhin – die eigene Geschichte und die eigene Rolle im Zivilisati-



onsbruch des NS-Regimes ebenso wie die eigene Verantwortung innerhalb des nationalsozialistischen Terrorstaats anerkannt hat. Eine Entwicklung, für die der Volksbund, der seine Tätigkeit unter den Nationalsozialisten aufgearbeitet hat und weiter aufarbeiten muss, exemplarisch steht.

Der Prozess der Bewusstwerdung und der Annahme der eigenen Verantwortung, der die demokratische Entwicklung unseres Landes vom Neuaufbau nach 1949 erst ermöglicht und bis in die Gegenwart begleitet hat, ist noch immer nicht vollständig abgeschlossen.

Zwar nimmt die Zahl derjenigen, die in der eigenen Lokal- und Familiengeschichte die entscheidenden, oft auch schmerzlichen Fragen stellen, heute stetig zu, und auch ich erlebe beispielsweise auf Schulbesuchen immer wieder ein deutlich größeres Interesse an Fragen der Erinnerungskultur als noch vor wenigen Jahren.

Doch erleben wir leider gleichfalls seit einigen Jahren eine besorgniserregende Gegenbewegung von Menschen, die der Erinnerung und dem Gedenken rundheraus eine Absage erteilen wollen. Immer mehr Menschen in unserem Land fühlen sich nicht angesprochen und, mehr noch, nicht verantwortlich, wenn es um unsere demokratische Gedenkkultur geht. Das ist eine hochgefährliche Entwicklung, zumal dieser Trend in der Intensität, mit der wir ihn derzeit erle-

ben, ein Novum darstellt. Zwar hat es Gruppierungen mit ähnlichen Zielen in der Bundesrepublik immer wieder gegeben, aber ihr politischer und gesellschaftlicher Einfluss war nie größer und erschreckender als heute. Ihre Vertreter wenden sich längst ganz offen gegen die Erinnerungskultur, gegen das Gedenken und, am bedeutsamsten, gegen die moralischen und politischen Grundsätze unseres Landes, das sich seit seiner Gründung über die Abgrenzung vom kriegerischen NS-Regime definiert.

Die entsprechenden Zitate der einschlägigen Persönlichkeiten sind bekannt, und ich möchte sie hier und heute ausdrücklich nicht wiederholen. Fakt ist aber: Generationen nach Kriegsende bringen solche Entwicklungen enorme Herausforderungen für die Gesamtgesellschaft mit sich. Die Gedenk- und Erinnerungskulturen unseres Landes – und ich verwende hier mit Bedacht den Plural des Wortes – sind zwar bereits seit vielen Jahrzehnten gesellschaftlich akzeptiert, ein Herzensanliegen waren sie den meisten Menschen aber nie – auch nicht der demokratischen Mehrheit. Vielen schien die Vergangenheit schon früher allzu weit entfernt zu sein; eine Einstellung, zu der der Schriftsteller William Faulkner mit seinem bekannten Satz „*Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal wirklich vergangen*“ bereits alles gesagt hat.

Als Mitglied der jüdischen Gemeinschaft ebenso wie als Unterstützerin des Volksbundes Deutsche Kriegs-

gräberfürsorge bin ich der Ansicht, dass es auch diese Bereitschaft zur Ausblendung und Verdrängung ebenso wie ein schlichter Hang zur Bequemlichkeit war, die zu unserer misslichen Lage heute beigetragen haben. Vielfach fehlte, um das Wort noch einmal aufzugreifen, der *Mut* zu erinnern. Das nun zu ändern, ist ein wichtiges, ein lohnendes und ein drängelndes Ziel, das sich auch der Volksbund sehr zu recht auf die Fahnen geschrieben hat. Die soeben begonnene Aktionswoche unter dem Motto „Frieden braucht Mut“ ist für mich die richtige Idee zur richtigen Zeit.

Es braucht heute *Mut*: *Mut* zur Erinnerung, *Mut* zum Frieden, *Mut* zur Demokratie. Gerade diesen letzten, historisch begründeten Punkt müssen wir uns alle im wahrsten Sinne des Wortes viel öfter „vergegenwärtigen“. Das sage ich auch und besonders vor dem Hintergrund meiner eigenen Geschichte. „Der Krieg, Europa und ich“, so der Titel dieser Ausstellung, das ist für mich die Geschichte meiner eigenen Kindheit und Jugend und damit eine Geschichte von Angst, Unsicherheit und Verfolgung. In einem Staat, dessen ganzes Wirken darauf ausgerichtet war, jüdisches Leben und damit auch jüdische Menschen auszulöschen, waren es einzig Glück und Fügung, die mich am Ende haben überleben lassen.

Das und der Einsatz meiner Retterin, die mich auf dem Bauernhof ihrer Familie in Franken als uneheli-

ches Kind ausgab und so mein Leben rettete. Was diese Frau getan hat, meine Damen und Herren, zeugte von Mut und von Verantwortungsbewusstsein. Sie tat das Richtige, nicht, weil es ihr einen Vorteil verschaffte, sondern im Gegenteil unter größtem persönlichem Risiko, weil es das Richtige war.

Genau das sind die Werte, die wir heute benötigen: Wir brauchen *Mut*, um den Frieden in Europa zu erhalten, und *Verantwortung*, um die Freiheit in unserem Land zu stärken.

Denn beide sind in Gefahr. Es braucht das gemeinsame Engagement aller in unserer Gesellschaft, um im Gedenken an die Schrecken der Vergangenheit die Freiheit unserer Gegenwart zu erhalten. Wenn es je einen Zeitpunkt gab, da wir die Zukunft zu bewahren hatten, dann ist es heute.

Für diesen Mut in Verantwortung steht heute der Volksbund in besonderem Maße ein. In einer Zeit, da der gesellschaftliche Zusammenhalt ins Wanken gerät und demokratische Grundwerte ausgerechnet an der Wahlurne immer häufiger zurückgewiesen werden, sind starke zivilgesellschaftliche Stimmen umso wichtiger, die gegen eine solche Verrohung eintreten. Der Volksbund, der seit 100 Jahren das Andenken der Weltkriegstoten pflegt, ist dafür besonders geeignet.

Die Erinnerung an den Tod und die Zerstörung, die das Wesen des Krieges sind, gehört zu seinen grundlegendsten Aufgaben. Seine Tätigkeit gemahnt an die

Gefallenen beider Kriege, darunter, – das nur am Rande – die 12.000 jüdischen Frontkämpfer, die von 1914 bis 1918 unter der Fahne des deutschen Kaiserreiches kämpften und fielen.

Diese Erinnerungsarbeit des Volksbundes benötigt heute, da die Kriege Teil einer immer weiter entfernten Vergangenheit sind, nicht weniger, sondern mehr Unterstützung. In einer Zeit, da immer mehr Menschen sich aus der sprichwörtlichen Verantwortung stehlen wollen, müssen wir alle eintreten für den Mut zur Verantwortung und den Mut zur Demokratie. Das Wissen um „Der Krieg, Europa und ich“ kann die Türe öffnen für eine Zukunft von Frieden in Europa für uns alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Dr. h.c. Charlotte Knobloch**

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern

Ehemals Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Beauftragte für Holocaust-Gedenken des World Jewish Congress

\*\*\*



„Wir brauchen Sie!“:  
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht im Ständehaus in Kassel  
vor den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Volksbundes Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge

Foto: Uwe Zucchi

## **„Ihre Friedensarbeit ist von unschätzbarem Wert – für Deutschland und für Europa“**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Empfang zum 100. Jubiläum des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. am 23. Juni 2019 in Kassel

Wann hat man schon Gelegenheit, einem Hundertjährigen zu gratulieren? Deshalb das Wichtigste vorneweg: dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge herzlichen Glückwunsch zum Gründungsjubiläum! Einem Jubilar, der trotz seiner 100 Jahre noch höchst aktiv und sehr lebendig ist. Und dessen Mitgliedern es dennoch ebenso recht wäre, es hätte den Anlass für die Gründung der Kriegsgräberfürsorge nie gegeben!

Volksbund, ein altmodischer Name – heute würde man wohl sagen: Bürgerinitiative. Das war der Volksbund 1919 bei seiner Gründung, nach den Verheerungen des Ersten Weltkrieges, in Langemarck, Ypern, an der Somme, an der Marne, in Verdun, in den Masuren, an der Isonzofront, dem millionenfachen Tod in ganz Europa und der Welt. Und das ist er bis heute: eine Initiative, getragen von Bürgerinnen und Bürgern aller Couleur, politischer Richtungen und Konfessionen.

Stellvertretend für die vielen tausenden Unterstützer und Weggefährten sind Sie, meine Damen und Herren, heute hier. Ihre Arbeit für den Volksbund ist vielfältig: Sie engagieren sich in der Bildungs- und Jugendarbeit, der Gräberpflege, organisieren Gedenkveranstaltungen oder Spendensammlungen, sind national wie international unterwegs. Sie sorgen dafür, dass der Volksbund aktiv und auf der Höhe der Zeit bleibt.

Für Ihren beispiellosen Einsatz und ihr ehrenamtliches Engagement dankt Ihnen nicht nur der Schirmherr des Volksbundes, sondern auch der Bundespräsident. Dank auch im Namen aller deutschen Landsleute!

Letztes Jahr haben wir an das Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert; in diesem Jahr werden wir des Beginns des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren gedenken. Mehr als 70 Millionen Tote – das Leid, das die beiden Weltkriege angerichtet haben, ist unermesslich. Gerade deshalb ist die Aufgabe des Volksbundes viel mehr als Gräberpflege.

Sie ist Beziehungspflege. Beziehungspflege mit unseren Nachbarstaaten in Europa, die Deutschland einst überfallen hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Jugendlichen, die dort für den Volksbund Freiwilligenarbeit leisteten, zu Botschaftern eines friedlichen und offenen Deutschlands. Ihre Arbeit durfte ich selbst im Jahre 2014 in Münster mit dem „Preis des Westfälischen Friedens“ auszeichnen. Wir dürfen bei



der Trauer um die Toten aber niemals ausblenden, warum sie starben: 1939 ist nicht zu trennen von 1933, von der Zerstörung der Demokratie und dem Machtantritt Hitlers, von Rassenwahn und Selbstüberhöhung über andere Völker. Wie der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges gedacht werden kann, darauf hat der Volksbund immer wieder zeitgemäße Antworten gefunden.

Heute ist Kriegsgräberfürsorge vor allem Friedensarbeit. Die Grabstätten der Toten sind Orte der mahnenden Erinnerung, sie müssen Orte der Erkenntnis und des Lernens sein. Ihre endlosen Gräberreihen zeigen, wohin Diktatur, Nationalismus und Rassismus führen. Der nüchterne Begriff „deutsche Kriegstote“ gilt nicht nur Soldaten, auch zivilen Opfern, Flüchtlingen, Bombentoten. Der Volksbund ehrt und gedenkt aber auch der Opfer des Holocaust. Gemeinsam haben wir an den Stätten unvorstellbarer Gräueltaten in Paneriai in Litauen und zuletzt in Malyj Trostenez in Weißrussland gedacht. Ich bin mir sehr bewusst, dass es auch der Arbeit des Volksbundes zu verdanken ist, dass Deutschland und Weißrussland im Zusammenwirken einen Ort würdigen Gedenkens geschaffen haben, den zehntausendfachen Mord in Malyj Trostenez dem Vergessen zu entreißen.

Ich bin dankbar für diese Öffnung des Volksbundes; dankbar, dass Sie sich Ihrer eigenen wechselvollen Geschichte gestellt haben und mit dem Leitbild

und der Göttinger Erklärung neue Wege beschreiben. Ich möchte Sie ermuntern, diesen Weg fortzusetzen, allen voran Sie, lieber Wolfgang Schneiderhan. In turbulenten Zeiten haben Sie beim Volksbund das Präsidentenamt übernommen. Dafür danke ich Ihnen auch persönlich. Denn die friedenspädagogische Arbeit des Volksbundes ist heute wichtiger denn je.

Zum Glück ist der Volksbund trotz seiner 100 Jahre keinesfalls müde, das darf er auch nicht sein, denn es bleibt viel zu tun: die Umwandlung von Kriegsgräberstätten in internationale Lernorte, der Ausbau des europäischen Partnernetzwerks, Gedenkprojekte in Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

All das haben Sie sich vorgenommen. Sie tun es zum Wohle unseres Landes und seines Ansehens in der Welt. Und dafür verdienen Sie die Unterstützung, die Sie für Ihre so wichtige Arbeit brauchen.

Heute steht hier in Kassel auf dem Königsplatz ein Fest der Begegnungen an.

Begegnungen in einer Stadt, die – wie unser gesamtes Land – erschüttert ist von dem gewaltsamen Tod des Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Schon der Verdacht, dass in diesem Land mit dieser Geschichte jemand, der für die Demokratie gearbeitet hat, hingerichtet wird durch einen politischen Mord, mutmaßlich begangen von einem überzeugten Rechtsextremisten, dem dann im Netz auch noch Beifall ge-

klatscht wird – das alles ist furchtbar und unerträglich. Es muss uns beschämen und darf uns nicht ruhen lassen, dass wir Walter Lübcke nicht schützen konnten vor seinen Mördern. Wir müssen hoffen, dass es Polizei und Staatsanwalt gelingt, die Tat rasch aufzuklären und den oder die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Wenn heute die Repräsentanten unserer Demokratie, allen voran die Ehrenamtlichen, wenn Bürgermeister und Kommunalpolitiker beschimpft, bedroht und tätlich angegriffen werden, dann ist das ein Alarmzeichen für unsere Demokratie. Eine Gefahr ist nicht nur der rechtsextreme Gewalttäter, der den Finger am Abzug hat, sondern ein Klima oder Netzwerke, in denen sich Menschen zu solchen Taten legitimiert oder gar ermutigt fühlen. Klar muss sein: Wer Gewalt in die Politik trägt, der greift uns alle an – unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Deshalb müssen wir zusammenstehen und jenen den Rücken stärken, die sich für unser Land engagieren, die Zeit und Kraft opfern und vor Ort Verantwortung übernehmen. Sie alle verdienen Respekt, Schutz und Unterstützung.

Frieden beginnt im Innern eines Landes – damit, dass wir Achtung voreinander haben, dass wir unsere Konflikte friedlich lösen und dass wir stets im Gespräch miteinander bleiben.

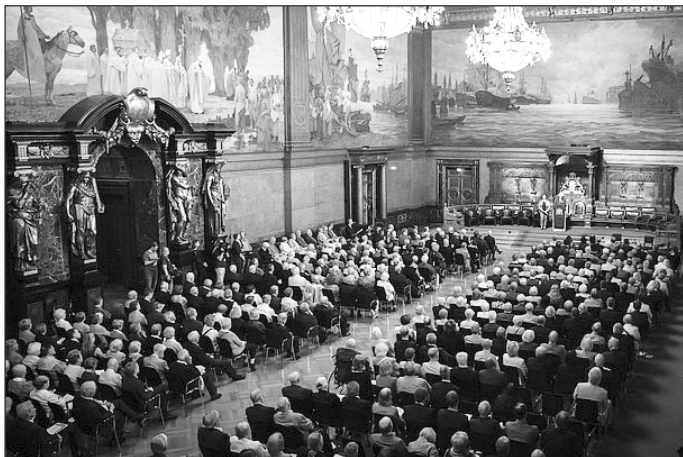
Auf viele gute Gespräche mit Ihnen gleich hier im Saal freue ich mich und auf die Erzählungen von Ihrer Arbeit für den Volksbund. In einer Zeit, in der Nationalismus und Extremismus zu neuen Spaltungen in Europa führen können, ist Ihre Friedensarbeit von unschätzbarem Wert – für Deutschland und für Europa. Wir brauchen Sie! Vielen Dank!

\*\*\*





## **II. Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag**



Feierstunde des Volksbundes im Hamburger Rathaus:  
500 Gäste feierten im Großen Festsaal gemeinsam mit den fünf norddeutschen  
Landesverbänden

Foto: Pressestelle des Senats



## **„Erinnern bedeutet auch: laut und deutlich zu widersprechen.“**

Rede von Frau Professor Loretana de Libero am 9.8.2019  
beim Senatsempfang im Hamburger Rathaus anlässlich des  
100-jährigen Bestehens des Volksbundes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

prachtvoll und elegant, gediegen ist er, der Große Festsaal, in dem wir uns heute zusammengefunden haben. Die Bilder an seinen Wänden erzählen eine Geschichte. Es ist die Geschichte Hamburgs von der Urzeit bis in die Moderne. Auf dem letzten Bild sehen wir den brummen- den Welthafen um 1900. Aber wir sehen keine Menschen. Keine Werftarbeiter in den Schwimmdocks, auf der Helling, keine Matrosen an Bord der Dampfer und Frachter, keine Soldaten auf dem Kriegsschiff oder Schauerleute an Land. Es fehlen die „duldenden, strebenden, handelnden Menschen“, wie es Leopold Ranke einmal ausdrückte. Der Mensch inmitten seiner Gegenwart, die für uns heute schon lange Geschichte ist, spielt auf diesem Bild keine Rolle. Dabei ist es doch der Mensch, der durch sein Handeln, so Hannah Arendt, die Bedingungen schafft für eine Kontinuität der Generationen, für Erinnerung und für Geschichte.

Um Erinnerung und Geschichte soll es uns heute gehen, um die Geschichte des Volksbunds und um die Menschen, die seine Ziele, seine Arbeit in all den Jahren begleitet und unterstützt haben. Ich möchte Sie daher für eine Viertelstunde entführen in die wechselvolle Geschichte unseres Vereins, mit seinen Höhen und Tiefen, den hellen wie dunklen Seiten, die eng mit der deutschen Geschichte und den Erinnerungen von Generationen verknüpft sind.

Der Volksbund wird dieses Jahr 100 Jahre alt. Sein Geburtsjahr 1919 ist tief im historischen Gedächtnis Europas verankert. Der Versailler Vertrag wurde damals unterzeichnet, ein Friedensvertrag, der doch keinen wirklichen Frieden bringen sollte. Insgesamt kostete der Erste Weltkrieg 17 Millionen Menschen, Soldaten wie Zivilisten, das Leben. Hinzu kamen noch unzählige Kriegsversehrte, Traumatisierte, zerstörte Städte, zerpflügte Landschaften. Es folgten politische Umbrüche, Wirtschaftskrisen, soziale Not. Nicht umsonst wird der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ begriffen. „Über Gräbern weht der Wind“, so lautet eine Zeile aus dem Lied „Sag mir, wo die Blumen sind“.

Die meisten Gräber der deutschen Soldaten lagen kriegsbedingt fernab im ehemaligen Feindesland. Ein Besuch war kaum möglich. Aus Sorge um die Gräber der gefallenen Väter, Männer, Brüder oder Söhne bildeten sich daher in Deutschland kleine private Initia-

tiven. Viele wünschten für ihre Gefallenen ein würdiges Grab „in fremder Erde“. Nicht wenige dachten da auch an Versöhnung über Gräber hinweg. Manche aber misstrauten dem ehemaligen Feind. Einige wollten gar in nationalistischer Heldenverehrung heilige Opferstätten schaffen. Im Dezember 1919 gründete sich schließlich in Berlin als letztlich maßgebliche Organisation der gemeinnützige Verein „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“. In ihrem Gründungsaufruf bekennen sich seine Stifter „zu gemeinsamer Totenehrung jenseits allen Völkerhasses“.

Private Kriegsgräberfürsorge ist eine deutsche Eigenart, ist sie doch sonst anderswo eine Sache des Staates. Schuld hat eigentlich der Versailler Vertrag. Nach seiner Maßgabe hatte sich jeder Staat um die auf seinem Gebiet liegenden Soldatengräber zu kümmern, um Ein- und Umbettungen, um Anlage von Friedhöfen, unabhängig von der Nationalität. Die deutsche Regierung durfte daher nach Kriegsende mit einem Gräberdienst im Ausland nicht aktiv werden. Ohnehin fehlten ihr die nötigen Mittel. Mit ihrer Billigung arbeitete nun der Volksbund vor Ort – als privater Verein unter dem Radar diplomatischer Reibungsflächen. Er kümmerte sich zunächst um die Grabpflege, später auch um die Gestaltung von Soldatenfriedhöfen und um die Hinterbliebenen. Der Volksbund, politisch und konfessionell neutral, konnte sich lange auf einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft stützen. Sein Name war Programm: Der Verein wollte von al-

len Schichten des Volkes getragen werden. Mitglieder kamen zwar vor allem aus konservativen, bürgerlichen Milieus, doch auch aus der Arbeiterklasse. Soldatenwitwen, Frontkämpfermütter, so hieß es damals, sparten sich hier die Mitgliedsbeiträge vom Mund ab. Zum Volksbund gehörten in Hamburg übrigens auch Herren aus der Unterwelt, so mancher Ganove auf St. Pauli entrichtete treu und redlich seinen jährlichen Obolus. Finanziert wurde und wird die humanitäre Arbeit des Volksbunds durch Mitgliedsbeiträge, aus Steuermitteln, aber vor allem durch Spenden.

100 Jahre Volksbund, viele helle, aber auch dunkle, unrühmliche Jahre finden sich darunter. Keine zehn Jahre nach seiner Gründung gewannen antidemokratische, antisemitische und revanchistische Kräfte an der Vereinsspitze die Oberhand. Statt zu Frieden und Versöhnung zu mahnen, war nun laut von heldischem Tod und deutschem Opfergeist die Rede, wurden wuchtige „Totenburgen“ in die Landschaft gesetzt. In der Zeit des Nationalsozialismus blieb der Volksbund formal bestehen. Seine Funktionäre suchten sich jedoch eifrig dem NS-Regime und seiner menschenverachtenden Ideologie anzudienen. Das Führerprinzip übernahm der Verein vorausseilend für seine wachsende Organisation. Mitglieder jüdischen Glaubens wurden bereits 1933 aus dem Volksbund hinausgedrängt, deutsch-jüdische Soldatengräber im Ausland in der Folgezeit unkenntlich gemacht.

Im Zweiten Weltkrieg war das Oberkommando der Wehrmacht für die eigenen, neuen Gefallenen zuständig. Eine Wehrmachtauskunftsstelle, ein Wehrmacht-Gräberdienst wurden eingerichtet. Der Volksbund blieb auf die Gefallenen des Ersten Weltkriegs und die Angehörigenbetreuung beschränkt. Der Zweite Weltkrieg war ein vom nationalsozialistischen Deutschland geführter Angriffs- und Vernichtungskrieg. Wie viele Soldaten mochten wohl wie der 23-jährige Gefreite Willy Peter Reese gedacht haben: „Nichts konnte meinem Wesen mehr widersprechen, als dass ich Soldat werden musste, ... kämpfen für eine Weltanschauung, die ich hasste, in einem Krieg, den ich niemals wollte, und gegen Menschen, die meine Feinde nicht waren.“ Der gewöhnliche Soldat Reese wusste 1941 von dem Judenmord, den Verbrechen des Regimes, erlebte und nahm teil am Wüten im Weltenbrand. Er bemerkte, wie er in drei Jahren Ostfront „sich selber seltsam fremd“ wurde und die Menschlichkeit verlor. Hart urteilte er über sich und die Seinen an der Front: „Dass wir Soldaten waren, genügte zur Rechtfertigung von Verbrechen und Verkommenheit, und genügte als Basis einer Existenz in der Hölle.“ Willy Peter Reese gilt seit Juni 1944 als vermisst.

1945 lag die Welt in Trümmern, über 55 Millionen Tote, millionenfaches Leid. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte, bedingungslos, und der moralische Bankrott, singulär. Nach 1945 erfolgte rasch die Reor-

ganisation des Volksbunds. Personell, teils auch mental, lassen sich Kontinuitäten über die vermeintliche „Stunde Null“ auch für den Volksbund erkennen. In den westlichen Besatzungszonen war der Verein zunächst damit beauftragt, Kriegsgräber, Kriegsopfer im Inland zu erfassen. 1952 übernahmen diese Aufgabe die Bundesländer. Früh knüpfte der Volksbund erste Kontakte ins Ausland, zunächst nach Italien. Auf der Basis diverser Gräberabkommen übernimmt der Volksbund seit den 1950er Jahren im Auftrag der Bundesregierung die Anlage und Pflege von Kriegsgräbern im Ausland. Im Kalten Krieg war der Volksbund aber nur im Westen aktiv. In der sowjetisch besetzten Zone wurde er als „militaristische“ Organisation nicht zugelassen. Auch in der DDR durfte er offiziell nicht tätig werden. Erst nach der Wende konnten sich in den neuen Bundesländern Landesverbände gründen. Mit bilateralen Verträgen, etwa mit dem deutsch-russischen Kriegsgräberabkommen von 1992, wurde die „Kriegsgräberfürsorge“ schrittweise auf Nachfolgestaaten der Sowjetunion ausgedehnt. Und immer noch sind Kriegsgräber ein Thema: Erst 2018 wurde ein deutsch-serbisches Kriegsgräberabkommen auf den Weg gebracht.

Kürzlich wurde in Wolgograd, einst Stalingrad, ein Massengrab mit 1800 deutschen Soldaten entdeckt. In diesem Jahr wird der Volksbund in 21 Staaten mehr als 20 000 Kriegstote bergen und bestatten. Der russische Feldmarschall Alexander Suworow meinte um

1800: ein Krieg sei erst dann vorbei, wenn der letzte Soldat bestattet sei. Zwar verblasst mit dem Abtreten der Kriegsgeneration die Trauer, aber es bleibt bei Vermisstenschicksalen die eigene Familiengeschichte unrund, der Schmerz verkapselt, die Trauer erstarrt. Immer noch erreichen den Volksbund daher jährlich knapp 35 000 Anfragen von Angehörigen, Behörden und Institutionen.

Die 1955 gegründete Bundeswehr ist ein wichtiger Partner des Volksbunds. Mit jährlich 90 Arbeitseinsätzen und Straßensammlungen unterstützen Soldaten, Reservisten, Zivilangehörige der Bundeswehr unseren Verein. Frieden ist Krieg, der woanders ist. Und er kehrt seit einigen Jahren auch auf unsere Friedhöfe zurück: „Gefallen in Afghanistan“, so steht es etwa auf zwei Grabplatten in Niedersachsen, aber auch in anderen Bundesländern. Die Gefallenen der Bundeswehr haben ihr Leben für Frieden, Recht und Freiheit gegeben. Im Bundesgebiet gedenkt der Volksbund mit Familienangehörigen und Kameraden jährlich an Ehrengräbern der Bundeswehr der Toten aus den Einsätzen. Mit Kampfeinsätzen, Gefechten und Gefallenen stellt sich das Thema Kriegsgräberfürsorge im 21. Jahrhundert wieder neu.

„Versöhnung über Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Dieses bekannte Motto des Volksbunds entstand vor 60 Jahren in der Jugendarbeit. Sie zielte früh auf Verständigungsbereitschaft, Neugier und Friedenswillen.

Die Jugend ist wichtigster Partner für eine friedliche Zukunft der Menschen in Europa. Internationale Jugendbegegnungen, das Erinnern und Gedenken mit unseren europäischen Nachbarn, sind ein Schwerpunkt unseres Friedensengagements. In den Landesverbänden gibt es eine überaus lebendige, mit Preisen ausgezeichnete Jugend- und Bildungsarbeit. Jung geht aber nicht ohne Alt. Zukunft kann nur gestalten, wer die Geschichte kennt und entsprechende Lehren zieht aus den Erfahrungen und Erinnerungen der Generationen. Der Volksbund ist heute „überparteilich, aber nicht unpolitisch“. Mit seinem 2016 verabschiedeten Leitbild stellt er sich einem differenzierten Gedenken, einem kritischen Geschichtsverständnis und reflexiven Erinnern für die Zukunft.

Seit den 1960er Jahren bezieht der Volksbund alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in seine Fürsorge-, Erinnerungs- und Gedenkarbeit ein. Für die Nachgeborenen ist das Leid, das Krieg, Tod, Terror in die Familien gebracht hat, heute kaum zu ermessen. Was zeigt es eindrücklicher als „Die Trauernden Eltern“ von Käthe Kollwitz – zwei steinerne Statuen vor Schmerz und Kummer gebeugt am Grab ihres 1914 gefallenen Sohnes, jetzt auf der Kriegsgräberstätte Vladslö in Belgien. Was bedrückender als die Sprachlosigkeit angesichts des ungeheuerlichen Zivilisationsbruchs der Shoah, manifestiert in den Blöcken des Berliner Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Das öffentliche Gedenken erinnert die Nach-



lebenden an die Vergangenheit und konfrontiert sie mit den Folgen von Krieg und Gewalt. Auch deswegen hat der Volkstrauertag mehr denn je seine Berechtigung als ein Tag der Mahnung zu Frieden, Mitmenschlichkeit und Versöhnung über Grenzen hinweg.

„Unkraut zupfen für den Frieden“ titelte eine Trierer Zeitung über den wertvollen Beitrag von Ehrenamtlichen zur würdigen Gestaltung und zum Erhalt von Gräbern als Mahnmale gegen Krieg und Gewaltherrschaft. Doch der Volksbund bietet eben sehr viel mehr als Unkraut zu zupfen oder Grabsteine zu schrubben: die praktische Friedensarbeit auf Kriegsgräberstätten wird eingerahmt von einer vielfältigen Bildungs- und Gedenkarbeit: Im Angebot sind Gedenkveranstaltungen, Tagungen, Lesungen, Konzerte, Publikationen, Angehörigen- und Bildungsreisen.

Besondere Highlights sind in diesem Jahr:

- die neue Wanderausstellung zum 100-jährigen Jubiläum „Europa, der Krieg und ich“ mit historischen Exponaten
- das Friedhofsprojekt „19 für 19“: 19 ausgewählte Kriegsgräberstätten in und außerhalb Deutschlands mit einem neuen, auch digitalen Ausstellungskonzept. Dort wird sachlich über das damalige Kriegsgeschehen informiert, einzelne, berührende wie auch problematische Kriegsbiographien vorgestellt.

- die Volksbundinitiative „Fußball und Gedenken“ zur Erinnerung an den Weihnachtsfrieden 1914 an der Westfront: Fußball spielen für den Frieden, mit den Fußballvereinen wie etwa Hertha BSC, FC Liverpool, FC Schalke 04, München 1860 gemeinsam an ihre Gefallenen des Ersten Weltkriegs erinnern.

Manchmal wirken Kriegsgräberstätten so menschenleer wie der Hamburger Hafen auf unserem Bild hier. Aber als einstige Orte persönlicher Trauer entwickeln sie sich zu lebendigen Gedenk-, Erinnerungs- und Lernorten. Sie sind Mahner für ein friedliches Europa, das im Moment so ruhe-, ja fast friedlos erscheint.

„Frieden braucht Mut“, mahnte kürzlich Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan. Mutig eintreten für ein friedliches Miteinander, das können wir nur gemeinsam mit den Menschen in Deutschland und Europa. Frieden braucht handelnde Menschen. Erinnern bedeutet auch: laut und deutlich zu widersprechen. Als Demokraten sind wir gehalten, mutig die Stimme zu erheben gegen Unwissenheit, Dummheit und all die hässlichen Ismen, die wieder durch Europa geistern, vom Populismus und Nationalismus über den Islamismus und Antisemitismus bis zum Extremismus. Ein jeder trägt Verantwortung für die Geschichte. Volksbund-Freunde, -Förderer und -Unterstützer dienen durch ihr großartiges Engagement der

Völkerverständigung und -Versöhnung, helfen, das menschliche Miteinander in europäischer Vielfalt zu stärken. Sie übernehmen Verantwortung. Herzlichen Dank.

\*\*\*



Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan gedenkt am Volkstrauertag der Toten, die auf dem Ehrenhain für Krieg und Gewaltherrschaft auf der Schönholzer Heide liegen

Foto: Uwe Zucchi

# Sowjet. Kriegsgräberstätte Pankow

## „Nie wieder Krieg!“

Rede des Präsidenten des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Wolfgang Schneiderhan, anlässlich der Kranzniederlegung am 16.11.2019 am Sowjetischen Ehrenmal Pankow / Schönholzer Heide

Meine Damen und Herren,

im nächsten Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal.

Die Generation, die diesen Krieg noch aktiv erlebt hat, geht langsam von uns.

Ist eine solche Gedenkveranstaltung, wie wir sie heute durchführen, da noch zeitgemäß oder ist sie nur noch ein erstarrtes Ritual? Diese Frage kann man stellen – aber man kann sie auch eindeutig beantworten.

In allererster Linie stehen wir hier, um der Opfer zu gedenken – der Opfer eines Krieges, der mit erbarungslosem Hass und brutalem Unterwerfungswillen von Deutschland begonnen wurde und der ganz Europa ins Unglück gerissen hat. Rund 27 Millionen Menschen hat die Sowjetunion in diesem Krieg verloren. Tatsächlich war ihre Opferzahl jedoch noch viel höher, denn auch die Menschen, die körperlich oder seelisch verkrüppelt aus dem Krieg zurückgekommen sind, die, die ihre Liebsten verloren haben, die, deren

Zukunftspläne durch den Vernichtungswillen von Nazi-Deutschland zerstört wurden, sie alle sind auch Opfer dieses Krieges.

Über die Ursache des Zweiten Weltkriegs gibt es keine ernsthafte Diskussion.

Es ist eindeutig, dass er von Deutschland kaltblütig geplant und äußerst brutal durchgeführt wurde. Dieser Erkenntnis müssen wir uns stellen. Und das heißt auch: Da gibt es nichts, worauf wir Deutsche stolz sein könnten. Es gab verschiedene Versuche, das Terrorregime der Nationalsozialisten durch Widerstand von innen zu beseitigen. Sie sind alle gescheitert. Es bedurfte der militärischen Niederlage Deutschlands, um die Deutschen von der Nazi-Diktatur zu befreien. Die Soldaten der Sowjetunion hatten daran einen großen Anteil.

Die Nachkriegsordnung der Besatzungszonen nach 1945 und der aus ihnen entstandenen beiden deutschen Staaten folgte den jeweiligen politischen Vorstellungen der Besatzungsmächte. Es dauerte über 40 Jahre, bis die beiden deutschen Staaten wieder zusammenfanden. Bei allen Diskussionen, auch um das politische System der DDR, das den Vorgaben der damaligen UdSSR folgte, dürfen wir aber nicht vergessen, dass die sowjetischen Soldaten nach Deutschland gekommen waren, weil sie einen Feind niederringen mussten, der sie und ihre Familien überfallen hatte und versklaven wollte. Die Soldaten der Roten Armee

haben sich nicht aus Übermut bis nach Berlin vorgekämpft. Ohne den Krieg hätte es keine Niederlage und ohne die Niederlage keine deutsche Teilung gegeben.

Die Gräber und Gedenkstätten für die gefallenen sowjetischen Soldaten erinnern daran. Deshalb ist es nicht nur unsere völkerrechtliche Pflicht, sie zu pflegen, sondern es ist auch ein Teil unseres Auftrags. Dieser besteht darin, durch die Kriegsgräberfürsorge und eine aktive Bildungsarbeit dazu beizutragen, dass es in Zukunft in Europa keine Soldatenfriedhöfe mehr geben muss. Dass wir heute hier zusammen stehen und der Soldaten der Sowjetischen Armee gedenken – stellvertretend für alle Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft – ist ein starkes Zeichen. Bei allen Unterschieden, die es zwischen unseren Regierungen in tagesaktuellen Fragen gibt, besteht doch ein Konsens: Nie wieder Krieg!

Krieg entsteht nicht voraussetzungslos über Nacht. Ihm geht die Herabwürdigung anderer Länder und ihrer Bürger voraus, die auf Vorurteilen aufbaut. Wer Krieg verhindern will, muss daher dafür sorgen, dass diese Spirale von Vorurteil und Propaganda erst gar nicht entstehen kann. Das mächtigste Mittel dagegen sind die Begegnung und das Gespräch.

Es ist ja im Privaten wie im Politischen nicht wichtig, dass man mit einem anderen in allem übereinstimmt, aber es ist bedeutsam, dass man ihn ernst nimmt und respektiert, dass man ihm zuhört und dass man mit

ihm auslotet, wo das Gemeinsame liegt, statt nach dem Trennenden zu suchen.

Auf der Basis des deutsch-russischen Kriegsgräberabkommens, das wir vor nun über zweieinhalb Jahrzehnten geschlossen haben, pflegen wir auch deutsche Kriegsgräberstätten in Russland. Ich war selbst vor kurzem in Wolgograd. Dass die Menschen und Behörden uns dort akzeptieren und uns erlauben, die Soldaten, die als Invasoren und Aggressoren in ihr Land gekommen sind, würdig zu bestatten, ist eine ergreifende Geste der Versöhnung, für die wir sehr dankbar sind. Auch mit anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion haben wir solche Abkommen und arbeiten zusammen.

Glücklicherweise konnten wir in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, namentlich in der Ukraine und in Belarus, ähnliche Erfahrungen machen.

Diese Bereitschaft zur Versöhnung, die sich ja auch heute hier ausdrückt, ist nicht selbstverständlich. Wir sehen diese Offenheit als Geschenk, das uns verpflichtet, in unserem Bestreben für Frieden und Ausöhnung nicht nachzulassen. Dazu gehört auch, den Hetzern und Schwätzern im eigenen Land, die die Leistungen der deutschen Soldaten groß reden und den Krieg und Terror der Nationalsozialisten klein reden wollen, entschlossen und mutig entgegenzutreten.



Ja, Frieden braucht Mut, deshalb haben wir diesen Satz auch zu unserem Leitspruch anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung des Volksbundes gemacht. Die Kriegsgräberstätten und Gedenkorte zeigen, was auf dem Spiel steht, wenn uns dieser Mut verlässt. Auch als Erinnerung daran sind Veranstaltungen wie die heutige sehr wichtig – und sie werden es auch bleiben.

\*\*\*



Volksbund-Geschäftsführer Matthias Sobotta begrüßt in Bremen den Gastredner Dr. Jens-Christian Wagner aus Göttingen

Foto: Martin



Mit viel Hanse-Flair und musikalischer Umrahmung:  
Die Feierstunde des Landesverbandes Bremen

Foto: Martin

## **„Geschichte begreifen, für die Zukunft handeln: Was haben die NS-Verbrechen mit unserem heutigen Leben zu tun?“**

Bremen, Rede VTT Dr. Jens-Christian Wagner zum Volkstrauertag im Rathaus Bremen am 16.11.2019

Nachdem im September 1919 in Berlin bereits acht Männer mit dem Ziel einer Organisation zur Pflege deutscher Kriegsgräber zusammengefunden hatten, erfolgte vor knapp 100 Jahren, am 16. Dezember 1919, die offizielle Gründung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die Gründung stand ganz unter dem Eindruck des erst im Vorjahr beendeten Ersten Weltkrieges, der in Deutschland und seinen Nachbarstaaten Millionen Tote gefordert hatte.

Viele forderten damals, dass es nie wieder zu einem solchen Krieg kommen dürfe. Auch unter den Mitgliedern des Volksbundes, der es sich zur Aufgabe machte, die Soldatengräber zu pflegen, war diese Überzeugung weit verbreitet. Doch der Glaube an die Dolchstoßlegende, das Ressentiment gegen die junge Republik und der Wunsch nach einer Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Grenzverschiebungen nach 1918, ließen pazifistische Überzeugungen bei vielen Deutschen bald in den Hintergrund rücken – auch im Volksbund. Die von ihm or-

ganisierten Volkstrauertage wurden vor allem vom nationalkonservativen Publikum angenommen, und neben der Trauer um die Toten stand die Erinnerung an den angeblichen Geist von 1914, an die kollektive und vermeintlich klassenlose Begeisterung der Deutschen zu Beginn des Ersten Weltkrieges im Mittelpunkt.

Das machten den Volkstrauertag und den Volksbund für die Nationalsozialisten interessant – und umgekehrt. Die Mitgliederzahlen stiegen. 1943 hatte der Volksbund fast eine Million Mitglieder – das war fast zehnmal so viel wie in der Weimarer Republik, das heißt, der Volksbund war im Nationalsozialismus eine das System tragende Massenorganisation. 1933 stieg Mitbegründer Siegfried Emmo Eulen zum „Bundesführer“ auf. Er blieb es bis 1945 und sorgte dafür, dass der Volksbund 1933 eine neue Satzung bekam. Gedacht wurde nun nicht mehr nur der Toten des Weltkrieges, sondern auch der „Blutzeugen der Bewegung“. Es wurden „Totenburgen“ errichtet, und der Volkstrauertag in Heldengedenktag umbenannt. Dieser Name war Programm: Es ging um Heldenverehrung, nicht um Trauer.

Bald gab es noch mehr gefallene „Helden“: 1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, waren weltweit über 65 Millionen Menschen tot, knapp die Hälfte von ihnen Soldaten – allein fünf Millionen deutsche Soldaten waren tot. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der

Volksbund zunächst aufgelöst, gründet sich jedoch bald wieder. Von nationalsozialistischer Heldenverehrung war er nun befreit. Im Mittelpunkt stand die noch wache Trauer um die Opfer des Zweiten Weltkrieges. Allerdings tat man sich im Volksbund, wie überhaupt in der deutschen Gesellschaft, schwer, auch der Opfer nationalsozialistischer und damit deutscher Verbrechen zu gedenken. Auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Verbandsgeschichte im Nationalsozialismus unterblieb lange weitgehend.

Heute sieht das alles anders aus. Vorbildlich kümmert sich der Volksbund etwa um die mehr als drei Millionen Gräber sowjetischer Kriegsgefangener, die in deutschem Gewahrsam starben. Vielfach wird am Volkstrauertag mittlerweile nicht nur um die Opfer eigentlicher Kriegshandlungen getrauert, sondern auch um diejenigen, die Opfer nationalsozialistischer Mordpolitik wurden. Manchmal nimmt das alles, so empfinde ich es jedenfalls, eigenartige und weder historischethische noch geschichtsdidaktisch hinnehmbare Formen an: Es werden alle Toten „in einen Topf geworfen“ – jüdische Opfer von Massenerschießungen ebenso wie deutsche Soldaten, die als Schützen an den Mordgruben standen und später im Kampf fielen. Im Tode seien alle gleich, heißt es dann oft, und es müsse an alle Opfer erinnert werden. Mit einer solchen Erinnerungskultur kann ich nichts anfangen. Die Aufgabe unserer Arbeit in den Gedenkstätten wie auch im Volksbund sollte es sein, kritisches Ge-

schichtsbewusstsein zu fördern und historisches Urteilsvermögen zu schärfen – und Fragen an die Vergangenheit und an die Gegenwart zu stellen. Antworten darauf werden wir allerdings nur erhalten, wenn wir an unserer etwas eingestaubten Erinnerungskultur etwas ändern, an den Formen, die häufig in Ritualen und pathoshaften Beschwörungsformeln erstarren, aber auch an Begrifflichkeiten und vor allem an den Inhalten.

Das Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur fängt schon mit dem Begriff des Erinnerns an. Erinnern können wir uns in des Wortes eigentlicher Bedeutung doch nur an etwas, was wir selbst erlebt haben. An was sollen sich aber 16jährige Schüler und Schülerinnen erinnern, wenn sie eine NS-Gedenkstätte oder einen Kriegsgräberfriedhof besuchen? Auf sie wirkt der Appell, sich an etwas „erinnern“ zu sollen, was aus Altersgründen selbst ihre Großeltern nicht mehr selbst erlebt haben, als eine Überforderung, die zusätzlich auch noch moralisch aufgeladen ist.

Zugleich schwingt beim Begriff des „Erinnerns“ etwas Affirmatives mit, als gäbe es nur die eine Geschichte und die eine Lehre, die wir daraus ziehen. Geschichte geht aber nicht in Erinnerung auf. Geschichte ist komplexer als Erinnerung. Wer dieser Komplexität gerecht werden will, wer wissenschaftlich differenziert auf Geschichte blickt, der erinnert nicht, sondern er setzt sich kritisch mit der Geschichte auseinander – nach allen Regeln der Quellenkritik.

Im öffentlichen und politischen Diskurs meint „Erinnern“ aber leider viel zu selten „Auseinandersetzen“, sondern allzu häufig bloßes Trauern, ohne nach den Hintergründen zu fragen. Geschichtsbewusstsein wird ersetzt durch historisch entkernte Pietät – ein Gedenkkonzept, das niemandem wehtut und keine Fragen stellt sowie erstarrt ist in Entlastungsritualen. Am stärksten sichtbar ist das, wenn wir unterschiedslos die Toten des 20. Jahrhunderts beweinen, wenn Ursache und Wirkung von Krieg und Verbrechen einge ebnet und alle als Opfer dargestellt werden.

Was sollte man also ändern?

Eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Erinnerungskultur muss die Perspektive erweitern. Dazu gehört, dass wir uns vom Opferzentrismus lösen. Sicherlich: Im Mittelpunkt des Gedenkens stehen ohne Zweifel die Opfer, insbesondere die der NS-Verbrechen. Doch zeitgemäße historisch-politische Bildung muss sehr viel stärker auch nach den Tätern, Mittätern und Profiteuren fragen und damit nach der Funktionsweise der von den Nazis propagierten „Volksgemeinschaft“ und dem Wechselverhältnis zwischen der Ausgrenzung der „Gemeinschaftsfremden“ und Integrationsangeboten an die „Volksgenossen“.

Doch statt eines kritischen Blicks auf die NS-Gesellschaft erleben wir überwiegend eine Fokussierung auf die Opfer, nicht selten sogar eine Identifikation – meines Erachtens eine Anmaßung. Aber es ist eben

einfacher, mit und um Opfer zu trauern und sich damit gewissermaßen selbst moralisch zu überhöhen, als Fragen nach den Hintergründen der Verbrechen zu stellen. Und noch aus einem weiteren Grund halte ich den Opferdiskurs für falsch, macht er doch aus Menschen Objekte und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteure. Genau darin läge aber ein didaktisches Potential.

Wie weit die Fixierung auf die vermeintlich willenslosen Opfer geht, zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Widerstand“, die zunehmend gegen Null tendiert, insbesondere beim Blick auf die Geschichte des KZ Bergen-Belsen: Jeder kennt das jüdische Mädchen Anne Frank, kaum jemand aber noch (zumindest außerhalb von Braunschweig) Heinrich Jasper, der als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig während der Weimarer Republik reichsweit einer der profiliertesten Gegner der Nationalsozialisten gewesen war und wie Anne Frank im Frühjahr 1945 in Bergen-Belsen starb.

Es scheint fast so, als wären uns die vermeintlich willenslosen Opfer lieber als diejenigen, die Eigensinn zeigten, die Widerstand leisteten, die vielleicht auch sperrig sind, weil sie nicht in eine Schublade passen. Es lässt sich jedenfalls feststellen, dass mit dem historisch entleerten „Erinnern“, mit dem unterschiedslosen Beweinen der Opfer des 20. Jahrhunderts in den vergangenen gut 20 Jahren eine Art Wohlfühl-Erin-



nerungskultur entstanden ist: Mit einem Schauern blicken wir auf die Vergangenheit, trauern und identifizieren uns mit den Opfern und freuen uns, dass heute alles vorbei ist: Das meine ich, wenn ich von Entlastungsritualen spreche. Auch deshalb konnte in den vergangenen Jahren eine Situation entstehen, die auf den ersten Blick paradox erscheint: Trotz des umfangreichen Ausbaus der Gedenkstättenarbeit in den vergangenen 20 Jahren feiern Rechtsextreme und Rechtspopulisten einen Wahlerfolg nach dem anderen. Haben die Gedenkstätten, hat unsere Erinnerungskultur also vollständig versagt?

Ja und zugleich nein, denke ich.

Nein, die Gedenkstätten und auch die Friedensarbeit des Volksbundes haben nicht versagt, weil sie für die derzeitige Situation selbstverständlich nicht allein verantwortlich gemacht werden können. Erstens sind Gedenkstätten nur ein Teil unserer Erinnerungskultur, deren Defizite ich bemängele. Die Wohlfühl-Erinnerungskultur samt ihrer Entlastungsrituale ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Zweitens sollten wir die unmittelbare Wirkung der Gedenkstättenarbeit nicht überschätzen: Gedenkstätten und Kriegsgräberfriedhöfe sind keine demokratischen Läuterungsanstalten. Niemand wird durch einen Friedhofs- oder Gedenkstättenbesuch zum besseren Menschen. Und drittens machen die Angriffe von rechts auf die Gedenkstätten (denken Sie an die

„Schuld kult“-Schmierereien am Bunker Valentin vor einem guten Jahr) deutlich, dass die Erinnerungskultur so ganz falsch nicht sein kann: Dass die Gegner einer aufgeklärten und offenen Haltung gegenüber der Migration und gegenüber Europa sich auch gegen die Erinnerungskultur und damit auch gegen die Gedenkstätten wenden, ist nur folgerichtig: Eben wegen des Bezugs auf die nationalsozialistischen Verbrechen ist Deutschland heute (noch) eines der am meisten weltoffenen, pro-europäischen und liberalen Länder Europas. Wer daran etwas ändern möchte, und das wollen die Rechten und Rechtsextremen, der muss die Axt anlegen an die Erinnerungskultur und an die Gedenkstätten.

Auf der anderen Seite könnte man sagen: Ja, die Gedenkstätten haben versagt, weil sie zumindest teilweise Inhalte und Methoden vertreten haben und nach wie vor vertreten, die keinerlei oder nur sehr geringe Auswirkungen auf gesellschaftliche Diskurse haben. Einmischung in aktuelle politische Debatten sei nicht ihre Aufgabe, hörte man noch vor nicht langer Zeit aus manchen Gedenkstätten. Ich bin dagegen überzeugt, dass wir auch in aktuellen Debatten nicht nur Position beziehen dürfen, sondern müssen – insbesondere gegen jeden Versuch, die NS-Verbrechen zu relativieren oder gar zu leugnen, aber auch gegen aktuelle Hetze gegen Minderheiten.

Allerdings sollten wir uns vor falschen historischen Analogien hüten, und wir sollten uns davor hüten, was zunehmend en vogue ist, nämlich den Gedenkstätten eine sehr allgemeine Form der Menschenrechtserziehung aufzustülpen und damit sinnloses Leiden und heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Sinnstiftung einzulesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen.

Letztlich ist es damit im schlimmsten Fall eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht reflexiven, sondern affirmativen Geschichtsverständnisses, wenn wir unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral, so gut gemeint und fundiert diese auch seien, als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten verkaufen. Wir sollten uns also hüten, in den Gedenkstätten und in Veranstaltungen wie der heutigen, Heilslehren zu verkünden. Wenn wir das Pferd hingegen andersherum aufzäumen und uns aus der konkreten Geschichte der jeweiligen Orte heraus mit der Frage beschäftigen, wie die NS-Gesellschaft funktionierte, wie Krieg und Verbrechen geplant und umgesetzt wurden und welche Motivation Täter und Mittäter antrieb,

und das alles wissenschaftlich fundiert und quellen-  
gestützt, dann werden die Besucher und Besucherin-  
nen von Gedenkstätten und Kriegsgräberstätten sich  
selbst ein Urteil bilden. Und das ist um ein vielfaches  
nachhaltiger und demokratischer, als wenn wir Ihnen  
unsere Lehre aufzwingen.

Damit komme ich zum Kern dessen, was ich mir un-  
ter einer zukunftsgerichteten Erinnerungskultur vor-  
stelle: Nicht Affirmation oder Appellation, sondern  
Reflexion sollte im Mittelpunkt des heutigen Um-  
gangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus  
und des Zweiten Weltkrieges stehen. Anders formu-  
liert: Nicht Bekenntnis, sondern Erkenntnis ist das  
Ziel. Zum Nachdenken und ethisch fundierten Han-  
deln anzuregen, das sollte auch im Mittelpunkt des  
Volkstrauertages stehen. Es geht um selbstbestimmte  
Reflexion der Vergangenheit und darum, historisches  
Urteilsvermögen zu stärken.

Für die Arbeit in den Schulen und Gedenkstätten be-  
deutet das, dass nicht einfache Antworten gegeben  
werden und auch keine simple Heilsgeschichte prä-  
sentierte wird nach dem Motto: Aus dem Bösen wird  
das Gute, und heute sind wir am glücklichen Ende der  
Geschichte angekommen. Nein, es geht darum, Fra-  
gen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er  
es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer  
waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die  
Verbrechen?

Gerade, wenn man sich vor Augen hält, dass die Verbrechen inmitten der Gesellschaft, in aller Öffentlichkeit begangen wurden, dann ruft das weitere Fragen hervor: Was hatte Hamburg mit Neuengamme, Celle mit Bergen-Belsen, Bremen mit dem Bunker Valentin zu tun? Warum machten die meisten Deutschen bis zum Ende des Krieges mit, profitierten selbstmobilisierend von „Arisierungen“ und Zwangsarbeit? Warum stießen die KZs und Kriegsgefangenenlager in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf breite Akzeptanz, wurde die Gesellschaft zum Teil des Lagerzauns? Was motivierte Industrielle und Kleinunternehmer, auf Zwangsarbeit zu setzen? Was bewog Anwohner der Lager und Ghettos, deren Insassen feindselig zu begegnen oder bestenfalls wegzusehen, statt zu versuchen, ihnen zu helfen? Und schließlich die zentrale Frage: Wie konnte es dazu kommen?

Die Antwort auf diese Fragen kann exemplarisch in den sich über ganz Nordwestdeutschland erstreckenden Gedenkstätten und Kriegsgräberstätten gegeben werden. Sie liegt in einem Bündel habitueller, struktureller und ideologischer Faktoren, die ich zumindest stichwortartig nennen möchte:

- Gewöhnung an Gewalt und Ausgrenzung
- das emotionale Angebot, dazu zu gehören
- Gruppendruck
- ideologische Indoktrination
- rassistische und antisemitische Überzeugungen

- Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskurse gegenüber den Ausgegrenzten
- Angst vor allem „Fremden“
- und schließlich die Obrigkeitshörigkeit oder allgemeiner: autoritäres Denken.

Hier zeigt sich ein erschreckender Gegenwartsbezug: Viele der genannten Faktoren sind nicht spezifisch nationalsozialistisch geprägt, sondern entfalten mehr oder weniger stark auch heute noch bei vielen Menschen ihre Wirkung – und das jenseits falscher Analogiebildungen. Das zeigt schon ein schneller Blick auf die gegenwärtige politische Landkarte: Die Gegner der liberalen, offenen Demokratie schaffen es überall auf der Welt mit denselben Mitteln, Wählerstimmen zu sammeln: Angstmacherei, vor allem gegenüber den „Fremden“, Schüren des Nationalismus, Diffamierung und Ausgrenzung politischer Gegner als „Volksfeinde“ (die Nazis nannten sie „Gemeinschaftsfremde“ oder „Volksschädlinge“).

Die meisten AfD-Funktionäre (wenn auch nicht alle) oder auch Trump, Orban und Salvini sind keine Nazis – aber sie bedienen sich ihrer Mittel. Hier sind die Gedenkstätten gefordert, Position zu beziehen und damit auch in aktuelle politische Debatten einzugreifen, indem sie Parallelen, aber auch Unterschiede differenziert und wissenschaftlich fundiert herausarbeiten. Ziel muss es sein, selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben zu hinterfragen. Damit ist der immer wieder ge-

forderte Aktualitätsbezug hergestellt, ohne durch eine sehr allgemeine und affirmative Form der Menschenrechts- und Demokratieerzählung die NS-Verbrechen bzw. ihre Opfer schlimmstenfalls zu instrumentalisieren. Und schließlich ist damit auch die Frage beantwortet, die sich viele Menschen in Deutschland, vor allem die jüngeren, immer wieder stellen: Was geht uns heute, nach fast 75 Jahren, eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen und des Zweiten Weltkrieges an?

Eine solche aktive, kritische, gegenwartsbezogene und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Nachdenken und forschendes Lernen sind anstrengend. Aber sie lohnen sich – auch zum Volkstrauertag, vor allem aber an den übrigen 364 Tagen im Jahr – und nicht nur an den Kriegsgräberstätten und in den Gedenkstätten.

\*\*\*



Leidenschaftliches Plädoyer gegen Gewalt und Hetze:  
Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan spricht bei der Zentralen  
Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Deutschen Bundestag

Foto: Uwe Zucchi



# Deutscher Bundestag

Begrüßungsansprache des Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgäberfürsorge Wolfgang Schneiderhan im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum Volkstrauertag 2019

Herr Bundespräsident,  
verehrte Frau Büdenbender,  
Herr Vizepräsident des Deutschen Bundestages,  
verehrte Frau Marberth-Kubicki,  
Herr Präsident des Bundesrates,  
Frau Bundesministerin,  
Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes,  
verehrter Herr Köhler,  
verehrte Frau Köhler,  
ich begrüße Sie herzlich!

Ebenso begrüße ich die Mitglieder des Diplomatischen Korps und mit Ihnen die weiteren Mitglieder der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages, der Landesregierungen und Parlamente von Berlin und Brandenburg, die Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr und des Reservistenverbandes, denen ich für die Unterstützung unserer Arbeit danke. Ich begrüße die Repräsentanten der Glaubensgemeinschaften. Ein herzlicher Gruß gilt unseren Partnerorganisationen aus dem In- und Ausland, im Besonderen unseren Partnern aus Polen. Ich begrüße Sie alle hier im Plenarsaal und auch die Fernseh-Zuschauer-

rinnen und Zuschauer. Mein besonderer Gruß gilt Rafał Dutkiewicz, dem langjährigen Stadtpräsidenten von Breslau, der später zu uns sprechen wird.

Heute, am Volkstrauertag, gedenken wir in Deutschland der Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft. Wir trauern mit den Familien und Menschen, denen Angehörige und Freunde entrissen wurden. Und wir besinnen uns auf unsere Verantwortung für Frieden und Aussöhnung.

Vor achtzig Jahren begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf die polnische Stadt Wielun. Diese Feststellung ist richtig, aber sie ist unvollständig. Kriege fangen nicht über Nacht an und schon gar nicht von selbst. Sie werden gemacht und sie werden vorbereitet. Das können wir alle miteinander am Beispiel des Zweiten Weltkriegs lernen. Die vor genau 100 Jahren entstandene Weimarer Republik war der erste Versuch einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Sie stand unter dem ständigen Trommelfeuer der Extremisten. Die Wesensmerkmale von Demokratie – Kompromiss und Debatte – wurden schlecht geredet, die deutsche Geschichte und das deutsche Soldatentum heroisiert, jede europäische Kooperation geschmäht. Die Nationalsozialisten zeichneten das Bild einer deutschen Opferration, die sich nun gegen den Rest der Welt zur Wehr setzen müsse.

Schon damals haben sich die rechtsextremen Populisten als Opfer geriert und waren in Wirklichkeit

doch Täter. Und die Mehrheitsgesellschaft ließ sie gewähren, bis aus der Splitterpartei NSDAP eine schlagkräftige und erfolgreiche Organisation geworden war. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten setzten die Kriegsvorbereitungen ein. Im Inneren wurde jede Opposition ausgeschaltet, das Militär wurde aufgerüstet und die Wirtschaft wurde auf Kriegsvorbereitung getrimmt.

So gesehen hat der Zweite Weltkrieg Jahre vor 1939 begonnen. Ein Ende fand er aber erst durch die militärische Niederlage Deutschlands. Alle Versuche des Widerstands, Krieg und Völkermord von innen heraus ein Ende zu setzen, alle waren fehlgeschlagen.

Zwischen 60 und 70 Millionen Menschen haben in diesem Krieg ihr Leben verloren, unter ihnen rund sechs Millionen Polen. Das waren jeweils zur Hälfte Menschen jüdischen und Menschen christlichen Glaubens, fast alle waren Zivilisten.

In Polen hat sich die ganze Grausamkeit der Menschenverachtung der von der nationalsozialistischen Ideologie angetriebenen deutschen Kriegsmaschinerie gezeigt. Der Charakter des Zweiten Weltkriegs nicht nur als ein Angriffs-, sondern auch als ein Vernichtungskrieg ist hier deutlich zutage getreten. „Auschwitz“ ist die Signatur dieses Krieges und steht stellvertretend für die zahlreichen Vernichtungslager und Kriegsverbrechen der Deutschen in Polen und in vielen anderen Ländern.

Dass uns von dieser geschundenen Nation nur 20 Jahre nach dem Krieg die Hand der Versöhnung entgegengestreckt wurde, ist der Ausdruck einer unermesslichen menschlichen Größe. „Wir vergeben und wir bitten um Vergebung“, schrieben die polnischen katholischen Bischöfe 1965 an ihre deutschen Amtsbrüder und luden sie in ihr Land ein.

Indem Polen uns die Freundschaft anboten, haben sie auch einen späten Sieg über Adolf Hitler errungen. Hitler hat Millionen Polen töten, das Land besetzen, demütigen und zerstören lassen – aber er hat es nicht besiegt. Das Versöhnungsangebot von polnischer Seite ist für uns ein Geschenk, und zwar ein Geschenk, mit dem wir sorgsamst umgehen müssen. In der täglichen Politik sind die polnische und die deutsche Regierung nicht immer einer Meinung. Das kann aber den Konsens, den es zwischen unseren Völkern gibt, nicht zerstören, und dieser Konsens lautet: Nie wieder Feindschaft! Nie wieder Krieg!

Wir trauern um die Toten der Weltkriege, wir pflegen ihre Gräber. Wir wollen damit die Erinnerung an die Menschen wachhalten, die ihr Leben verloren haben. Aber wir wollen auch dazu beitragen, dass die Toten, derer wir hier und heute gedenken, die letzten Kriegstoten in Europa bleiben. Um das sicherzustellen, müssen wir in unseren Gesellschaften denen deutlich entgegentreten, die die Lehren und Erfahrungen der Geschichte revidieren wollen, die diesen ungeheuren

Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkriegs als kleinen Betriebsunfall einer tausendjährigen deutschen Heldengeschichte darstellen wollen.

Wir erleben gerade wieder in unserem Land, dass aus Hasspropaganda Hass und aus Hass Mord wird. Und wir lernen aus der Geschichte, dass wir nicht nur die Straftäter verurteilen, sondern den geistigen Brandstiftern mutig entgegentreten müssen. Ihre Methode ist die Provokation, immer eingeleitet mit einem „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“  
Ja, man darf hier vieles sagen, auch Unsinniges.

Aber die Anständigen in diesem Land, und das ist die große Mehrheit, sollten sich nicht abwenden und damit zulassen, dass die Grenzen des Sagbaren immer weiter ins Unmenschliche verschoben werden. Die polnischen Bischöfe haben in den 1960er Jahren großen Mut bewiesen und sich auch nicht von dem kommunistischen Regime, unter dem sie lebten und dem diese Geste nicht passte, einschüchtern lassen. Sie können von uns erwarten, dass auch wir Mut und Eindeutigkeit zeigen.

Frieden und Freiheit brauchen Mut!

Aber die Kriegsgräberstätten in Europa zeigen, wohin es führt, wenn uns dieser Mut verlässt.

\*\*\*



Warb für die deutsch-polnische Freundschaft:  
Breslaus ehemaliger Stadtpräsident Dr. Rafal Dutkiewicz war der Ehrengast der  
Zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Deutschen Bundestag

Foto: Uwe Zucchi

# Deutscher Bundestag

Ansprache des ehemaligen Stadtpräsidenten von Wroclaw (Breslau), Rafal Dutkiewicz, im Deutschen Bundestag zum Volkstrauertag 2019

Herr Bundespräsident,  
Herr Vizepräsident des Deutschen Bundestages,  
Herr Präsident des Volksbundes Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge,  
sehr verehrte Damen und Herren,

am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Damit begann der Zweite Weltkrieg, der sechs Jahre dauerte und rund 60 Millionen Menschen das Leben kostete.

Stellen wir uns vor, dass wir im Innern der „Neuen Wache“, der Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, sind. Schauen wir auf die Skulptur der Mutter, die ihren toten Sohn in den Armen hält. Nun schließen wir die Augen und vervielfältigen, verstärken wir dieses Bild 60 Millionen Mal. Stellen wir uns vor, dass die Pilger durch die Welt wandern und jeden Tag ein Grab eines Kriegsofopfers besuchen. So müsste diese Pilgerfahrt beinahe 200 Jahre dauern.

Gerade einmal 80 Jahre sind vergangen, seitdem 60 Millionen Menschenleben von einer Hekatombe vernichtet wurden. Ein Zehntel der Opfer waren Po-

len, die Hälfte von ihnen jüdischen Glaubens. Mein Vater hat mir erzählt, dass es Anfang September 1939 sehr warm war. In den ersten Tagen der so genannten Flucht vor den Deutschen hat ihm seine Mutter, meine Oma, kurze Hosen angezogen. Der Vater meines Vaters, mein Großvater, war am September-Feldzug beteiligt. Und als am 17. September 1939 der Krieg im Osten gegen Polen begann, wurde mein anderer Großvater, der Vater meiner Mutter, von den Sowjets nach Ostaszków deportiert und ermordet.

Alles, was ich von ihnen, von meinen Eltern und Großeltern gelernt habe, ist das Denken über die Ausöhnung zwischen den Menschen. „Füge deinen Mitmenschen keinen Schaden zu“. Als ich die „Neue Wache“ verlasse, und ich bin dort fast jeden Tag, lese ich den Text – auch meines Gebetes:

*„... Wir gedenken der Millionen ermordeter Juden.*

*Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma.*

*Wir gedenken aller, die umgebracht wurden, wegen ihrer Abstammung, ihrer Homosexualität oder wegen Krankheit und Schwäche.*

*Wir gedenken aller Ermordeten, deren Recht auf Leben geüget wurde.*

*Wir gedenken der Menschen, die sterben mussten, um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen.*

*Wir gedenken aller, die Opfer der Gewaltherrschaft wurden und unschuldig den Tod fanden. ...“*



Dies sollte in den kommenden sechs Jahren folgen, nachdem... – hier zitiere ich Bundespräsident Steinmeier: „... über Wieluń das Inferno hereinbrach, entfacht von deutschem Rassenwahn und Vernichtungswillen.“

Als ich in den sechziger Jahren zum ersten Mal nach Wrocław/Breslau kam, und zwar in die Stadt, die ich später 16 Jahre lang regiert habe, fand ich dort die Überbleibsel des Kriegsendes vor: klaffende Lücken im städtischen Organismus, Ruinen und leeren Raum. Die Stadt, meine Stadt, wurde in den letzten Kriegswochen fast zu 80 Prozent vernichtet. Von Februar bis Mai 1945 starben 170.000 Zivilpersonen in Breslau. So viele wie in Hiroshima und Nagasaki wenige Monate später.

Breslau war vor dem Krieg eine deutsche Stadt. Heute gehört Wrocław zu Polen.

Das ist wahrscheinlich die einzige Großstadt der Welt, in der die Bevölkerung vollständig ausgetauscht wurde. Hunderttausende von Deutschen wurden aus der Stadt vertrieben. An ihre Stelle zogen die Polen ein, teilweise auch aus ihren Häusern in Ostpolen vertrieben.

Und in Zeiten des kommunistischen Regimes wurden die Gräber, in denen die Verwandten der Vertriebenen beigesetzt wurden, zerstört. In der Nachkriegszeit wurden in Breslau siebenzig Friedhöfe geplant. Das ist genau der Grund, warum ich in unserer Stadt, ein

„Denkmal des Gemeinsamen Gedenkens“ errichten wollte. Und das haben wir auch getan. Zum Andenken an die Breslauer, die auf Friedhöfen beigesetzt wurden, die heute nicht mehr bestehen.

Eben an diesem Denkmal habe ich auch Richard von Weizsäcker und Fritz Stern gesehen, die mit Tränen in den Augen die Kerzen anzündeten. Es gibt auch andere Denkmäler in Breslau – eins zu Ehren des Theologen Dietrich Bonhoeffer, aber auch ein anderes, mit zweisprachiger Aufschrift: „Wir vergeben und bitten um Vergebung!“ / „Wybaczamy i prosimy o wybaczenie!“ Der Autor dieser Worte ist Kardinal Bolesław Kominek und das ist sein Denkmal. Diese Worte wurden 1965 in einem Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder geschrieben. Der Hirtenbrief fasst die komplizierten polnisch-deutschen Beziehungen der letzten 1.000 Jahren zusammen.

Zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges schrieb dieser Einwohner der Stadt der Vertriebenen, ein Pole, dessen Familie wie jede polnische Familie vom Zweiten Weltkrieg betroffen wurde, wie folgt: „Wir vergeben und bitten um Vergebung!“ Auf die im Jahre 1966 gestellte Frage, warum die polnisch-deutsche Versöhnung so wichtig ist, erwiderte Kominek:

„Die Sprechweise kann nicht nationalistisch sein, sondern muss europäisch in der tiefgreifendsten Bedeu-

tung dieses Wortes sein. Europa ist die Zukunft – Nationalismen sind von gestern. (...) Eine Vertiefung der Diskussion darüber, eine föderative Lösung für alle Völker Europas zu schaffen, u. a. durch schrittweisen Verzicht auf die nationale Souveränität in Fragen der Sicherheit, der Wirtschaft und der Außenpolitik [ist sehr wichtig]..."

Machen wir uns Gedanken über die heutige Gestaltung Europas, gilt dann als ein markanter Punkt, der die Spuren des Zweiten Weltkrieges verwischt – der Fall der Berliner Mauer. Darüber schrieb Fritz Stern in seinem Erinnerungsband „Fünf Deutschland und ein Leben“: „So schaute ich etwa von Ferne zu, als Breslau in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine neue, noble Bedeutung gewann: Es wurde zu einer Hochburg der Solidarność, jener polnischen Bewegung, die zur Selbstbefreiung Osteuropas und zum wiedervereinigten Deutschland (meinem fünften) führte.“

Dem Vertrag über die Europäische Union, genauer gesagt dem Artikel 2 (Grundwerte der Union), ist zu entnehmen:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemein-

sam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Die Europäische Union ist eine mögliche Antwort unseres Kontinents auf die Tragödie des Zweiten Weltkrieges. Der Entstehung der Europäischen Union liegt unter anderem die Erinnerung und die Überlegung zugrunde, dass der Krieg so viele Millionen Menschenleben kosten sollte, unter ihnen Millionen polnische Bürger. Alleine während des Warschauer Aufstands wurden etwa 200.000 Menschen ermordet. Es ist bedeutend, dass Warschau, das so stark bei und nach dem Aufstand 1944 zerstört wurde, eine der Hauptstädte der Europäischen Union ist. Es ist bedeutend, dass Warschau diejenigen Werte beachten soll, die dem Vertrag über die Europäische Union zu entnehmen sind.

Diese Werte sollten uns dabei helfen, die Welle des Populismus und des Nationalismus zu brechen, die auch durch Europa rollt. Indem wir gegen Nationalismen kämpfen, wenden wir uns nicht gegen Nationen. Die Stärke der nationalen Vorstellungsverbindungen ist in der Menschheitsgeschichte so ausschlaggebend, dass sogar die linksorientierten Philosophen – wie etwa Habermas – bereit sind, Folgendes zu sagen: Würden die Nationalstaaten nicht entstehen, so müsste man sie erfinden. Die Gemeinschaft zieht aber immer weitere Kreise.

National geht mit international einher. Die Nation heute und in Zukunft kann sich nur übernational verwirklichen, in unserem Fall – im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Ich sage dies und verneige mich vor den Opfern des Zweiten Weltkrieges, vor den 60 Millionen Kriegsopfern, die oft namenlos irgendwo ruhen. Die Mutter Erde wird sie alle ewig beschützen. Und vielleicht liegt hier ein zusätzlicher und wichtiger Grund vor, die Mutter Erde zu pflegen, um sie zu retten. Ich denke, es gibt nichts Wichtigeres als diese zwei Aufgaben, welche uns Europäern noch bevorstehen:

- Vertiefung der europäischen Integration – für den Frieden,
- Klimaschutz – für unsere Existenz.

Ich glaube daran, dass Europa unsere Zukunft ist – und Nationalismen von gestern sind.

Ich glaube an die polnisch-deutsche Versöhnung.

Ich glaube an die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland, zwischen Polen und Deutschen.

Das sage ich heute hier als polnischer Europäer, als ein Breslauer.

Das sage ich heute hier als ein Berliner.

\*\*\*



Erinnern an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft:  
Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier spricht das Totengedenken bei der  
Zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Deutschen Bundestag

Foto: Uwe Zucchi

# Totengedenken

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Wir denken heute  
an die Opfer von Gewalt und Krieg,  
an Kinder, Frauen und Männer aller Völker.

Wir gedenken  
der Soldaten, die in den Weltkriegen starben,  
der Menschen, die durch Kriegshandlungen  
oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene  
und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer,  
die verfolgt und getötet wurden,  
weil sie einem anderen Volk angehörten,  
einer anderen Rasse zugerechnet wurden,  
Teil einer Minderheit waren oder deren Leben  
wegen einer Krankheit oder Behinderung  
als lebensunwert bezeichnet wurde.

Wir gedenken derer,  
die ums Leben kamen, weil sie Widerstand  
gegen Gewaltherrschaft geleistet haben,  
und derer, die den Tod fanden, weil sie  
an ihrer Überzeugung oder an ihrem Glauben  
festhielten.

Wir trauern  
um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege  
unserer Tage,  
um die Opfer von Terrorismus und  
politischer Verfolgung,  
um die Bundeswehrsoldaten und  
anderen Einsatzkräfte,  
die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.

Wir gedenken heute auch derer,  
die bei uns durch Hass und Gewalt  
gegen Fremde und Schwache  
Opfer geworden sind.

Wir trauern mit allen,  
die Leid tragen um die Toten  
und teilen ihren Schmerz.

Aber unser Leben steht im Zeichen der  
Hoffnung auf Versöhnung unter den  
Menschen und Völkern,  
und unsere Verantwortung gilt dem  
Frieden unter den Menschen zu Hause  
und in der ganzen Welt.

\*\*\*

Das Sprechen des Totengedenkens durch den Bundespräsidenten bei der zentralen Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. wurde von Bundespräsident Theodor Heuss 1952 eingeführt (Quelle: [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)).







Gedächtnis der ermordeten Juden:  
Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer  
auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee

Foto: Simone Schmid

# Jüdischer Friedhof Weißensee

Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer anlässlich der Kranzniederlegung beim Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee am 17. November 2019

Heute ist ein Tag der Trauer für alle Menschen in unserem Land. Bürgerinnen und Bürger überall in Deutschland gedenken heute der Millionen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – und setzen damit ein Zeichen gegen das Vergessen.

So ein Ort gegen das Vergessen ist auch dieser Friedhof – nicht nur am heutigen Tag. 1880 wurde er als Begräbnisort der jahrhundertealten Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seither ist er ein Spiegelbild unserer wechselvollen Geschichte: So überstand er den Zivilisationsbruch der Shoah, er überdauerte die Jahre der Vernachlässigung in der DDR.

Dass heute wieder jüdisches Leben in Berlin erblüht, das empfinde ich als unermessliches Geschenk. Es zeigt mir: Vergebung und Leben sind stärker als Hass und Tod. Vergebung setzt aber Erinnern voraus. Und hier, an diesem Ort, erinnern Gedenkstätten, Gräber und Aschefelder an die ermordeten Juden. An das System von Hass und Tod, das damals in Deutschland herrschte.

Nie wieder. Das ist ein Versprechen und eine Verpflichtung. Auch eine Verpflichtung zum Handeln und zur eindeutigen Haltung gegen Extremismus und Antisemitismus.

Als Verteidigungsministerin will ich deutlich sagen: Auch unsere Bundeswehr fühlt sich diesem Grundsatz verpflichtet. Die Bundeswehr ist sich ihrer historischen Verantwortung voll und bewusst – nämlich für Recht und Freiheit einzustehen. Als Soldatinnen und Soldaten, die in erster Linie Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind – in Uniform.

Deswegen ist es so wichtig, dass unsere Bundeswehr die Vielfalt unseres Landes verkörpert und zugleich fest in unserer vielfältigen, freiheitlichen Gesellschaft verankert ist. Dazu gehört auch das enge Verhältnis zu den Juden in Deutschland. Ich freue mich besonders über die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Gerade in diesem Jahr, in dem wir gemeinsam das Vertragswerk zur Einrichtung einer jüdischen Militärseelsorge in der Bundeswehr erarbeiten.

Im kommenden Jahr wollen wir damit beginnen, diese Seelsorge anzubieten. Nicht nur als Symbol jüdischen Lebens in Deutschland und der Bundeswehr, sondern auch als ganz praktischen Beistand im soldatischen Dienst. Ein anderes Beispiel der Verbundenheit zwischen unserer Bundeswehr und dem Jü-

dischen Leben in Deutschland ist ebendieser Friedhof. Seit den 1990er Jahren besteht die aktive Patenschaft zwischen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem General für Standortaufgaben der Bundeswehr beim Kommando Territoriale Aufgaben.

Regelmäßig pflegen Soldatinnen und Soldaten in freiwilliger Arbeit zusammen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Gräber der Soldaten jüdischen Glaubens, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind.

Gräber wie das von Leopold Schneider, gebürtiger Berliner, Rechtsreferendar am Kammergericht. Ein Jude, der im Ersten Weltkrieg für sein Land in den Krieg zog. Erst nach Russland, dann nach Frankreich, wo ihn 1917 im Alter von 23 Jahren ein Granatsplitter am Kopf tödlich verwundete.

Seine Eltern, der angesehene Studienrat Prof. Dr. Julius Schneider und seine Ehefrau Margarethe, erhielten 1934 „Im Namen des Führers und Reichskanzlers“ das „Ehrenkreuz für Eltern im Weltkrieg Gefallener“. Keine acht Jahre später war das Ehepaar Schneider durch die Nazis enteignet, Margarethe in den Suizid getrieben, Julius in Theresienstadt ermordet.

Es sind solche Schicksale und das groteske, menschenverachtende Unrecht der Nazi-Herrschaft, an das Gräber wie das Leopold Schneiders hier auf dem Friedhof erinnern.

Und das ist es, was die freiwillige Arbeit der Bundeswehr und des Volksbundes so wertvoll macht. Hier wird das Motto des Volksbundes gelebt: „Arbeit für den Frieden – Versöhnung über den Gräbern“. Hand in Hand mit der jüdischen Gemeinde hier vor Ort.

Dieser Einsatz, diese menschliche Zugewandtheit, erfüllen mich mit großer Dankbarkeit. Aber auch mit Bescheidenheit und Hoffnung auf eine gute, gemeinsame Zukunft.

Herzlichen Dank.

\*\*\*





Warnte am Volkstrauertag vor Gleichgültigkeit gegenüber rechten Parolen:  
Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland

Foto: Zentralrat der Juden



Eingangsbereich des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee. Mit einer Fläche von 42 Hektar ist es der flächenmäßig größte erhaltene jüdische Friedhof Europas mit fast 116.000 Grabstellen

Foto: Simone Schmid



# Jüdischer Friedhof Weißensee

Grußwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, bei der Gedenkfeier auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee am Volkstrauertag, 17.11.2019, Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist jetzt mehr als 100 Jahre her, dass der Erste, und bald 75 Jahre her, dass der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. 2020 werden wir in Deutschland anlässlich dieses 75. Jahrestags der Befreiung gedenken – der Befreiung der Konzentrationslager, der Befreiung der vielen, vielen Häftlinge in Gefängnissen und vor allem der Befreiung Europas und Deutschlands vom Joch der Nazi-Diktatur.

Diese Befreiung ging einher mit tiefer Schuld und mit der Trauer um Millionen von Toten. Weltweit waren 60 Millionen Tote zu beklagen. Darunter allein sechs Millionen Juden, die ermordet worden waren.

Viele deutsche Juden, gerade jene, die im Ersten Weltkrieg als Soldaten gedient hatten, hatten viel zu lange nicht glauben wollen, dass sich Deutschland in eine Barbarei verwandelt. Viele jüdische Familien waren patriotisch gesinnt und hatten im Ersten Weltkrieg Söhne oder Väter verloren. Menschen, derer wir heute hier auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee geden-

ken. Viele jüdische Familien zögerten zu Beginn der Hitler-Diktatur viel zu lange, ihre Heimat zu verlassen, was sie schließlich mit ihrem Leben bezahlten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich Juden oft mutterseelenallein wieder. Mehr tot als lebendig hatte ein kleiner Teil der europäischen Juden die Schoa überlebt. Häufig waren sie die einzigen Überlebenden ihrer Familie. Sie standen vor dem Nichts. Die Befreiung vollzog sich in einer moralischen, psychischen und tatsächlichen Trümmerlandschaft.

Wer sich heute Fotos anschaut aus den beiden Weltkriegen, dem wird bewusst: Der Friede in Europa und auch der friedliche Fall des Eisernen Vorhangs, der den europäischen Kontinent wieder vereint hat – das grenzt an ein Wunder! Und das ist ein großes Geschenk!

In meiner Generation, die direkt nach dem Krieg geboren ist, sind die Folgen des Krieges noch sehr präsent.

Doch inzwischen sind der Erste und Zweite Weltkrieg für die nachfolgenden Generationen zu Kapiteln im Geschichtsbuch geworden. Es macht sich Gleichgültigkeit breit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am diesjährigen Volkstrauertag stehen wir in Deutschland noch unter dem Eindruck des Angriffs auf die Synagoge in Halle.

Kurz danach hat eine Partei in Thüringen bei der Landtagswahl mehr als 20 Prozent der Stimmen gewonnen, eine Partei, die den Nationalsozialismus verharmlost, ihn in Teilen wieder salonfähig machen will und gegen Minderheiten hetzt.

Daher frage ich mich heute: Ist die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit tatsächlich geglückt? Wurde und wird jeder Generation neu und in ausreichendem Maße vermittelt, welche Errungenschaft die Europäische Union und die Demokratie in Deutschland sind? Haben wir eine Gedenkkultur, die auch junge Menschen erreicht? Ich habe daran meine Zweifel.

Und so appelliere ich am heutigen Volkstrauertag: Die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Lehren, die daraus gezogen wurden, müssen wieder stärker ins Bewusstsein rücken!

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass weniger als die Hälfte der 14- bis 16-Jährigen weiß, was Auschwitz-Birkenau war.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass es eine Fraktion im Bundestag gibt, deren Vorsitzender die NS-Zeit als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnet.

Und wir dürfen es nicht hinnehmen, dass jeden Monat im Schnitt 100-mal Flüchtlinge angegriffen werden.

Veränderungen in der Gesellschaft vollziehen sich schleichend. Daher besteht die große Gefahr der Gewöhnung. Wir sind schon daran gewöhnt, dass die AfD bei jeder Wahl die Fünf-Prozent-Hürde schafft. Wir sind schon daran gewöhnt, dass es regelmäßig Neo-Nazi-Konzerte gibt. Und wir Juden sind schon daran gewöhnt, nicht offen mit Kippa auf der Straße herumzulaufen.

Doch, meine verehrten Damen und Herren, wir schulden es den Toten zweier Weltkriege, wir schulden es den sechs Millionen ermordeten jüdischen Männern, Frauen und Kindern, uns nie – ich betone: nie – an solche Zustände zu gewöhnen. Wir schulden es ihnen, Haltung zu zeigen und Prinzipientreue. Gegenüber Rechtsradikalen und anderen Demokratiefeinden darf es kein Schwanken oder Zaudern geben.

Hier müssen wir an einer roten Linie festhalten, die nicht überschritten werden darf. Das gilt für die Politik auf allen Ebenen, von der Kommune bis zum Bund

und Europa. Das gilt für die Justiz, die gegenüber Demokratiefeinden keine falsche Toleranz üben darf. Und das gilt für alle Teile der Gesellschaft.

Null Toleranz für Antisemitismus, Islam-Hass oder Rassismus!

In diesem Jahr haben wir 70 Jahre Grundgesetz gefeiert. In fast ganz Europa wachsen Generationen auf, die nie Krieg erlebt haben.

Wir haben wahrhaftig Grund, dankbar zu sein. Doch zugleich mahnen uns am heutigen Volkstrauertag die Toten. Denn wir haben auch eine Verpflichtung. Die Verpflichtung, den Frieden zu erhalten und nie wieder Menschheitsverbrechen wie im Ersten und im Zweiten Weltkrieg zuzulassen.

Frieden und Toleranz sind zerbrechliche Güter. Lassen Sie uns gemeinsam dafür einstehen, diese Güter zu schützen und für die kommenden Generationen zu bewahren.

\*\*\*



Sprach bei der Landesfeier zum Volkstrauertag in Schwerin:  
Innenminister a.D. Dr. Armin Jäger

Foto: Zilling

# Mecklenburg-Vorpommern

## **„Frieden ist ein sehr verletzliches Gut“**

Landtag Schwerin: Rede zum Volkstrauertag 17. November 2019  
Dr. Armin Jäger

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge feiert in diesem Jahr sein 100jähriges Bestehen. Er wurde im Dezember 1919 gegründet. Seine satzungsmäßige Hauptaufgabe war von Anfang an der Nachweis und die Pflege der Kriegsgräber, zu der sich die Vertragsstaaten in Artikel 225 des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 verpflichtet hatten. Die Geburt des Vereins verlief nicht ohne Komplikationen: Die Aufgabe wurde in Deutschland während des ersten Weltkrieges und danach zum Teil von dem Zentralen Nachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsgräber wahrgenommen und sollte nach dem Willen der Vereinsgründer auf eine breite Verankerung in der Zivilgesellschaft gestützt werden. Darum wird dem Vereinsnamen die Bezeichnung „Volksbund“ vorangestellt.

Nachdem der Verein im Januar 1920 in das Vereinsregister eingetragen wurde, kommt ein Prüfbericht des Berliner Polizeipräsidiums im November 1920 zu dem Ergebnis, dass der Volksbund nicht in der Lage sein werde, seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen. Diesen Unkenrufen zum Trotz wächst der Ver-

ein an seinen Aufgaben und gewinnt immer mehr Mitglieder und Spender. Der Grund dafür liegt wohl in einer deutlichen Veränderung der gesellschaftlichen Einstellung zu den Kriegstoten. Sah man in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg die Gefallenen überwiegend als quasi namenlose Opfer der von großen oder weniger großen Feldherrn geführten Schlachten, begann schon im ersten Weltkrieg und vor allem danach eine Personalisierung, nämlich eine individuelle Sicht auf den einzelnen Kriegsteilnehmer, sich durchzusetzen. Gefallene waren damit nicht mehr nur Angehörige militärischer Verbände, sondern Opfer mit eigener unveräußerlicher Würde.

Deutlich wird dies aktuell in der Präambel zur Vereinsatzung vom 28. April 2017, in der es heißt: „Grundlage der Arbeit des Volksbundes ist die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen. Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus.“ Dabei kam von Anfang an, unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, diese Arbeit des Volksbundes besonders dem Bedürfnis von Angehörigen entgegen, zu wissen, wo und unter welchen Umständen der Sohn, Bruder, Ehemann oder Vater umgekommen war und begraben wurde. Die Erfüllung des Wunsches, dass die Gefallenen eine würdige letzte Ruhestätte finden würden, trauten die Menschen dem Volksbund Kriegsgräberfürsorge eher zu als einer staatlichen Einrichtung.

Diese Sicht war neu, ja gerade revolutionär.



Meine Damen und Herren,

vor mehr als einhundert Jahren hätte ein Redner einer ähnlichen Veranstaltung wie der heutigen zum Heldengedenken gesprochen und vielleicht den vielzitierten Vers aus den Oden des römischen Dichters Horaz (geb. 65 v Chr.) erwähnt:

„Dulce et decorum est pro patriam mori“

Ich weiß nicht ob die damaligen Zeitgenossen tatsächlich geglaubt haben, dass es, wie in dem lateinischen Text behauptet wird, süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben. Verwendet wurde dieses Zitat, wie kein geringerer als Bertolt Brecht 1915 in einem Schulaufsatz schrieb, als Zweckpropaganda, denn (ich zitiere) „Der Abschied vom Leben fällt immer schwer, im Bett wie auf dem Schlachtfeld, am meisten gewiss jungen Menschen in der Blüte ihrer Jahre.“

Zur Zeit der Gründung des Volksbundes schien die Zeit der Heldengedenktage wie des Sedanstages im Kaiserreich unwiderruflich vorbei. So schien es jedenfalls für einige Jahre. Aber bereits 1934 trat an die Stelle des Volkstrauertages der dann so benannte „Heldengedenktag“.

In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg trat dagegen der Gedanke der Versöhnung über den Grä-

bern und das Eintreten für den Frieden immer stärker in den Vordergrund. Lassen Sie mich, um dies zu beleuchten, einen besonders großen zeitlichen Schritt machen:

Ich habe nicht hinterfragt, warum Sie, Frau Landtagspräsidentin und der Landesvorsitzende des Volksbundes, auf die Idee kamen, mir die Aufgabe zu übertragen, hier vor Ihnen zu sprechen. Auf jeden Fall dürfte es auch eine Rolle spielen, dass ich von den 100 Jahren des Volksbundes immerhin 78 miterlebt habe.

Mein erster näherer Kontakt entstand während meiner Wehrdienstzeit in den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Wie heute unterstützte die Bundeswehr den Volksbund vor allem bei der Straßensammlung. Zum damaligen Volkstrauertag war ich Lehrgangsteilnehmer an der Offiziersschule der Luftwaffe und las gerade den Roman von Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“. Mit diesem Buch setzt sich der Schriftsteller bekanntlich fernab von jeder Heldenglorifizierung schonungslos mit den Schrecken des Stellungskrieges und den katastrophalen Folgen von Massenvernichtungswaffen im ersten Weltkrieg auseinander. Es spricht für die liberal humanitäre Grundeinstellung der Bundeswehr, dass ich dieses Buch in der Truppenbücherei fand und ausleihen konnte.

Einige Jahre vor dieser Zeit, als ich einerseits diesen Antikriegsroman las und zugleich eine soldatische

Ausbildung erhielt, hatte der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bereits in seiner Gedenkrede zum Volkstrauertag 1952 darauf hingewiesen, dass bei den Getöteten des Zweiten Weltkrieges neben den gefallenen Soldaten auch die zahlenmäßig noch größere Gruppe der zivilen Opfer ihren Platz in der Trauer der Überlebenden finden müsse. Er würdigt zunächst die gefallenen Soldaten mit dem Satz: „Sie starben an ihre Pflicht gebunden, und davon darf nur in Dankbarkeit und Ehrfurcht vor dem Einzelschicksal gesprochen werden. Ein anderer Ton ist nicht erlaubt.“ Er fährt dann fort: „Das kämpfende Soldatentum einer alten großen Geschichte ist untergegangen. Das Schicksal unserer Nation liegt auch in den Massengräbern der Bombennächte. Es liegt auch in den Gruben am Rande der KZ-Lager.“

Es hat dann aber noch mehrere Jahre gedauert bis die Erkenntnis aus dieser Einsicht auch eine gesetzliche Regelung erfahren hat, erst mit § 1 Abs. 2 Nr. 4 des Gräbergesetzes von 1965 wurden in der Bundesrepublik Deutschland die Gräber von Opfern nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen und die Gräber von zivilen Bombenopfern den Gräbern der gefallenen Soldaten aus den beiden Weltkriegen gleichgestellt. Aus heutiger Sicht war dies dringend erforderlich, weil die Zahl der zivilen Opfer in den beiden Weltkriegen höher war als die der gefallenen Soldaten. Vor allem in den Massenvernichtungslagern sind allein mehr als sechs Millionen Juden umgekommen.

Und so gedenken wir heute aller Opfer von Gewalt und Krieg.

Dazu gehören neben den Soldaten, die in beiden Weltkriegen starben, auch die Menschen, die durch den Krieg oder danach in Gefangenschaft, als Flüchtlinge und Vertriebene umgekommen sind. Zu ihnen gehören auch die Menschen, die getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugerechnet wurden oder die man umbrachte, weil man sie wegen Krankheit oder Behinderung als lebensunwert bezeichnete.

Wir gedenken der tapferen Menschen, die ihren Widerstand gegen Gewaltherrschaft, die Treue zu ihrer Überzeugung oder ihren Glauben mit dem Leben bezahlten.

Schließlich gedenken wir auch der Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Zeit, der Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung sowie der Menschen, die bei uns aus Hass gegen Fremde getötet wurden.

Und wir trauern um die Bundeswehrsoldaten und Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren haben.

Bei einem Urlaub auf Kreta wohl Anfang der 70er Jahre besuchte ich den dortigen vom Volksbund be-

treuten Soldatenfriedhof Maleme. Dort befinden sich 4465 Gräber von deutschen Soldaten, davon mehr als 3 000 Fallschirmjäger und Angehörige der Luftlandtruppen. Mit Schrecken erkannte ich an den Jahreszahlen auf den Grabsteinen, dass die toten Soldaten fast allesamt jünger waren als ich damals war. Ich habe mich dann informiert, warum es so viele waren und dabei erfahren, dass sie auch deshalb sterben mussten, weil ihre militärischen Vorgesetzten die Lage auf Kreta so völlig falsch eingeschätzt hatten, dass diese jungen Männer geradewegs in schwer bewaffnete feindliche Stellungen und damit in einen sicheren Tod gesprungen sind. Während meiner Zeit bei der Bundeswehr wurde bei Märschen gern das Fallschirmjägerlied gesungen. Es hat eine letzte Strophe, die lautet: „Auf Kreta da flattern unsere Fahnen. Wir Fallschirmjäger haben doch gesiegt.“ Sie dürfen mir glauben, dass ich nach diesem Erlebnis dieses Lied nicht mehr hätte mitsingen wollen.

In den Jahren von 1970 bis zur Wende 1989 verschob sich das Gewicht von der Gräbernachforschung und Dokumentation mehr zur Friedensarbeit. Deutlich ausgedrückt in dem Leitwort: Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden.

Das änderte sich noch einmal mit der friedlichen Revolution 1989, dem glücklichsten Geschehen, das den Deutschen im letzten Jahrhundert widerfahren ist. Wir feiern in diesem Jahr auch 30 Jahre Vereinigung

in Frieden und Freiheit. Dass dies alles so friedlich ablaufen würde, war nicht vorauszusehen. Neben einer sich auftuenden günstigen weltpolitischen Situation waren es der Mut und die Risikobereitschaft, aber auch die Besonnenheit der Ostdeutschen, die es möglich machte, sich die Freiheit des Wortes und die Freiheit, selbst zu bestimmen, wo und wie man leben will, zu erkämpfen. Ich bin überzeugt davon, dass nach so vielem, was wir als Deutsche im letzten Jahrhundert falsch gemacht haben, dies die geschichtlich bedeutendste Leistung der Generation, die dies bewirkt hat, bleiben wird. Wie Alt-Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede am 23. Oktober 2019 im Schweriner Dom zu Recht hervorgehoben hat, stolz auf diese Leistung dürfen die Menschen in unserem Land auf jeden Fall sein.

Seit der Wende ist der Volksbund auch in den neuen Bundesländern tätig. Eindrucksvollstes Beispiel ist in Mecklenburg-Vorpommern der Ihnen allen gut bekannte Golm, den der Volksbund am 1. März 2000 übernahm. Vor allem wegen der Nähe zur Grenze Polens findet hier eine intensive Jugendarbeit, besonders im Zusammenwirken von polnischen und deutschen Jugendgruppen, statt.

Im Sommer diesen Jahres habe ich zusammen mit ehemaligen Kollegen aus der Hamburger Bürgerschaft eine Reise zur Kurischen Nehrung gemacht. Wir haben auch den deutschen Soldatenfriedhof in

Pillau (heute: Baltisk) besucht. Die meisten von uns wussten, dass erst mit dem deutsch-russischen Kriegsgräberabkommen von 1992 der Volksbund die Aufgabe übernehmen konnte, die noch auffindbaren Gebeine der auf dem Gebiet Russlands Gefallenen aus verstreut liegenden Grablagen zu bergen und auf großen Sammelfriedhöfen endgültig zu bestatten. Es ist aber schon erschütternd, auf einer solchen Kriegsgräberstätte zu stehen, auf der mittlerweile seit 1997 12 255 Kriegstote zugebettet wurden, darunter 204 Tote des Flüchtlingsschiffes Gustloff, das Anfang 1945 versenkt wurde. Beeindruckend ist angesichts der großen Zahl der hier Bestatteten, die Anlage von Grabfeldern und die Aufstellung von Stelen, auf denen jeder Beigesetzte verzeichnet ist. Die Arbeit in Osteuropa, die erst nach Beendigung des Kalten Krieges möglich wurde, wird noch viel Zeit und Kraft brauchen. Sie ist für die Völkerverständigung aber unverzichtbar, weil sich junge Menschen aus den ehemals feindlichen Völkern bei dieser Arbeit begegnen. Das ist viel wirkungsvoller als jeder noch so gut angelegte Geschichtsunterricht.

Unsere Generation, die das Glück hatte, nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis heute in Europa in Frieden zu leben, hat auch die Pflicht, unseren Kindern und Enkeln das Bewusstsein zu vermitteln, dass Krieg und Gewalt kein Mittel sein dürfen, nationale Interessen durchzusetzen. Deshalb ist die Bundeswehr zu Recht eine Parlamentsarmee, für die nach Ar-

tikel 26 unseres Grundgesetzes das Verbot eines Angriffskrieges gilt. Nach dem Soldatengesetz verpflichten sich die jungen Soldatinnen und Soldaten feierlich, der Bundesrepublik treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Mit dem Wort tapfer ist auch gemeint, dass dies im Notfall (auch) bei einem Kampfeinsatz unter Gefährdung des eigenen Lebens geschehen kann. Solange es auf der internationalen Ebene nicht wie im Innern der einzelnen Staaten eine durch das Gewaltmonopol legitimierte Macht, also quasi eine Weltpolizei zum Schutz der Freiheits- und Menschenrechte gibt, werden wir auch eine deutsche Armee brauchen. Solange wird die Bundeswehr diesen Schutz übernehmen müssen. Es ist gut, dass sie eine Parlamentsarmee ist.

Auf den ersten Blick ist also alles gut geregelt. Aber, meine Damen und Herren, sind wir uns dessen so sicher?

Leider nicht. Frieden ist ein sehr verletzliches Gut. Wir haben das in den letzten Jahren erfahren, als Fanatiker beschlossen, die Terrororganisation IS zu gründen. Wir haben in den sozialen Medien die unsäglich brutalen Bilder gesehen. Wir haben Terroranschläge im Namen dieser Organisation in Europa und auch bei uns erlebt. Im Irak und in Syrien ist es gelungen, diese Terrororganisation zurückzudrängen. Die Hauptlast haben dabei die Kurden-milizen getra-



gen, die auch viele der IS-Kämpfer gefangen genommen haben. Jetzt geschieht das Ungeheuerliche: Der türkische Staatspräsident ordnet, nachdem sich US-Truppen aus dem Gebiet zurückgezogen haben, den Angriff seiner Armee auf die Kurden an. Es fallen Bomben auf die zivile Bevölkerung. Türkische Soldaten marschieren mit Panzern in das Gebiet Syriens ein, um gegen den erbitterten Widerstand der kriegserfahrenen Kurden einen Korridor zu besetzen. Ich möchte nicht daran denken, ob der türkische Staatspräsident Erdogan den türkischen Soldaten, die er wohl aus überwiegend innenpolitischen Erwägungen des eigenen Machterhaltes in das Nachbarland schickt, vorgaukelt, dass es süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben. Nein, das ist es nicht, die richtige Bezeichnung ist, dass dieser Angriff ein Bruch des Völkerrechts ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen an dieser Stelle eine für mich erschütternde Erkenntnis nicht vorenthalten. Die mich näher kennen wissen, dass ich seit vielen Jahren dem Landesverband der jüdischen Gemeinden verbunden bin. Nach dem Angriff auf die jüdische Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 geht eine Welle der Verunsicherung durch die jüdischen Gemeinden. Es gibt, wie ich erfahren musste, mittlerweile auch in unserem Bundesland Juden, die sich fragen, ob es richtig gewesen sei, in den frühen 90er Jahren aus der Sowjetunion nach Deutschland zu kommen und die sich große Sorgen

um die Sicherheit ihrer Kinder und Enkelkinder machen. Vor nicht allzu langer Zeit hätte ich überzeugt geantwortet, diese Sorge sei völlig unberechtigt. Unsere dafür zuständigen Behörden können die Sicherheit der jüdischen Mitbürger gewährleisten. Mein ältester Freund, der Landesrabbiner William Wolff geht seit 2002 unbesorgt auch abends durch unsere Straßen. Der Innenminister hat in Absprache mit den jüdischen Gemeinden die Sicherheitsvorkehrungen gerade noch einmal verstärkt Die andere Seite ist aber, nach der Dokumentation des Bundeskriminalamtes hat es in der Zeit von Januar bis zum 30.Juni diesen Jahres 442 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gegeben.

Darum sind wir aufgefordert, wachsam zu sein und auch mehr oder weniger dümmlichen Sprüchen an Stammtischen entschieden entgegenzutreten.

Wir wollen ein friedliches und tolerantes Land bleiben. Das wird uns nur gelingen, wenn wir gegen jede Form der Intoleranz kämpfen.

Kriegsgräber sind auch ein Zeichen, dass im Wettstreit der Kräfte die Humanität verloren hat, lassen wir sie uns eine Mahnung für den Frieden sein!

\*\*\*





Fragte nach der heutigen Bedeutung des Volkstrauertages:  
Die Schülerin Lea Hinz im Landtag in Kiel

Foto: Volksbund



Verleihung der Ehrenurkunde des Landes Schleswig-Holstein zum 100-jährigen Bestehen des Volksbundes (von links): Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, Dr. Ekkehard Klug, Vorsitzender des Volksbund-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Lea Hinz und Klaus Schlie, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Schirmherr des Volksbund-Landesverbandes

Foto: Volksbund

## **„Volkstrauertag – oder auch: Was geht mich das an?“**

Rede der Schülerin Lea Hinz vom Alexander-Humboldt-Gymnasium (Neumünster) im Kieler Landtag zum Volkstrauertag

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich gefragt wurde, ob ich bereit wäre, eine Rede zum Volkstrauertag zu halten, habe ich mich erstmal mit dem Thema auseinandersetzen müssen und mich dabei gefragt:

Volkstrauertag – was geht mich das an?

Der Volkstrauertag erinnert an die Opfer aller Kriege, ich dachte dabei sofort an die beiden Weltkriege. Aber: Ich bin im Jahr 2002 geboren – ganze 57 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, fast 63 Jahre nach der Machtergreifung Adolf Hitlers. Meine Großeltern sind im November 1946 und Mai 1949 geboren. Ich gehöre zu der ersten Generation, die keine Zeitzeugen mehr kennt. Wir lernen Daten, Fakten, Zusammenhänge, behandeln Ursachen und Folgen, besuchen ehemalige Konzentrationslager oder Nazi-Bauten, doch Familiengeschichten kennen wir nicht.

Wir leben hier in Frieden, keiner von uns – meiner Generation – kann sich ausmalen, wie ein echtes Schlachtfeld aussieht. Heute finden Kriege am anderen Ende der Welt statt. Heute kennen wir Kriege und Schlachten nur aus Hollywood und den Nachrichten. Heute werden Kriege zum immer größeren Teil aus der Ferne gesteuert, es gibt keine gigantischen Schlachtfelder à la Verdun oder Kursk mehr. Das Grauen ist bei Weitem nicht mehr so präsent.

Und dann gibt es da den Volkstrauertag. Einmal im Jahr nehmen wir uns die Zeit, unserer Soldatinnen und Soldaten, deren Familien und den zivilen Opfern aller Kriege zu Gedenken. So zumindest die Theorie. Als ich einem Freund von dieser Rede hier erzählte, stellte er überrascht fest, dass dieser Tag überhaupt existiert. Volkstrauertag? Was geht mich das an?

Im Fokus dieses Tages stehen Jahr für Jahr die beiden Weltkriege. Ereignisse, die wir nur aus Schulbüchern und realitätsverzerrenden Filmen kennen. Helden-Narrative und Patriotismus prägen die Drehbücher. Die wahren Geschichten, das echte Leid, bleibt den meisten unbekannt. Wir leben zwar in einer Zeit des Erinnerns, doch wie soll ich mich an etwas erinnern, zudem ich absolut keinen Bezug außer meiner Herkunft habe?

Vielleicht muss ich das gar nicht. Vielleicht muss ich ja einfach nur zuhören. Die Geschichte zeigt, wie sich Repression in Aufständen, ja ganzen Kriegen, entlädt.

Sie zeigt, wie überzogener Nationalismus, Egoismus, Militarismus und Ausgrenzung eine ganze Welt in den Abgrund stürzen und unendliches Leid bringen können.

Die Geschichte lehrt uns aber auch Verzeihen und den Umgang mit ehemaligen Feinden.

Winston Churchill sagte nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1946: „Wir müssen den Gräueln der Vergangenheit den Rücken zukehren. Wir müssen in die Zukunft schauen.“ Damit legte er den Grundstein für die Vergebung, die Deutschland nach dem Krieg erfuhr. Er wollte Europa nach zwei Weltkriegen wieder aufbauen, im Interesse der Menschen, anstatt Deutschland auf ewig zu verdammen. Er verkannte dabei nicht die Schuld und das Leid des Holocaust, gab uns aber die Chance, uns neu zu beweisen und neu aufzustellen – was wir taten. Nur aufgrund der Vergebung ist Deutschland heute wieder international anerkannt. Er wusste, dass ewige Verdammnis und Vorwürfe irgendwann Rache provozieren.

Deutschlands Geschichte lehrt mich Demut, das Verhalten der Alliierten war nicht selbstverständlich. Deshalb gedenken wir heute auch der Opfer der ehemaligen Gegner, die heute als Partner in der EU, den Vereinten Nationen und der NATO zusammenstehen. Bundespräsident Steinmeier besuchte am 1. September diesen Jahres Wielun, um an Feierlichkeiten zu Ehren der polnischen Soldaten teilzunehmen.

Wir reden wieder miteinander, nichts ist vergessen, jedoch vergeben. Weil Europa an das Gute im Menschen glaubt. Wir leben mit der Europäischen Union im größten Friedensprojekt, das die Welt je gesehen hat. Doch jetzt steht die EU vor einer Zerreißprobe, die sie so noch nie gesehen hat. Spalterische Kräfte von innen und außen bedrohen die friedliche Ordnung Europas. Nationalismus, Egoismus, Militarismus und Ausgrenzung erleben eine Renaissance. Die europäische Errungenschaft, den europäischen Traum von Freiheit und Frieden, so leichtfertig wegzuworfen, grenzt an Wahnsinn. Aleida Assmann befürchtet in ihrem Buch „Der europäische Traum“, dass die EU zerbrechen könnte, wenn sie nicht bald einen Inhalt für die Leere im Zentrum ihrer Flagge findet, ein gemeinsames Leitbild.

Dabei gibt es das eigentlich. Frieden und Zusammenhalt trotz Erhaltung der Einzelinteressen der Staaten. Kommunikation und Diplomatie. Gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Die EU wurde vor dem Hintergrund zerstörerischer und blutiger Jahrhunderte errichtet, die so nie wiederkehren sollten. Nur zusammen sind wir in der Lage, den heutigen Zustand der Verständigung und des Verständnisses zu erhalten. Und da ist es wieder: das Zuhören.

In Zeiten, in denen Populismus und Fremdenfeindlichkeit wieder einen Platz in den demokratischen Parlamenten und Präsidenten-Palästen dieser Welt finden, ist nichts wichtiger, als zuzuhören.



Wir müssen aufmerksam sein, Schlupflöcher verschließen, gegen radikale Kräfte zusammenstehen. Dies sind die unmissverständlichen Lehren der Geschichte. Und trotzdem passiert gerade das Gegenteil. Die Toten und ihre Geschichten warnen uns und sind ein Mahnmal für unsere, entfernte Generation, die in einer friedlichen Blase lebt. Aber es ist eben eine Blase, die zu platzen droht, wenn wir nicht bald lernen, wie man das verhindern kann. Wir müssen aufstehen und das gebrechliche Gerüst des Friedens verteidigen. Wir können keine Geschichten erzählen oder unsere Kinder und Enkelkinder belehren. Wir können uns nur belehren lassen, den letzten Zeitzeugen und den Geschichten der Toten Gehör schenken.

Uns demütig und respektvoll zeigen und äußern. Aber auch mit offenen Augen und offenem Herzen durch die Welt gehen. Seit 2011 hat Syrien 45 Prozent seiner Bevölkerung verloren – tot oder vertrieben. Menschen – Zivilisten genauso wie Soldaten – sterben. Sie sterben in ihren Heimatländern und dort, wo sie sich sicher geglaubt haben. Sie sterben im Bombenhagel eines Krieges, der mit Demonstrationen für Demokratie und Freiheit begonnen hatte, inzwischen jedoch zu einem Schaulaufen und einer Macht demonstration der Weltmächte verkommen ist und durch die Ereignisse der letzten Wochen eine neue Dimension erreicht.

Wer vergisst, der begeht die gleichen Gräueltaten wieder. Wer nicht zuhören will, der ignoriert die Vergangenheit. Wer leugnet, was er nicht wahrhaben möchte, weil es nicht ins eigene Weltbild passt, der spuckt auf die, die gewaltsam ihr Leben lassen mussten und die, die einem unterdrückenden System zum Opfer gefallen sind.

Vielleicht ist genau das, dieser Erkenntnis, der Sinn des Volkstrauertages: Erinnern gegen das Vergessen. Nie wieder!

Ich habe den Wunsch, dass diese Welt eines Tages verstehen lernt, dass wir alle doch eigentlich gar nicht so verschieden sind. Denn am Ende sollte die Erkenntnis und das Ziel eines jeden, egal zu welchem politischen Spektrum man sich zählt oder aus welchem Land man stammt, sein, Sicherheit und Frieden zu erhalten. Überzogener Nationalismus, Spalterei und Hetze, Hass und Klassen- und Rassentheorien haben in der modernen Welt, ja in der modernen Welt, keinen Platz.

Es ist Zeitverschwendung, nach unseren Unterschieden zu suchen, denn am Ende wollen wir alle das Gleiche. Die Vergangenheit ist unser bester Lehrer, einer, der unendlich viele Geschichten bereit hält, die es anzuhören und aus denen es zu lernen gilt. Dieser Tag soll uns also nicht nur traurig und demütig machen. Er soll uns auch mahnen und lehren, um es irgendwann mal besser machen zu können.

Ich möchte schließen mit den Worten des 2016 verstorbenen Auschwitz-Überlebenden Max Mannheimer, die eigentlich universell auf meine Generation anwendbar sind: „Ihr seid nicht schuld an dem, was war, aber verantwortlich dafür, dass es nicht mehr geschieht!“

\*\*\*



Treffen beim Volkstrauertag im Landtag von Magdeburg (von links):  
Dr. Axel Hartmann, Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch und der  
Landesvorsitzende des Volksbundes Sachsen Anhalt, Dieter Steinecke

Foto: Volksbund

## **„Endlich Frieden in Costermano“**

Rede des Botschafters a.D. Dr. Axel Hartmann im Landtag von Magdeburg

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Präsident des Volksbundes Sachsen-Anhalt,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor 100 Jahren wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet. Das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland sah sich angesichts der hohen Reparationsforderungen der Siegermächte und der fortdauernden revolutionsartigen inneren Unruhen nicht in der Lage, die überwiegend im europäischen Ausland, vor allem in Frankreich und Polen gelegenen Gräberstätten deutscher Soldaten zu pflegen und zu erhalten. Der 1919 erfolgte Aufruf zur Gründung des Volksbundes wurde unterstützt von Persönlichkeiten wie Gerhard Hauptmann, Max Liebermann, Walter Rathenau und dem damaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer.

Es war also, wie wir heute sagen würden, eine Bürgerinitiative, die nach dem verlorenen Weltkrieg den Anstoß gab, das Gedenken an die Opfer des Krieges und die Pflege der Kriegsgräberstätten aufrecht zu erhalten und zum Frieden zu mahnen: In einer Zeit voller Not, Hunger und Trauer.

Diese Fürsorge galt nicht nur den überwiegend im Ausland bestatteten deutschen Soldaten – Kriegshandlungen auf deutschem Boden hatte er ja außer in Ostpreußen nicht gegeben – sondern auch den ausländischen Kriegsgefangenen, die in deutschen Lagern verstarben.

Die Versöhnungsbemühungen der jungen Weimarer Republik, namentlich die Verständigungspolitik von Außenminister Stresemann und seinem französischen Kollegen Briand hatten nur kurz Bestand. Die Demokraten wurden von Rechts und Links bedrängt und das spiegelte sich auch im Erscheinungsbild des Volksbundes der zwanziger Jahre wider. Zerrissen wie das deutsche Volk selbst, war der Volksbund ein Kind der deutschen Geschichte und als solcher eher im nationalen, später nationalsozialistischen Spektrum der politischen Strömungen angesiedelt.

Viele seiner Repräsentanten waren gegenüber der Weimarer Republik kritisch, ja sogar feindlich eingestellt und so hatte der demokratische Frühling in Deutschland nur kurzen Bestand. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde der Grün-

dungsgedanke der "Versöhnung über den Gräbern" einer „Heldengedenktags-Mythologie“ mit übersteigertem nationalistischen Pathos untergeordnet und der Volksbund gleichgeschaltet.

Der von Hitler vorsätzlich begonnene und bedingungslos verlorene Zweite Weltkrieg brachte ebenso wie die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unermessliches Leid über die Völker Europas: Die höchsten Verluste hatte die Sowjetunion mit 30 Millionen Soldaten, Zivilisten und Kriegsgefangenen zu erleiden. Auch Polen war mit sechs Millionen Toten, etwa 17 Prozent seiner Bevölkerung, eines der hauptbetroffenen Länder der deutschen Aggression. Sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens wurden ebenso ermordet oder kamen durch unmenschliche Behandlung zu Tode wie Sinti und Roma, Zwangsarbeiter und Deportierte.

Auch Deutschland selbst hatte mit sechs Millionen toten Soldaten und Zivilisten einen hohen Preis zu entrichten: Durch Kriegshandlungen, Bombenopfer sowie Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten. Das besiegte Deutschland kam unter alliierte Besatzung und erst allmählich, vor allem nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus den drei westlichen Besatzungszonen, konnte der Volksbund seine Arbeit wieder aufnehmen.

In der sowjetisch besetzten DDR war ein Tätigwerden des Volksbundes nicht möglich. Dort übernahmen Kirchen und Privatpersonen in eingeschränktem Umfang diese Aufgabe. Die Gedenkkultur der DDR war darauf angelegt, der propagandistischen Haltung des wahren antifaschistischen Deutschlands zu entsprechen. Die Rote Armee wurde für ihren Sieg über Hitler-Deutschland verehrt. Die Vielzahl der verschiedenen Opfer der Verfolgung wurden unter dem Oberbegriff „Opfer des Faschismus“ geführt. Trauer über die im Krieg gefallenen Soldaten war Privatsache und so ist man auch mit den Kriegsgräbern umgegangen.

Ich erinnere mich noch gut an die 50er Jahre, als ich als kleiner Junge meinen Vater bei den Sammelaktionen für den Volksbund jedes Jahr im November begleitete. In fast jedem Haus gab es eine betroffene Familie, einen Kriegstoten oder bei Flucht und Vertreibung verlorenen Angehörigen. Es waren zumeist tränenreiche Begegnungen: Die Erinnerung an die menschlichen Verluste waren noch nicht erloschen.

Der Volksbund hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt. Er erinnert heute bei den alljährlichen Gedenkfeiern aller durch Krieg und Gewaltherrschaft verstorbenen Menschen: Das Totengedenken in seiner heutigen Form, wie wir es im Anschluß hören, verdeutlicht das nachdrücklich.



Mit der Wiedervereinigung Deutschlands war es auch in den neuen Ländern möglich, die Pflege der Grabstätten und Umbettung von Kriegstoten vorzunehmen. Der Volksbund leistet heute mit der Pflege von 2,8 Millionen Kriegsgräbern auf gut 800 Friedhöfen in 46 Staaten eine herausragende Arbeit. Seit der Wende 1989 ist das auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas möglich, wo seither 934.000 Kriegstote umgebettet wurden. Ein Zeichen der Versöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn, das auch mit gemeinsamen friedenspädagogischen Jugendcamps und Arbeitseinsätzen auf Auslandsfriedhöfen seinen Ausdruck findet. Rund 20.000 Jugendliche und Erwachsene nehmen daran jährlich teil. Schließlich haben wir alle das Glück, in Mitteleuropa in der längsten und hoffentlich nie endenden Friedensphase zu leben, die es je gab.

Ich selbst war zu Beginn und am Ende meiner beruflichen Laufbahn mit zwei Soldatenfriedhöfen befasst, die problembeladen waren. Als junger Diplomat habe ich Anfang der 80er Jahre nach meinem Dienstantritt in Budapest erlebt, wie kompliziert das Gedenken an die Kriegstoten war: Der deutsche Soldatenfriedhof in Köbanya war von weitem nur als Wiese erkennbar und wenn das Gras nicht gemäht wurde sah man ihn überhaupt nicht. Die Grabplatten waren in den Boden eingelassen und es gab weder eine Beschilderung noch ein von weitem sichtbares Kreuz. Die damalige ungarische Regierung verweigerte das mit dem Hinweis,

dass ungarische Kriegstote gar keine Friedhöfe hätten. Die Lage des Friedhofs war auch insoweit interessant, als nur wenige hundert Meter entfernt die geheimen und anonymen Grabstätten der Anführer des Volksaufstandes von 1956 von Imre Nagy, Per Maleter und vielen anderen waren. Sie wurden in Geheimprozessen zum Tode verurteilt und nach der Hinrichtung dort begraben. 1989 wurden die Leichname exhumiert und nach einer feierlichen Zeremonie auf dem Heldenplatz in Budapest, ehrenvoll bestattet.

Im zweiten Fall war ich 2006 nach meiner Versetzung als Generalkonsul für Norditalien mit Sitz in Mailand mit einem der kompliziertesten Fälle deutscher Kriegsgräberstätten befasst, dessen Wogen fast zwei Jahrzehnte bis in die oberste Regierungsebene schlugen. Italien war seit Sommer 1943 Kriegsschauplatz. Mit der Landung der Alliierten kollabierte das faschistische System und allein die Wehrmacht setzte den Kampf gegen die Alliierten bis zur Kapitulation im Mai 1945 fort. Besonders bedrückend empfand ich meine Besuche mit offiziellen deutschen Delegationen an Orten von Kriegsverbrechen. Der Atem stockt, wenn man in Marzabotto oder Sant'Anna di Stazzema die Einzelheiten der Ermordung von Hunderten unschuldigen Frauen, Kindern und Alten hört, die dort 1944 von Angehörigen einer SS-Division brutal ermordet wurden. Als Reaktion auf Überfälle von Partisanen auf deutsche Truppen.

Die Soldatenfriedhöfe von Monte Cassino und am Futa-Pass im Appenin zählen zu den größten in Italien und beherbergen etwa die Hälfte der insgesamt 107.000 in Italien gefallenen Soldaten. Eine besondere und über viele Jahre strittige Rolle spielte der deutsche Soldatenfriedhof in Costermano am Gardasee. Auf ihm waren seit Ende der 50er Jahre bis zur Eröffnung 1967 nahezu alle in Norditalien aus 1650 verschiedenen Grabstätten zusammengetragenen gefallenen, ca. 22.000 deutschen Soldaten bestattet worden.

Der Friedhof liegt auf einer Anhöhe oberhalb der Stadt Garda. Man betritt ihn durch ein steinernes Tor und steigt allmählich terrassenförmig nach oben. Vorbei an mit Purpurheide bewachsenen Grabfeldern erreicht man den Gipfel und hat von dort einen traumhaft schönen Panoramablick über die nahen Alpen bis zu dem zumeist in der Sonne glänzenden Gardasee, dem Hauptreiseziel westdeutscher Italien-Touristen in den 60er und 70er Jahren. Eine Landschaft wie aus der Tourismuswerbung und doch kam es Ende der 80er Jahre zu einer heftigen Kontroverse: 1988 erfuhr der damalige Generalkonsul für Norditalien, Manfred Steinkühler, von der Existenz von drei Gräbern hoher SS Offiziere, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, beteiligt waren. Es handelte sich um den SS Standartenführer Wirth und zwei seiner Gehilfen. Wirth war seit November 1940 als Inspekteur für alle mit den sogenannten Euthanasiemaßnahmen zusammenhängenden Ermordungen behin-

derter Menschen zuständig und hauptverantwortlich. Er überwachte nicht nur die Mordmaßnahmen, sondern auch die Sonderstandesämter, die amtlich gefälschte Sterbeurkunden ausstellten.

Aufgrund einer Intervention der Wehrmachtsführung wurden diese Maßnahmen 1941 eingestellt und Wirth wechselte im August des gleichen Jahres im Rahmen der „Aktion Reinhard“ zum Vernichtungslager Belzec in Polen und stieg zum Inspekteur auch der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor auf, in denen Millionen jüdische Bürger ermordet wurden. Auf seine Veranlassung hin wurden die Gaskammern gebaut, in denen die Massenmorde durchgeführt wurden.

Wirth war eine der finstersten und grausamsten Figuren des NS-Regimes. Er war besessen von seiner Tätigkeit, galt als besonders brutal und war auch unter den eigenen Leuten wegen dieser Brutalität gefürchtet. So ist auch nicht restlos geklärt, ob er 1944, inzwischen nach Triest versetzt, von Partisanen oder von den eigenen Leuten erschossen wurde.

Mit der „Wurstigkeit“, wie es die FAZ ausdrückte, mit der alles auf deutschen Soldatenfriedhöfen beerdigt wurde, was eine deutsche Uniform trug, wurden auch die Gebeine von Wirth und zwei weiteren führenden SS Männern 1959 in Costermano beigesetzt. Wirths Kraftfahrer hatte – unter welchen Umständen auch

immer – nach dem Krieg im Generalkonsulat eine Anstellung als Fahrer gefunden und erzählte dem Generalkonsul 1988, wer da auf dem Friedhof in Costermano ruht. Der Generalkonsul war schockiert und weigerte sich fortan, an der Volkstrauertagszeremonie teilzunehmen, solange nicht die Gebeine der drei SS-Leute vom Friedhof entfernt seien. Als bald griffen italienische antifaschistische Gruppen das Thema auf und es kam alljährlich am Volkstrauertag zu massiven Protesten und Störungen der Veranstaltung. Der Streit erreichte sogar die Regierungsebene Bundeskanzler Kohl / Ministerpräsident Andreotti, ohne dass eine Lösung gefunden wurde.

Die umstrittenen Gräber verblieben auf dem Friedhof, weil das auch dem deutsch-italienischen Abkommen über Kriegsgräberfürsorge von 1955 entsprach: „... die italienische Regierung gewährleistet das dauernde Ruherecht für die Kriegstoten...“. Alles andere wäre auch angesichts der italienischen Vergangenheitsbewältigung erstaunlich gewesen. Unter seinem der KPI angehörigen Justizminister hatte das Land 1946 mit einer Generalamnestie einen Deckel auf das von 1922 bis 1945 währende Kapitel des italienischen Faschismus gemacht. Zu Kriegsverbrecherprozessen wie in Deutschland kam es trotz der eine Million Toten in Abessinien und Nordafrika und wiederholtem Giftgaseinsatz nicht. Und so verwundert es auch nicht, dass dem bei Kriegsende von Partisanen erschossenen Mussolini in seiner Heimatstadt ein veritables

Mausoleum errichtet wurde, zu dem heute noch seine Anhänger pilgern.

Nach 18 Jahre währendem Streit war es 2006 in Zusammenarbeit mit der Leitung des Volksbundes gelungen, die Gedenkpraxis in Costermano zu ändern. In klaren Worten beschreibt ein Text und eine geänderte Gedenkpraxis auf dem Friedhof die Verbrechen der drei SS-Männer. So heißt es auf einer neu angebrachten Gedenktafel: Es liegen hier auch die Gebeine von Personen, „die an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... sowie an der Ermordung unschuldiger Zivilisten ... beteiligt waren. Ihre Verbrechen sind uns eine ständige Mahnung“. In der neu gestalteten Ausstellung wird der Sachverhalt noch einmal ausführlich erläutert und mit Dokumenten belegt.

Vor Beginn der Gedenkstunde zum Volkstrauertag 2006 kam der Wortführer der Protestgruppe, ein Veroneser Journalist, auf mich zu und begrüßte die Form, wie wir das 18 Jahre streitige Thema aufgearbeitet hatten und die neue Gedenkpraxis auf dem Friedhof. Die wie jedes Jahr erschienenen Demonstranten hatten ihre Transparente eingerollt und die Feier verlief würdevoll unter namhafter Beteiligung zahlreicher offizieller italienischer Gäste und Vertretern der kommunalen Ebene.

Die aus Deutschland angereisten vielen hundert Angehörige, oft schon die Enkel der Gefallenen, besuchten und schmückten die Gräber ihrer Vorfahren.

Es war ein wunderbarer Spätherbsttag in einer wie immer atemberaubenden Landschaft mit grandioser Kulisse durch die Alpen und dem in der Sonne glänzenden Gardasee.

Und es war endlich Frieden in Costermano!

\*\*\*



Nachdenkliche Worte über die Trauer:  
Probst Dr. Georg Bergner im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin

Foto: Volksbund



# Mecklenburg-Vorpommern

## **„Der Trauernde streift in seiner Sehnsucht über ein leeres Feld und findet nur Desiderate“**

Ansprache des Geistlichen Georg Bergner zum Volkstrauertag  
im Landtag in Schwerin

Was ist die Trauer eigentlich? Die Bezeichnung des heutigen Tages legt nahe, dass ein ganzes Volk trauern soll. Denken Sie an die persönliche Trauer, die Sie schon einmal empfunden haben. Sie ist eine Leere, ein Schauen in das Dunkel, in dem nichts zu finden ist; sie ist die Frage auf die ich keine Antwort bekomme; sie ist die Beklemmung eines Herzens, das eingeschnürt in sich keine Befreiung findet; sie ist ein tränengefülltes Auge, das keinen klaren Blick mehr hat. Die Trauer ist Sehnsucht nach einem geliebten Menschen, den ich nicht mehr erreiche. Im Lateinischen heißt Sehnsucht „desiderium“. Dass was sich an der Sehnsucht nicht mehr erfüllen kann, ist ein „Desiderat“.

Desiderate sind Dinge, die erhofft waren und sich nicht erfüllten, Pläne, die nicht verwirklicht, Ziele, die nicht erreicht wurden. Der Trauernde streift in seiner Sehnsucht über ein leeres Feld und findet nur Desiderate. Was hätte aus dem verlorenen Menschen noch werden können? Der Trauernde nimmt die Desiderate

in seine Hand. Er sieht den Enthusiasmus einer Kindheit, die Ideale einer Jugend, die großen Lebenspläne der erwachsen werdenden, die Hoffnungen auf ein glückliches Leben in Sicherheit, die letzten Wünsche des Alters. Es ist zu viel, das liegengeblieben ist. Ein Leben geht nie auf. Es reibt sich in der Wirklichkeit auf, erlebt seine Begrenzungen, wird durch die Umstände der Zeit und durch andere Menschen an der Entfaltung gehindert, verliert sich im Vielerlei des Alltags. Die Trauer ist Traurigkeit über das Unerfüllte, das Unverwirklichte, das Unvollendete, das Unerlöste eines Lebens.

Die Grausamkeit des Krieges ist die schiere Menge der Desiderate. Es sind nicht so sehr die Zahlen der Verheerung, die zur Trauer aufrufen, sondern die Zerstörung der einzelnen Leben. Die bohrende Trauer der Hinterbliebenen sind die Fragen nach den Desideraten. Welches Leben hätte mein Bruder gelebt, der mit 20 auf dem Schlachtfeld erschossen wurde, welches Leben hätte die Großmutter gehabt, die in einem Arbeitslager gedemütigt wurde und verhungerte, welches Leben mein kleiner Sohn, der als Baby auf der Flucht erfror, welches Leben die Mutter, die im Bombenhagel umkam? Wir lesen die Geschichte mit den Augen der Überlebenden.

Das ist unsere einzige Möglichkeit, aber sie ist nie vollständig. Es fehlt uns die Perspektive der Toten. Die Friedhöfe nennen die Namen auf ihren Grabsteinen,

ihre Geburts- oder Sterbedaten. Das ist ein Mindestmaß an Erinnerung – allerdings auch nicht mehr. Wir wissen nicht, was die Toten uns heute berichten würden, wie sie auf das Leben unserer Zeit schauen. Uns fehlen ihre Lebensweisheit, ihre Erfahrung und ihr Zeugnis. Die Welt würde heute anders sein, wenn sie erzählen könnten.

Am Ende der Bibel steht das Bild der neuen Stadt Jerusalem. Es ist der Ort, an dem die Grenzen zwischen Tod und Leben, aber auch zwischen Gott und den Menschen aufgehoben sind. Es ist ein Ort, an dem kein Schmerz sein wird, keine Trauer und kein Leiden. Die himmlische Stadt steht für das große Desiderium, die große Sehnsucht der Menschen. Der Tod, die ewige Trennung, ist aufgehoben. Für uns Lebende ist diese Stadt ein Ort, den wir nur glaubend erhoffen können, nicht mehr. Er lebt aus dem Widerständigen, unserer Erfahrung mit dem Tod. Die Welt darf nicht einfach so bleiben, wie sie ist, sondern sie muss sich verändern.

Unseren Verstorbenen wünschen wir die Ruhe und den Frieden dieses Ortes. Aber ehrlich gesagt: Es wäre besser, wenn wir sie immer noch unter uns hätten.

\*\*\*



Ein Zeitzeuge des Zweiten Weltkrieges:  
Heinrich Pankuweit bei seiner Rede im Deutschen Bundestag

Foto: Uwe Zucchi

Heinrich Pankuweit, Volkstrauertag 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Henrich Pankuweit. Den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erlebte ich als 13-jähriger Schüler in meiner Heimatstadt Bonn, sein Ende als 19-jähriger Kriegsgefangener in Remagen.

Im Sommer 1939 verbrachte ich die Ferien im damaligen Ostpreußen, der Heimat meines Vaters. Es drohte bereits der Krieg. So mussten wir früher abreisen.

Als wir durch den Polnischen Korridor fuhren, bewachten polnische Soldaten bereits die Weichselbrücken. Erstaunt war ich, dass sie mir freundlich zuwinkten. Unbeobachtet konnte ich ihnen, ohne denunziert zu werden, zurückwinken.

Wie es diesen polnischen Soldaten ergangen sein mag? Eine Woche später marschierte die Wehrmacht in Polen ein. Und das war erst der Beginn eines Weltenbrandes.

Meine Mutter hatte 1914 ihren ersten Ehemann als Soldat und 1943 ihren ältesten Sohn, meinen Bruder verloren. Beide wurden Opfer sinnloser Kriege. Weltweit mussten Millionen Mütter ähnliche Opfer bringen.

Mein Bruder ruht mit britischen und deutschen Soldaten in der englischen Hafenstadt Hull, die oftmals Ziel deutscher Bomber war. Seit vielen Jahren besuche ich mit englischen Freunden sein Grab und spreche mit ihm. Sein Schweigen ist eine Anklage gegen den Krieg, der ihm sein junges, hoffnungsvolles Leben raubte.

Nach dem Tod meines Bruders schrieb mir Vater: „Sei nicht feige, aber vorsichtig. Denk’ daran, wie Mutter leiden würde, wenn auch Du nicht zurückkehrst!“ Diese mutigen Sätze gegen die Ideologie des Totalen Krieges hatten mich tief bewegt.

Ab 1943 musste ich als Funker der Fallschirmtruppe in Frankreich und Belgien bis zum „Ruhrkessel“ kämpfen. Wir ergaben uns den Amerikanern.

Wie glücklich waren meine Eltern, als ich lebend zurückkehrte!

Jedes Kriegsgrab ist ein Mahnmal für Frieden und Versöhnung. Ich danke dem Volksbund für die Pflege dieser Orte der Erinnerung.

\*\*\*

Mariusz Siemiatkowski, Volkstrauertag 2019

Mein Name ist Mariusz Siemiatkowski. Ich komme aus Masuren in Polen.

Schon als Kind haben mich die Erzählungen meiner Großmütter geprägt.

Meine eine Oma Waltraut stammte aus Ostpreußen. Meine andere Oma Eleonora war Polin. Als junge Frau wurde sie 1941 bei einer Razzia verhaftet und musste als Zwangsarbeiterin auf einem deutschen Hof bei Stolp in Pommern arbeiten. Nach der Besetzung durch die Rote Armee konnte sie nicht mehr in ihre Heimat zurück.

Meine Oma Waltraut hat das Grauen des Krieges erst im Januar 1945 erlebt. Als Siebzehnjährige musste sie sich mit anderen Dorfkindern nach Westen durchschlagen und landete ebenfalls in Stolp, in Pommern. Nach dem Krieg gingen beide in das nun polnische Gebiet Ostpreußen zurück.

Meine ersten deutschen Wörter lernte ich von meinen Großmüttern. Später studierte ich Germanistik in Olsztyn. Als Freiwilliger kam ich zur Jugendbegeg-

nungs- und Bildungsstätte Golm des Volksbundes auf Usedom. Direkt an der deutsch-polnischen Grenze befindet sich hier ein Friedhof, auf dem Tausende Kriegstote begraben liegen: Darunter Flüchtlinge und polnische Zwangsarbeiter. Viele sind bis heute unbekannt.

Der Golm ist ein Lernort der Geschichte. Wir sammeln die Erinnerungen von Zeitzeugen und vermitteln die leidvollen Geschichten dieser Menschen. Zugleich blicken wir auf gegenwärtige Konflikte.

Seit langem verfolge ich das Zusammenwachsen auf Usedom. Das Leben an dieser und über diese offene Grenze hinweg ist besonders: Es entstehen viele Beziehungen auf beiden Seiten, beruflich wie privat.

Heute besucht mein Sohn den Kindergarten in Ahlbeck. Ich hoffe, dass wir weiter gute Nachbarn bleiben werden.

\*\*\*



Emiliya Schwarz, Volkstrauertag 2019

Ich heiße Emiliya Schwarz und studiere in Berlin. Mit vier Jahren bin ich aus meiner Heimat – der Ukraine – nach Deutschland gekommen.

Diesen Sommer habe ich ein Workcamp des Volksbundes geleitet: Junge und ältere Freiwillige aus Polen, Russland, der Ukraine und Deutschland kamen in Masuren zusammen – über Länder- und Altersgrenzen hinweg.

Gemeinsam haben wir eine deutsche Kriegsgräberstätte gepflegt. Dort liegen deutsche und russische Soldaten des Ersten Weltkrieges.

Wir machten uns daran, die Grabsteine zu reinigen und die von Zeit und Wetter zerstörten Schriftzüge zu entziffern.

Mit der Liste der militärischen Abkürzungen in der einen Hand und Pergament mit Bleistift in der anderen, machten wir die Identitäten der Gefallenen wieder sichtbar. Oft gab es nur eine Inschrift wie „vier unbek. Russen“. Es war erstaunlich, dass die Deutschen die Feinde in ihren Reihen ordnungsgemäß begruben, aber auch erschreckend, wie sie ihre Identitäten untergruben.

Krieg in Mitteleuropa – für uns ist das heute gar nicht richtig vorstellbar.

Aber nichts Anderes geschieht doch gerade in der Ukraine! Es passiert direkt vor unserer Haustür. Als wir im Workcamp darüber sprachen, wurden die sonst so offenen Gesichter unserer Teilnehmer besorgt und frustriert.

Wir fragten uns: Wie kann es sein, dass wir in diesen zwei Wochen gemeinsam Gutes bewirken, während sich unsere Heimatländer bekämpfen? Wie kann es sein, dass wir hier unter uns das Menschsein über die eigene Nationalität stellen können – während anderswo die Nationalität die Menschen im Krieg trennt?

In der Hoffnung, uns diese Fragen eines Tages nicht mehr stellen zu müssen, arbeiten wir gemeinsam für den Frieden.

\*\*\*

Winfried Nachtwei, MdB 1994-2009, Volkstrauertag 2019

Mein Name ist Winfried Nachtwei.

Sommer 1989, im Osten viel Neues: Im Baltikum erhoben sich die Menschen gegen die sowjetische Okkupation.

Gespannt reisten meine Frau und ich erstmalig nach Riga – und stießen dort auch auf die Spuren der deutschen NS-Okkupation:

- das ehemalige Ghetto, in das über 20.000 jüdische Menschen, vor allem aus Deutschland, deportiert worden waren,
- die Massengräber in den Wäldern von Rumbula und Bikernieki, wo zehntausende Juden aus Riga und Deutschland erschossen worden waren.

An den namenlosen Gräbern erinnerte NICHTS daran, dass hier jüdische Menschen ermordet, verscharrt, verbrannt worden waren. Es waren verwahrloste und vergessene Orte.

Wenige Monate später in Münster die Gedenkfeier zum Volkstrauertag an einem Kriegerdenkmal: In stillem Protest erlebten wir (Friedensbewegte) „gespal-

tene Erinnerung“; beschränkt auf die „eigenen“ Toten, die gefallenen Väter, Brüder, Kameraden, darunter viele zugleich – gezwungene oder freiwillige – Wegbereiter eines Völkermordes. Kaum Erinnerung hingegen an die Millionen wehrloser Opfer dieses Völkermordes.

Mit dem Deutsch-Lettischen Kriegsgräberabkommen 1996 wurde die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte im Wald von Bikernieki zu einem Projekt des Volksbundes. Diese wurde 2001 eingeweiht.

In unserer Zusammenarbeit lernte ich einen sich wandelnden Volksbund kennen und hoch schätzen. Bis dahin separate Erinnerungskulturen fanden zusammen, Brücken der Erinnerungen wuchsen zwischen Nationen und Generationen.

Auf den Massengräbern von Bikernieki, auf dem Meer an Soldatengräbern im niederländischen Ysselstein spürte ich mit den Jugendlichen, wie das unfassbare Leiden der fernen Anderen persönlich nahe kam und auf politisches Handeln drängte: *Darum Europa!*

Darum bin im Jahr 2019 Mitglied des Volksbundes geworden: Die Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit des Volksbundes ist elementare Friedensarbeit nach vorne – und wo persönliche Kriegserinnerungen verblassen, notwendiger denn je.

\*\*\*



Sprach über Verantwortung und Versöhnung:  
Der Historiker Götz Aly in der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis

Foto: Christian Möller

## **„Wir verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus, vor den Gefallenen und vor den zivilen Opfern beider Weltkriege“**

Rede des Historikers Götz Aly zum Volkstrauertag am 17.11.  
in der Hauptkirche St. Michaelis, Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begehen den Volkstrauertag so, wie ihn die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 1953 gesetzlich bestimmt hat: als „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und für die Gefallenen beider Weltkriege“.

Wenn auch verdeckt, so werden doch in diesem Gesetz Millionen zwischen 1933 und 1945 ermordete Zivilisten, die unter Mitwirkung deutscher Polizisten, Juristen, Henker, KZ-Wächter, Nachbarn, Krankenschwestern, Ärzte, Verwaltungsbeamte, Einsatzkommandos und Wehrmachtsoldaten in den Tod geschickt wurden, in einem Atemzug mit jenen Mördern und deren Gehilfen genannt, die später selbst zu Kriegsopfern, zu Opfern ihrer eigenen Aggression wurden – so, wie die Deutschen insgesamt, die all diese Schrecken ermöglicht oder nicht verhindert hatten. Hier in Hamburg erinnern wir heute besonders

an die schweren Bombenangriffe zwischen dem 24. Juli und dem 3. August 1943. Sie kosteten 40.000 Männern, Frauen und Kindern das Leben. Aber nicht ohne Grund war dieser im nahen London geplante Angriff unter dem alttestamentarischen Codewort „Gomorrha“ vorbereitet worden.

Im gemeinsamen Gedenken an Schuldige und Unschuldige, an Mitläufer und an Helden des Widerstands liegt etwas tief Beunruhigendes, eine für die Nachfahren der Millionen von Hitlerdeutschland Verfolgten und Ermordeten kaum erträgliche Zumutung. Dennoch sollen und müssen wir auch der deutschen Gefallenen gedenken, der Opfer des Bombenkriegs, der Hunderttausenden, die infolge von Flucht und Vertreibung ihr Leben ließen oder in der Kriegsgefangenschaft umkamen. Es bleibt uns keine andere Wahl. Dieser Einsicht entspricht seit langem die zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt in der von Karl Friedrich Schinkel geschaffenen Neuen Wache. Zunächst, 1931, wurde sie den Gefallenen des (Ersten) Weltkriegs gewidmet. Im Vergleich zum nächsten Krieg war dieser für die Zivilbevölkerung noch halbwegs human verlaufen.

Nach erheblichen Kriegsschäden wurde die im einstigen Ostberlin gelegene Neue Wache wieder aufgebaut und 1960 als Mahnmal geweiht, und zwar ausschließlich für die „Opfer des Faschismus und Militarismus“. Doch hielt diese Exklusivität nur neun Jahre.



1969 ließ die DDR-Führung dort die sterblichen Überreste des Unbekannten Widerstandskämpfers, des Unbekannten KZ-Opfers und des Unbekannten Soldaten beisetzen, dazu Erde aus neun Konzentrationslagern und von neun Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs. Jene Umgestaltung des Mahnmals, die Helmut Kohl 1993 veranlasste änderte an der 1969 geschaffenen, nur schwer auszuhaltenden Grundspannung des verstörenden mehrfachen Gedenkens nichts.

Schon vor der Wiedervereinigung hatte Helmut Kohl dieses Ziel im Auge, als er 1985, anlässlich des 40. Jahrestags der deutschen Kapitulation, zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan zwei Gedenkstätten besuchte: Erst den Soldatenfriedhof bei Bitburg in der Eifel, dann das ehemalige KZ Bergen-Belsen. Neben etwa 2000 Soldaten der Wehrmacht liegen auf dem so bezeichneten „Ehrenfriedhof Kolmeshöhe“ bei Bitburg rund 50 Angehörige der Waffen-SS begraben. Deshalb hagelte es damals reflexartig linke und linksliberale Kritik – allen voran geißelte Günter Grass den Bundeskanzler als wüsten, von allen guten Geistern vorbildlicher Vergangenheitspolitik verlassenen „Geschichtsklitterer“.

Grass wusste damals, dass er als noch sehr junger Mann in der 10. SS-Panzer-Division gedient hatte. Aber die Zeit war für ihn noch nicht reif, um diese Last öffentlich einzugestehen. 19 Jahre später hat Günter

Grass das noch selbst nachholt. Das unterscheidet ihn von den allermeisten – mindestens etwa 500.000 – überlebenden Angehörigen der Waffen-SS.

Ganz anders als Günter Grass erlebte die seinerzeit 32-jährige grüne Bundestagsabgeordnete Christa Nickels den Händedruck von Helmut Kohl und Ronald Reagan in Bitburg. Er öffnete ihr die Augen für das bis dahin Verborgene in der eigenen Familie. Aber es dauerte weitere zwölf Jahre bis Christa Nickels 1997 darüber sprach. Den Anlass bildete der auch im Deutschen Bundestag geführte Streit um die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Erst diese Debatte gab der Abgeordneten Christa Nickels – als einer von wenigen – die Kraft, die Mauern der Schuldzuweisungen, Rechthaberei und Selbstgerechtigkeit zu durchbrechen. Sie ergriff das Wort und berichtete von ihrem 1908 geborenen, vor nicht langer Zeit verstorbenen Vater. Der hart arbeitende Bauer hatte in den Fünfzigerjahren „jede Nacht furchtbar von Feuer und Kindern geschrien“, berichtete die Abgeordnete und kam dann dankbar und bebend auf die Versöhnungsgeste zwischen – „unserem Bundeskanzler“! – Helmut Kohl und Ronald Reagan zu sprechen: „Dabei ist mir zum ersten Mal aufgefallen, dass mein Vater auf dem einzigen Foto, das es aus dieser Zeit gibt, eine Uniform trägt, die schwarz ist und auf der Totenköpfe sind. Damals war ich schon für die Grünen im Bundestag und habe es nicht gewagt, meinen Vater zu fragen, denn es fiel mir

unendlich schwer. Ich habe es nicht übers Herz gebracht, ich konnte das nicht.“ Am Ende sagte Christa Nickels, sie empfinde ihre Rede „nicht als Nestbeschmutzung“ und begründete das so: „Jeder, der mich kennt, weiß, wie sehr ich meine Eltern – auch meinen Vater – liebe und geliebt habe.“

Aus diesem Drama, das im Fall des von Anfang an verbrecherisch geführten, von Deutschland gewollten Zweiten Weltkriegs immer auch um die eigenen Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern geht, kommen die allermeisten Deutschen nicht heraus – sofern ihre Familien seit vier Generationen hier leben. Es hat keinen Zweck, die individuellen und familiären Lasten zu verschütten und sich einzubilden, wir heutigen seien bessere Menschen. Unsere deutschen Gefallenen kämpften und starben für die Sache des Verbrechens und bleiben doch unsere Lieben, als unmittelbare Vorfahren sind sie Teil unserer Geschichte.

Wir gedenken ihrer mit Demut. Voller Dankbarkeit gedenken wir der gefallenen alliierten Soldaten. Der von ihnen erkämpfte Sieg schuf die Grundlage für unsere heutige Freiheit, für unser Glück. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich nur einen Moment lang vor, die Deutschen – „wir“, wenn ich das für die meisten in diesem Raum sagen darf – hätten diesen Krieg gewonnen. Welche Denkmäler wären errichtet, welche Lebenserinnerungen geschrieben worden? In welcher Welt würden wir leben? Wie hießen unsere

Straßen? Wie wären wir selbst? Wie würden wir unsere Kinder erziehen? Ein Albtraum.

Deshalb verneigen wir uns heute vor all denen, die Deutschland mit härtester militärischer Gewalt und großen Opfern niederringen mussten und in diesem Kampf gefallen sind. Ehre ihrem Andenken. Das gilt auch für die Bomberbesatzungen, von denen jeder zweite die Einsätze nicht überlebte – zumal dann, wenn Sie an jenen Satz denken, den Adolf Eichmann Ende 1944 in Berlin sprach: „Wegen der anglo-amerikanischen Bomber ist an eine geregelte Behördenarbeit nicht mehr zu denken.“ Eichmann hatte seinen Auftrag damals noch nicht abgeschlossen.

Wie Sie wissen, sah das von ihm mitformulierte und inhaltlich vorbereitete Protokoll der Wannseekonferenz den Mord an elf Millionen europäischen Juden vor. Die Wehrmacht verfügte über insgesamt 19 Millionen deutsche Soldaten – fast alle Männer, die laufen konnten, aus allen deutschen Familien und Bevölkerungsschichten. Sie verwüsteten Europa vom Nordkap bis zum Kaukasus, von Marseille über Warschau bis Leningrad, brachten Zerstörung, Verzweiflung und Tod über viele Zehnmillionen Menschen. Längst nicht alle Wehrmachtsoldaten wurden zu Mördern, aber fast alle begünstigten den Massen- und Völkermord – jedenfalls objektiv, oftmals aus Überzeugung, Verblendung und Dünkel.

Auf dem Marsch Richtung Kiew notierte der Gefreite Werner Viehweg, ein junger Mann, dessen Vater 1933 als Sozialdemokrat aus dem Schuldienst entlassen worden war, im Spätsommer 1941: „In der Nähe hatte vor einigen Stunden ein Überfall versprengter Russen auf einen Trupp Flaksoldaten stattgefunden; sechs Mann waren dabei ermordet worden. Bei der Gegenaktion schnappte man an die 100 Russen, die größtenteils erschossen wurden. Nur einige hatten eine Gnadenfrist erhalten, um verhört zu werden.“

So mörderisch kalt klang es im Kleinen - noch mörderischer und noch kälter im Großen. Ich zitiere aus dem Tagebuch des Ersten Hamburger Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann vom 27. November 1941: „Hans Glade vom Hauptverwaltungsamt, der sich auf einer Dienstreise befindet, berichtete über Leningrad und die dortigen Verhältnisse. Er glaubt, dass die Belagerung noch zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen wird. Die Lebensmittellage in Petersburg ist außerordentlich schlecht. (...) Man nimmt an, dass der größte Teil der Menschen in Leningrad, zirka 5 1/2 Millionen, verhungern wird.“ Das war die Absicht. Die Belagerung dauerte 872 Tage(,) und etwa eine Million Russen, darunter besonders viele Frauen, Kinder und Alte, verhungerten und erfroren.

Aber mein Wunsch, dass unsere Bundeskanzlerin am 8./9. Mai des kommenden Jahres, zum 75. Jahrestag des Kriegsendes, im heutigen St. Petersburg eine historische Versöhnungsrede halten und dem russischen

Präsidenten vor den Massengräbern auf dem Piskarjowskoje-Friedhof in St. Petersburg oder auf dem Schlachtfeld von Stalingrad die Hand geben wird, bleibt nach aller Wahrscheinlichkeit unerfüllt – und damit eine Aufgabe für die Zukunft.

Der Historiker Christopher Browning hat das berühmte Buch „Ganz normale Männer“ über das Reserve-Polizeibataillon 101 geschrieben, das hier in Hamburg zusammengestellt wurde. Die meisten dieser etwa 500 Männer stammten aus der hiesigen Gegend. Sie erschossen etwa 40.000 Menschen, fast ausschließlich Juden, und deportierten 50.000 Juden in den Tod. Das Durchschnittsalter der Massenmörder betrug 40 Jahre, nur 26 Prozent von ihnen waren in der NSDAP, fast keiner in der SS – konnten also unter die heute angeblich allein zuständige Rubrik „Die Nationalsozialisten“ fallen. Sie waren gestandene Familienväter, überwiegend aus einfachen Verhältnissen, vorher nicht kriminell, hinterher nicht kriminell. Das macht uns ratlos.

Browning zog 1992 Parallelen zu den Kriegsverbrechen japanischer und US-amerikanischer Truppen, er sprach von der Schlachtfeldraserei, von der Abstumpfung, der Angst, nackter Wut und Rachege-lüsten, die im Krieg zwangsläufig entstehen und immer entstehen werden. Allerdings lassen sich diese Formen der Brutalisierung von Vorgesetzten und obersten Feldherren fördern oder bremsen. Das US-

amerikanische Massaker von My Lai war ein schweres Kriegsverbrechen, blieb aber eine Ausnahme. Im Krieg gegen Polen, gegen die Sowjetunion und gegen Jugoslawien wurde das Morden zu einem von der politischen und militärischen Führung gewollten und geförderten Prinzip.

Das war im Ersten Weltkrieg noch ganz anders gewesen. Ende August 1914 standen sich in der Schlacht bei Tannenberg in Westpreußen insgesamt 350.000 deutsche und russische Soldaten gegenüber. Die kaiserlichen deutschen Truppen errangen den Sieg, und in dieser Stunde forderte der kommandierende General Paul von Hindenburg von seinen erschöpften Soldaten ein zugewandt-menschliches Verhalten, das „in dem gefangenen Gegner den gewesenen Feind vergisst“. In der Tat wandelte sich die Kampfeswut seiner Soldaten „überraschend schnell zu rücksichtsvollem Mitgefühl“ mit den Unterlegenen. Die Gefallenen dieser riesigen Kesselschlacht und der nachfolgenden Wintergefechte und -schlachten in Masuren ließ Hindenburg, gleichgültig, ob es sich um deutsche oder russische Krieger handelte, stets gemeinsam und mit einem gemeinsamen Zeremoniell bestatten. Hier und da kann man noch heute die anrührende Inschrift lesen, „Freund und Feind im Tod vereint“.

Solche schlichten Gesten, die sich im Zeitalter der Weltanschauungskriege sofort verloren – und bis heute verschwunden sind –, dokumentieren den

human-soldatischen Geist eines preußischen Generals. Nur deshalb sind viele der deutsch-russischen Soldatenfriedhöfe in Masuren bis heute erhalten geblieben.

Wir verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus, vor den Gefallenen und vor den zivilen Opfern beider Weltkriege.

\*\*\*







100 Jahre Volksbund im Stuttgarter Landtag:  
Europaminister Guido Wolf, MdL, Landesvorsitzender des Volksbundes  
in Baden-Württemberg, gratuliert

Foto: Kaiser

# Baden-Württemberg

## **„Ernst bezüglich des Gestern und Lust auf ein demokratisches und friedliches Morgen“**

Rede des Ministers der Justiz und für Europa Guido Wolf MdL (CDU), Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ am 10. Dezember 2019

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin Aras,  
liebe Angehörige,  
liebe ehren- und hauptamtlich Engagierte  
sowie liebe Partner aus dem In- und Ausland,  
kurz gesagt: liebe Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter,  
seien Sie mir herzlich willkommen!

Seien Sie willkommen zu einer Feierstunde, die weniger ein rauschendes Fest und mehr ein Moment des Innehaltens, des Erinnerns und Gedenkens ist.

Die Gründung des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge am 16. Dezember 1919 ist eigentlich gar kein Grund zu feiern. Dass es den Volksbund gibt, ist das Ergebnis eines furchtbaren Krieges und einer einschneidenden Niederlage.

Menschlichkeit, Frieden und das Zusammenleben mit den europäischen Nachbarn waren gescheitert und hatten zu einem Krieg mit 17 Millionen Toten geführt.

Als der Volksbund 1919 aus der Mitte der Gesellschaft heraus gegründet wurde, geschah dies aus dem zutiefst menschlichen Bedürfnis der Angehörigen der Kriegstoten, zu erfahren, – ob der im Krieg Gebliebene, der geliebte Sohn, der Bruder, der Verlobte, der Ehemann, der Vater denn überhaupt ein Grab erhalten hatte – und wenn ja, wo sich dieses befand, – ob es in einem würdigen Zustand war und ob man es möglicherweise besuchen konnte, um dort des Toten trauernd zu gedenken.

Diesem Bedürfnis kam der Volksbund nach und etablierte sich zunächst sozusagen als Anlauf- und Auskunftsstelle für die Angehörigen. Eine Anlaufstelle, die schnell in ganz Deutschland gefragt war und überall ihre Hilfe anbot. 1925 war der Volksbund bereits auf über 75.000 Mitglieder angewachsen, er zählte 39 Verbände und 871 Ortsgruppen.

Und in ihm organisierten sich

– Menschen, die der Schrecken eines Krieges gedachten, von dem noch keiner wusste, dass er einmal „nur“ der erste sein würde.

– Menschen, die helfen wollten, die gedenken wollten und die zweifelsohne als Lehre aus der Katastrophe Frieden wollten. Und dennoch eben auch Menschen, die in ihrer Zeit lebten oder leben mussten.

Ab 1933 gewannen auch im Volksbund diejenigen die Oberhand, die die Toten des Ersten Weltkrieges zu Helden und zu Schöpfern der Grundlagen des sogenannten „Dritten Reiches“ erklärten, und ihren Tod

als Ansporn für weitere vermeintliche Heldentaten propagierten.

Der II. Weltkrieg hat zwischen 60 und 70 Millionen Opfer gefordert, darunter etwa 7,8 Millionen Deutsche. Aber nicht nur die Zahl der Toten hat sich im Zweiten Weltkrieg ins Ungeheure gesteigert. Jetzt gab es im Unterschied zu 1918 neben gefallenen Soldaten im Ausland auch die im Inland, es gibt die Opfer des Bombenkrieges, die auf der Flucht und bei der Vertreibung Umgekommenen, und die ungeheure Zahl der auf Veranlassung eines verbrecherischen Regimes Verfolgten und Ermordeten. Von Millionen gibt es nicht einmal mehr Überreste „Sie haben ihr Grab in den Lüften, ihr Grab in den Wolken“, so die Worte Paul Celans in seiner Todesfuge.

Dennoch hat sich der Volksbund dieser übergroßen Aufgabe gestellt und zuerst nur auf dem Gebiet der drei Westzonen – die Sowjetunion und später die DDR verweigerten sich der Erinnerungsarbeit des Volksbundes – seine Arbeit wieder aufgenommen. Mit dem Inkrafttreten des Kriegsgräbergesetzes der Bundesrepublik im Jahre 1952 wurde die Gräberfürsorge im Inland schließlich den Bundesländern übertragen. Der Volksbund sollte sich künftig im Auftrag der Bundesregierung der Kriegsgräber im Ausland annehmen – hat aber seine Verpflichtung seither auch im Inland und hier im engen Miteinander mit den Kommunen erfüllt.

Meine Damen und Herren, über jedes Jahrzehnt der Arbeit des Volksbundes gäbe es viel zu erzählen – so viel, dass es jede Feierstunde sprengen würde. Sicherlich werden Sie beim Betreten des Hauses des Landtags im Foyer die Tafeln der Ausstellung bemerkt haben, die aus Anlass des 100. Jahrestages der Gründung des Volksbundes entstanden ist. Vielleicht haben Sie während des sich anschließenden Empfangs Gelegenheit, einen Blick auf die Ausstellung zu werfen. Gleichzeitig möchte ich Sie auf unsere Publikation „Darum Europa!“ hinweisen, die diese Geschichte nachzeichnet.

Auch eine von unabhängigen Historikern erarbeitete, gewichtige wissenschaftliche Darstellung der Entwicklung des Volksbundes liegt seit September diesen Jahres vor. Hinzu tritt sogleich der Festvortrag von Herrn Professor Krumeich, dem ich an dieser Stelle übrigens ebenso „Danke“ sagen darf wie den Schülerinnen und Schülern des Stromberg-Gymnasiums Vaihingen/Enz sowie dem Blechbläserquintett des Reservistenmusikzuges 28 in Ulm.

Meine Damen und Herren, es gibt vielfältige Quellen, um sich über das verdienstvolle Gestern des Volksbundes kundig zu machen. Um sich zu vergegenwärtigen, welche einmalige Rolle der Volksbund für die deutsche Nation und das deutsche Volk in den letzten 100 Jahren gespielt hat. Als Träger der Erinnerung und des Gedenkens – und zwar sowohl im Hinblick

auf die zahllosen Einzelschicksale als auch das furchtbare gemeinsame Erbe von Krieg und Schreckensherrschaft.

Das ist das historische Verdienst des Volksbundes. Und das ist heute ein Anlass zu feiern.

Jubiläen sind nicht nur Anlass für den Blick zurück, sondern eben auch eine gute Gelegenheit, um Gegenwart und Zukunft in den Blick zu nehmen. Heute, im hundertsten Jahr seines Bestehens, ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine von breiten gesellschaftlichen Kräften getragene Organisation. Obwohl die Mitgliederzahl aus naheliegenden Gründen zurückgeht, hat er über 85.000 Mitglieder und über 213.000 Spenderinnen und Spender. Im Landesverband Baden-Württemberg sind es rund 14.000 Mitglieder und 32.000 Förderer. Der Volksbund betreut mehr als 830 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern.

Eine Zahl, die auch zeigt, in welchem Maße der Krieg Leid und Elend gebracht hat. Insgesamt kümmern wir uns um 2,7 Millionen Kriegsgräber. Möglich ist uns das nur durch die Hilfe vieler Partner: Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunen, Spender, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Ein besonderer Dank geht an die Bundeswehr und die Reservisten, die den Volksbund durch Arbeitseinsätze auf den Friedhöfen und bei der Haus- und Straßensammlung und auch darüber hinaus auf mannigfaltige Weise un-

terstützen. Ohne die Bundeswehr wäre die Friedensarbeit des Volksbundes nicht zu leisten – dafür herzlichen Dank!

Seit vielen Jahren kümmert sich der Volksbund nicht nur um die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, sondern trägt seinen Teil dazu bei, neuen Kriegen entgegenzuwirken.

Der Volksbund ist nicht nur ein wichtiger Träger der Erinnerungskultur in Deutschland.

Der Volksbund ist ein Friedensbund. Seine „Friedensarbeit über den Gräbern“ hat dem „Friedensprojekt Europa“ mit den Weg gebahnt. Der Volksbund verbindet Erinnerung und Gedenken mit Bildung und Begegnung, die Arbeit auf den Kriegsgräberstätten mit dem Einsatz für den Frieden. Denn die Kriegsgräberstätten mit ihren scheinbar endlosen Gräberreihen lassen Besucher erschauern. Aber sie erklären noch nichts. Deshalb gestalten wir Friedhöfe zu Lernorten aus, ohne ihnen den Charakter als Stätten der individuellen Trauer zu nehmen.

Es ist die Jugend, welche diese Lernorte zur eigenen Bewusstseinsbildung und Friedensarbeit nutzt. Die alljährlichen Jugendcamps mit Jugendlichen aus ganz Europa zur Pflege von Kriegsgräbern beeindruckend und berühren tief. Zur Arbeit des Volksbundes gehört die Forschung zu den Gefallenen.



Wir können ihnen nicht ihr Leben zurückgeben, aber wenigstens ihre Biographie und damit ihre Individualität und Menschlichkeit. Wir wollen deutlich machen, dass in einem Kriegsgrab ein konkreter Mensch liegt, mit einem Namen und einer Lebensgeschichte, mit einer Familie oder einer Freundin, mit Hoffnungen und Plänen für die eigene Zukunft, die der Tod im Krieg jäh zunichte machte. Diese Erfahrung ist gerade für junge Menschen prägend. Der Volksbund betreibt daher vier eigene Jugendbildungsstätten, in denen sich ganzjährig Jugendliche aus verschiedenen Ländern begegnen, miteinander diskutieren und dann gemeinsam auf Soldatenfriedhöfen arbeiten. Über den Gräbern früherer Generationen findet die junge Generation zusammen. Das ist mehr als ein Zeichen der Hoffnung!

Wir pflegen die Grabstätten von Soldaten im Ausland, die in diese Länder als Invasoren, Aggressoren, Okkupanten und in einer Reihe von Fällen auch als Kriegsverbrecher gekommen sind; die getötet haben, bevor sie getötet wurden. Auch Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges können wir im Osten, wie im Westen Europas die Zustimmung der lokalen Bevölkerung und der kommunalen und zentralen Regierungen nur erreichen, in dem wir uns als Deutsche zu unserer Verantwortung klar bekennen. Wer aus Feindschaft Freundschaft machen möchte, muss die Leiden der Anderen und die eigene Schuld eingestehen. Er darf sich nicht aus der Ver-

antwortung stehen, er darf nicht relativieren oder aufrechnen.

Uns muss bewusst sein: Versöhnung, Verständigung, Frieden – das tun wir nicht für andere. Aber es geht nur mit den anderen. Bei aller und bisweilen sogar berechtigter Kritik an Europa und der EU im Kleinen, sollten wir Europas Verdienste im Großen nicht vergessen.

Eine Plakatkampagne des Volksbundes hat diesen Gedanken aufgegriffen. Das Foto zeigt eine Kriegsgräberstätte und zusätzlich nur zwei Worte: „Darum Europa!“ Das bringt es auf den Punkt – und das ist zum Glück breiter Konsens in unserem Lande. Die Spitzen der fünf Verfassungsorgane des Bundes haben im Juni die Arbeit des Volksbundes öffentlich gewürdigt. In ihrem gemeinsamen Aufruf, den alle wichtigen Zeitungen veröffentlicht haben, heißt es unter anderem: „Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich. Die Überwindung von Nationalismus und Rassismus, von Hass und Intoleranz, von Unterdrückung und Verfolgung braucht Mut und Ausdauer.“

Der Volksbund hat diesen Mut und diese Ausdauer. Versöhnung, Verständigung, Frieden – das ist Verantwortung vor der Geschichte. Und Ausdruck eines echten und ehrlichen Patriotismus.

Heute, 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges ist Deutschland umgeben von Freunden. Auch das hätten sich die Gründerväter des Volksbundes im Jahr 1919 nicht vorstellen können. Aus Missgunst und vermeintlicher „Erbfeindschaft, ist Partnerschaft und Miteinander entstanden. 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand im Herzen Europas sind ein unfassbares historisches Glück – und keinesfalls selbstverständlich.

Dieses Glück für unsere Kinder und Enkel zu erhalten, muss unser aller Vermächtnis sein.

Der Schlüssel hierzu liegt im europäischen Einigungsprozess.

Unsere Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsarbeit begründet den Mut, den Frieden zu sichern.

Hundert Jahre Volksbund, das ist Trauer und Erinnerung, Grabpflege und Angehörigenbetreuung, Information und Bildung. Das ist Begegnung und Europa, das ist Jugend und Zukunft, das ist Ernst bezüglich des Gestern und Lust auf ein demokratisches und friedliches Morgen. So gehen wir in das zweite Jahrhundert unserer Organisation. Mit Ihnen gemeinsam. Bleiben Sie uns gewogen. Herzlichen Dank!

\*\*\*



Lobte die Friedensarbeit des Verbandes bei der Feierstunde im Landtag in Düsseldorf:  
Thomas Kutschaty, Landesvorsitzender des Volksbundes in Nordrhein-Westfalen

Foto: Gerken

# Nordrhein-Westfalen

## **Rückblick mit Geschichten von Menschen aus Nordrhein-Westfalen**

Rede von Justizminister a.D. Thomas Kutschaty am 10.12.2019  
im Düsseldorfer Landtag

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag  
liebe Angehörige des Konsularischen Korps,  
sehr geehrte Vertreter der Kommunen, der Kirchen  
und Religionsgemeinschaften, der Vereine und  
Verbände,  
sehr geehrte Vertreter der Bundeswehr und der Re-  
servisten aus NRW,  
sehr geehrte Mitglieder und Freunde des Volksbundes,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute vor fast genau 100 Jahren, genauer gesagt am  
16. Dezember 1919, wurde in Berlin der Volksbund  
Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gegründet.  
100 Jahre sind ein stolzes Alter. In der Regel sprechen  
wir in diesem Fall von einem Jubiläum. Sollen wir also  
„jubeln“ angesichts dieses Jahrestages? Allein sein  
Satzungszweck – „für die Ruhestätten der deutschen  
Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im In- und  
Ausland zu sorgen“ – macht deutlich, dass zumindest

der Anlass seiner Gründung kein Grund zum Jubeln war, nämlich der millionenfache Tod deutscher Soldaten im Ersten Weltkrieg.

Der 100. Geburtstag eines Vereines lädt natürlich dazu ein, seine Geschichte zu erzählen. Allerdings möchte ich Ihnen bei meinem Rückblick lieber Geschichten statt Geschichte erzählen. Geschichten von Menschen aus Nordrhein-Westfalen, die die Arbeit des Volksbundes tragen oder getragen haben. Dazu gehört ein sehr bekannter Name: kein geringerer als Konrad Adenauer. Als Oberbürgermeister der Stadt Köln unterzeichnete er im Jahre 1919 neben vielen weiteren namhaften Persönlichkeiten einen Aufruf zur Unterstützung des Volksbundes. 35 Jahre später, im Jahre 1954, beauftragte er als Bundeskanzler den Volksbund mit der Pflege deutscher Kriegsgräber im Ausland.

Damit begründete er die Aufgabenteilung, die bis heute gilt: Um die Kriegsgräber im Inland kümmern sich die Kommunen, um die Kriegsgräber im Ausland der Volksbund. Zu den eigentlichen Gründern des Volksbundes zählt Siegfried Emmo Eulen. Er stammt nicht aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen; dennoch steht er in Beziehung zu unserer Region. Allerdings zeigt seine Biographie, auf welche fatale Irrwege sich viele Deutsche im 20. Jahrhundert begeben haben. Im Ersten Weltkrieg war Eulen ein sogenannter „Gräberverwaltungsoffizier“. Seine Auf-

gabe war die Bergung, Identifizierung und Bestattung gefallener deutscher Soldaten. Nach dem Krieg betrieb er mit Erfolg die Gründung des Volksbundes als eine private Kriegsgräberorganisation. Dabei hatte er keine Berührungängste vor den Nationalsozialisten. 1933 wurde er Mitglied der NSDAP, betrieb verbandsintern die Abschaffung der Demokratie, sorgte für die Ausgrenzung politisch missliebiger Repräsentanten, wurde BundesFÜHRER des Volksbundes, suchte und gewann schließlich die Nähe zu Adolf Hitler. Im Zweiten Weltkrieg diente Eulen erneut als Gräberverwaltungsoffizier. Am Ende fiel auch er – wie so viele andere – dem Krieg zum Opfer. Bestattet ist er in Nordrhein-Westfalen: auf der Kriegsgräberstätte Weeze am Niederrhein.

Siegfried Emmo Eulen steht aus heutiger Sicht für die Anfälligkeit gegen Verführungen der Mächtigen und für die Vereinnahmung des Kriegstotengedenkens für politische Zwecke. Die Politik der Nationalsozialisten führte Deutschland direkt in den Zweiten Weltkrieg. Dieser Krieg hinterließ die kaum vorstellbare Zahl von weltweit 55 Millionen Toten. Mit dem Völkermord an sechs Millionen Juden und an einer halben Million Sinti und Roma haben Deutsche eine historische Schuld auf sich geladen.

Nicht vergessen will ich die mehr als drei Millionen sowjetische Soldaten, die in deutscher Kriegsgefangenschaft umkamen, und Millionen Europäer, die als Zwangsarbeiter in Industrie und Landwirtschaft aus-

gebeutet wurden und zu tausenden dabei ihr Leben verloren. Zu dieser Schreckensbilanz gehören auch 7,5 Millionen Deutsche, darunter Soldaten, aber auch eine große Zahl an Zivilisten.

Direkt nach Kriegsende hatten die Alliierten den Volksbund zunächst verboten. Die erste Initiative zur Wiederbelebung des Volksbundes auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen erfolgte im damaligen Freistaat Lippe.

Inzwischen hat der Volksbund 834 Kriegsgräberstätten in 46 Staaten Europas und Nordafrikas angelegt. Auch heute noch suchen Mitarbeiter aktiv nach den Toten der Weltkriege. Deshalb kommen zu den insgesamt 2,8 Millionen Gräbern, die der Volksbund pflegt, jährlich ca. 20.000 hinzu. Seit seiner Gründung hat der Volksbund unzähligen Menschen Gewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen verschafft. Ein Beispiel ist die Familie Landgraf aus Essen. Im vergangenen Jahr verstarb Erika Landgraf im hohen Alter von 96 Jahren als letztes Mitglied ihrer Familie. Mit Hilfe des Volksbundes hatte sie bereits in den 1950er Jahren die Gräber ihres einzigen Bruders im belgischen Lommel und ihres Verlobten im luxemburgischen Sandweiler gefunden. Der Bruder war im Alter von nur 18 Jahren gefallen, der Verlobte im Alter von 25 Jahren. Durch die Angehörigenreisen des Volksbundes konnte die Familie Landgraf die Gräber regelmäßig besuchen. Wie wichtig dies für Erika Landgraf war, zeigt die Tatsache, dass sie, die unver-



heiratet und ohne Nachkommen blieb, ihren gesamten Nachlass dem Volksbund vermachte. Bei der Auflösung ihrer Wohnung fand man zahlreiche Erinnerungsfotos des Bruders und des Verlobten.

Dies ist nur ein Beispiel für den Verlust, den Millionen Familien zu tragen hatten. Das Beispiel zeigt aber auch, welche Bedeutung der Volksbund bei der Aufarbeitung der Kriegsfolgen für die Familien hatte und heute noch hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den 1950er Jahren, war es nicht selbstverständlich, dass Deutsche ins Ausland fahren, um ihre Kriegstoten zu bestatten. Die Erinnerung der Menschen an die Zeit der deutschen Besetzung war noch frisch. Es waren Jugendliche aus Deutschland, die in dieser Zeit die ersten Brücken zu den früheren Feinden bauten. Als Beginn dieser Jugendarbeit des Volksbundes gilt gemeinhin das Jugendlager am Rande der deutschen Kriegsgräberstätte im belgischen Lommel.

Ein junger deutscher Jesuit, Pater Theobald Rieth, der nach dem Krieg in Aachen studiert und anschließend als Lehrer in Bad Godesberg gearbeitet hatte, hat es 1953 ins Leben gerufen. Weniger bekannt ist, dass es bereits ein Jahr zuvor ein Jugendlager des Volksbundes im dänischen Oksbøl gegeben hatte. Initiiert wurde es von dem damals 29-jährigen Hans Linke, den es als Flüchtling aus Ostpreußen nach Kamen verschlagen hatte. Er regte ein Jugendlager auf dieser Kriegsgräberstätte in Jütland an, auf der vor allem

Flüchtlinge aus Ostpreußen bestattet sind. Das Jugendlager leitete er gleich selbst – und danach noch viele weitere. Mit Theobald Rieth und Hans Linke ist der Beginn der Jugendarbeit des Volksbundes eng mit Nordrhein-Westfalen verknüpft.

Aus diesen ersten Jugendbegegnungen in den Jahren 1952 und 1953 entwickelten sich zahlreiche weitere Sommer-Workcamps. Mittlerweile sind es jährlich rund 50 Projekte in bis zu 20 europäischen Staaten, an denen rund 1.000 junge Menschen aus ganz Europa teilnehmen. Die Workcamps bringen junge Menschen miteinander in Kontakt. Sie sensibilisieren sie für die Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft, sie motivieren sie zum Einsatz für Frieden, Freiheit, Demokratie und europäischer Verständigung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte der Volksbund zu den ersten Akteuren der europäischen Verständigungsarbeit. Oft waren es die Teilnehmer der Jugendlager des Volksbundes, die das Eis zwischen den ehemaligen Feinden brachen. Auch deshalb durften aktive Jugendliche des Landesverbandes NRW 2014 den „Preis des Westfälischen Friedens“ entgegennehmen.

Jugend- und Bildungsarbeit auf Kriegsgräberstätten? Das ist eine Besonderheit des Volksbundes. Mit seinen Angeboten erreicht der Volksbund jährlich rund 20.000 junge Menschen aus ganz Europa. Aber auch

diese Arbeit wird vielfach von Ehrenamtlichen geleistet. Zu ihnen gehörten Jahre lang Klaus Held und Paul Rozijn, beide Lehrer von Beruf – der eine in Bocholt im Westmünsterland, der andere auf der niederländischen Seite der Grenze. Bis zur Pensionierung von Klaus Held organisierten sie gemeinsam deutsch-niederländische Schülerbegegnungen auf der Kriegsgräberstätte Ysselsteyn. Ihre Botschaft: „Arbeit für den Frieden“ – „Werk aan de Vrede“.

In einem weiteren Schritt banden sie polnische und litauische Schülerinnen und Schüler ein und zeigten damit, wie europäische Verständigung – ausgehend von den Gräbern der Weltkriege – funktionieren kann. Seit Jahren steigt das Interesse an der Kriegsgräberstätte Ysselsteyn. Mehr und mehr Menschen besuchen den Friedhof. Auf niederländische Initiative hin wird dort deshalb ein neues Infozentrum gebaut. Morgen findet übrigens die Grundsteinlegung statt. Auch die Landesregierung hat sich für dieses Projekt stark gemacht. Dafür danke ich sehr. Auch dies ist ein weiteres Beispiel für die gelungene internationale Versöhnungsarbeit, deren Teil der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist.

Erst der Fall des „Eisernen Vorhangs“ eröffnete dem Volksbund die Möglichkeit, in Osteuropa nach deutschen Kriegstoten zu suchen. Aber auch dort war und ist unsere Arbeit verknüpft mit der Aufarbeitung der Folgen, die der Zweite Weltkrieg besonders dort für

die Menschen hatte. Es waren auch hier vielfach Ehrenamtliche und junge Menschen, die den ersten Kontakt gesucht haben. Zu ihnen gehört der Gütersloher Erich Vornholt. Im Zweiten Weltkrieg war er in der russischen Stadt Rshew stationiert. Die deutsche Wehrmacht hatte im Zweiten Weltkrieg die Stadt an der Wolga besetzt. Tausende Menschen – Einwohner der Stadt, sowjetische und deutsche Soldaten - verloren dabei ihr Leben. Erich Vornholt überlebte die Schlacht und die anschließende Kriegsgefangenschaft. Jahrzehnte später schrieb er einen Brief an die russischen Veteranen der Stadt Rshew und bat um Versöhnung und Freundschaft. Die Antwort kam ebenso schnell wie unerwartet: Die russischen Veteranen luden ihre ehemaligen deutschen Gegner zu einem Besuch nach Rshew ein. Es folgte eine Gegenladung nach Gütersloh, und nach und nach wurden gemeinsame Projekte verwirklicht. Dazu gehören eine sowjetische und eine deutsche Kriegsgräberstätte, die der Volksbund in Rshew errichten konnte. Dazu gehört auch ein deutsch-russisches Jugendcamp. Mittlerweile fand es bereits zum 20. Mal statt.

Meine Damen und Herren, dass der Volksbund nicht nur die Gräber deutscher Soldaten pflegt, ist an anderer Stelle bereits deutlich geworden. Dass er sich aber auch um jüdische Gräber kümmert, vermuten die wenigsten. Das betrifft zum einen die Gräber des Ersten Weltkrieges; denn unter den zwei Millionen deutschen Gefallenen befanden sich auch 12.000 Solda-

ten jüdischen Bekenntnisses. Ihre Gräber sind heute deutlich an den Grabzeichen, einem Davidstern, erkennbar.

Zum anderen betrifft dies deutsche Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens, die während des Zweiten Weltkrieges ermordet wurden - sofern wir sterbliche Überreste von ihnen finden.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtweih aus Münster, stieß in den 1990er Jahren auf eine verwahrloste Grabstätte in der lettischen Hauptstadt Riga. Dort hatten deutsche SS-Schergen während des Zweiten Weltkrieges tausende aus Deutschland deportierte Juden erschossen und verscharrt.

Mit Hilfe des Volksbundes rief Winfried Nachtweih das Deutsche Riga-Komitee ins Leben, das das Gedenken an die jüdischen Opfer mit Leben erfüllt. Der Volksbund gestaltete die Massengräber zu einer würdigen Gedenkstätte um. Jährlich organisiert er dort ein Workcamp, in dem sich deutsche und lettische Jugendliche mit der traurigen Geschichte dieses Ortes auseinandersetzen. Dem Riga-Komitee gehören mittlerweile 60 Städte an, darunter 40 aus Nordrhein-Westfalen. Jede Kommune ist mit einem Gedenkstein auf der Kriegsgräberstätte vertreten. Die Bildungsreferenten des Volksbundes bieten in den beteiligten Kommunen Schulprojekte zu den Schicksalen der jüdischen Opfer an.

Meine Damen und Herren, Sie merken anhand dieser Erzählungen, dass der Volksbund in der Tat ein Verein ist, der in der deutschen Gesellschaft tief verankert ist, dass er von seinen Mitgliedern mit Leben erfüllt wird. Alljährlich im November gehen viele Menschen in Nordrhein-Westfalen mit einer Sammeldose und einer Sammelkarte von Haustür zu Haustür und bitten um eine Spende für den Volksbund.

Zu ihnen gehörte Jahrzehnte lang Helga Kümmeke aus Witten, die jährlich bis zu 7.000 Euro an Spenden für die Kriegsgräberfürsorge sammelte. Für ihr Engagement wurde ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen. Dazu gehört auch Gustav Theismann, der Ehrenoberst einer Schützenbruderschaft im ostwestfälischen Hövelhof. Sein Vater war nicht aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. In Gedenken an ihn und viele weitere Kriegstote sammelt er seit Jahrzehnten in seiner Gemeinde Spenden für den Volksbund. Zu ihnen gehört auch Klaus Haschke, der als Reservist viele Arbeitseinsätze des Volksbundes auf Kriegsgräberstätten begleitet hat. Seit beinahe 40 Jahren sammelt auch er Spenden für den Volksbund in seinem Heimatort Viersen.

Alle drei stehen exemplarisch für die Vielzahl an Menschen, die den Volksbund auf ganz unterschiedliche Weise unterstützen und mitgestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein deutscher Verein, der auf 100 Jahre zurückblicken kann, findet mit großer Wahrscheinlichkeit auch dunkle

Seiten seiner Biographie. Denn Vereinsgeschichte spiegelt immer auch die Geschichte einer Gesellschaft, und Vereine sind immer Teil einer Gesellschaft. Aber vor dem Hintergrund seiner besonderen Aufgabe gilt dies erst recht für den Volksbund.

Der Volksbund war Akteur in der Weimarer Republik und im Dritten Reich.

Er war nicht unschuldig an der Aushöhlung der Weimarer Demokratie.

Und durch den Bau monumentaler Kriegsgräberstätten war er ein willfähiges Werkzeug der Nationalsozialisten. Heute ist sich der Volksbund der Tatsache bewusst, dass er einen schwierigen Spagat bewältigen muss. Ohne pauschale Schuldzuweisung müssen wir erkennen, dass auf jedem deutschen Soldaten, der im Zweiten Weltkrieg gekämpft und dabei sein Leben gelassen hat, der Schatten der NS-Diktatur lastet.

Angesichts der Schrecken, die im 20. Jahrhundert von Deutschland ausgegangen sind, müssen wir Deutsche sehr dankbar für die offenen Hände sein, die uns die Europäer und die Amerikaner nach diesem Krieg entgegenstreckten. Das Friedenswerk der Europäischen Union ist bis heute unübertroffen. Vor unserer Geschichte tragen wir die Verantwortung dafür, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Die Erinnerung an Krieg und Gewaltherrschaft betrachten wir als Mittel der Verständigung, des Friedens, der Freiheit und der Demokratie. Kriegsgräberfürsorge verstehen wir als Beitrag zur europäischen Integration. Der Volksbund

– seine Mitglieder, seine Unterstützer und seine Mitarbeiter – sind sich der Verantwortung, die sich aus unserer Geschichte für unsere Gegenwart und unsere Zukunft ergibt, in hohem Maße bewusst.

Dass der Volksbund weiter gebraucht wird, zeigen die einschneidenden Erlebnisse der jüngsten Zeit. Der Mord an Walter Lübcke und das Attentat auf die Synagoge in Halle versetzen auch uns Mitglieder des Volksbundes in große Sorge. Denn wer, wenn nicht wir, wissen um die Folgen von rechtsextremer Hetze, Diffamierung Andersdenkender und Ausgrenzung von allen, die anders sind. Die Folgen begegnen uns bei unseren Besuchen der Kriegsgräberstätten mit erschreckender Deutlichkeit.

Deshalb setzen wir uns weiter für den Frieden ein – sei es als Soldat/in im Arbeitseinsatz, als Betreuer/in eines Workcamps, als Vorsitzende/r eines Kreisverbandes oder als Sammler/in bei der Haus- und Straßensammlung. Wir berichten unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, was und wen wir auf den Kriegsgräberstätten vorfinden. Wir suchen die Verständigung mit den Menschen in unseren Nachbarländern. Wir kommen mit unseren Nachbarn ins Gespräch über die Geschichte der Weltkriege. Wir bringen junge Menschen mit Kriegsgräbern in Kontakt. Wir sind wachsam gegenüber Versuchen, das Kriegstotengedenken einseitig politisch zu vereinnahmen. Wir tragen dadurch dazu bei, dass die Welt friedlich bleibt und hoffentlich friedlicher wird.



Meine Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des Volksbundes, ich habe zu Beginn gefragt, ob wir heute jubeln dürfen. In der Tat gilt dies nur mit großen Einschränkungen. Aber auf einen großen Teil unserer Arbeit, auf die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, dürfen wir zurecht stolz sein. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre engagierte Tätigkeit und für Ihre großartige Unterstützung. Und ich wünsche dem 100-jährigen Volksbund noch viele weitere erfolgreiche Jahre. Denn auch nach 100 Jahren wird der Volksbund gebraucht – vielleicht sogar mehr denn je.

\*\*\*



Feierliches Jubiläum im Max-Joseph-Saal der Münchner Residenz:  
Wilhelm Wenning, Regierungspräsident a.D. und Landesvorsitzender  
des Volksbundes in Bayern gratulierte

Foto: Koterba

## **„Kriege entstehen nicht über Nacht, sie werden vorbereitet und geplant“**

Rede des Vorsitzenden des LV Bayern, Herr Regierungspräsident a.D. Wilhelm Wenning anlässlich des 100. Gründungsjubiläums des Volksbundes im Rahmen des Festaktes / Empfanges der Bayerischen Staatsregierung am 16.12. 2019 im Max-Joseph-Saal der Residenz München

Meine Damen und Herren, wir begehen heute – auf den Tag genau – das 100-jährige Bestehen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Lassen Sie mich folgende Gedanken mit Ihnen teilen:

Am 11. November 1918 endet der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. 17 Millionen Tote sind zu beklagen. Im Versailler Vertrag verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten gegenseitig zur Erhaltung der Gräberstätten. Aus alliierterm Gewahrsam heimkehrende deutsche Kriegsgefangene berichten jedoch über den – zum Teil – verwahrlosten Zustand der deutschen Kriegsgräber. Zu diesem Zeitpunkt ist der junge, durch innere Krisen geschüttelte deutsche Staat weder politisch noch wirtschaftlich in der Lage, sich um diese Hunderttausende von Kriegsgräbern zu kümmern.

In verschiedenen Regionen Deutschlands bilden sich Initiativen in Sachen Kriegsgräberfürsorge, die – zunächst in Konkurrenz zueinander stehend – auf Ausdehnung abzielen. Sie alle werden anfangs von wenigen Aktiven getragen und gewinnen langsam eine breitere Basis. Am 14. September 1919 wird hier in München der „Deutsche Kriegsgräber-Schutzbund“ ins Leben gerufen. Der Ortsgruppe München gehören zunächst 100 Mitglieder an. Am 16. Dezember 1919 wird in Berlin der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ gegründet. Der Deutsche Kriegsgräber-Schutzbund, innerhalb kürzester Zeit auf rund 3.000 Mitglieder angewachsen, integriert sich, nachdem er seinerseits die Berliner Gründung noch Anfang Dezember 1919 zum Anschluss aufgefordert hatte, im März 1920 als Landesverband Bayern.

Es erfüllt uns doch mit berechtigtem Stolz, sagen zu können, dass die Deutsche Kriegsgräberfürsorge ihre Wurzeln auch und gerade hier in Bayern hat! Bis November 1921 haben sich acht Bezirksverbände – bestehend aus rund 100 Ortsgruppen mit rund 8.000 Mitgliedern – um ihre Gründer und Vorsitzenden geschart: Oberbayern (Verleger Fröhlich), Niederbayern (Gartenbaudirektor Rösle), Oberpfalz (Prälat Mehler), Oberfranken (Architekt Kummer), Mittelfranken (Rechtsanwalt Dr. Schloß), Unterfranken (Regierungspräsident v. Henle), Schwaben (Fabrikant Kesel) und die Pfalz (Regierungsdirektor Morgens). In Dankbarkeit erinnern wir uns an die Männer der ersten Stunde.

Im März 1921 finden erste öffentliche Sammlungen statt. Im Mai des gleichen Jahres stellt das Reichsinnenministerium fest, dass der Volksbund „[...] eine Liebestätigkeit [entfaltet], die eine wertvolle Ergänzung der amtlichen Fürsorge ist.“ Der Volksbund muss in der folgenden Zeit zwar Rückschläge durch Inflation und Devisenmangel hinnehmen, kann seine Arbeit aber bis Ende der 1920er Jahre weiter ausbauen. Der Landesverband Bayern sorgt zu diesem Zeitpunkt für 91 „Patenfriedhöfe“ – in den Vogesen, im Baltikum, in Siebenbürgen und in Polen.

Eine der bemerkenswertesten Leistungen im Inland war – ab 1922 – die sukzessive Durchsetzung des Volkstrauertages als zentraler Gedenktag an die Opfer des Krieges – im Übrigen zurückgehend auf den bayrischen Vorschlag zur Einführung eines „Nationaltrauertages“.

1930 hat der Volksbund reichsweit 138.000 Mitglieder, zwei Drittel der über 5.000 korporativen Mitgliedschaften sind Veteranenvereinigungen. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wird aus dem Volkstrauertag der „Heldengedenktag“ als Teil der nationalsozialistischen Propaganda. Beschämt müssen wir feststellen, dass der Volksbund sich diesen Tendenzen nicht nur nicht entzogen, sondern sie aktiv unterstützt hat.

Zwar ist es richtig, dass der Volksbund nicht im Zuge der Gleichschaltung in das nationalsozialistische Organisationsgefüge einbezogen wurde, aber dies war

auch nicht nötig. Der Volksbund funktionierte auch so im Sinne der Machthaber.

Ein Blick ins Jahr 1945: mindestens 55 Millionen Tote sind die erschütternde Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Auch der Volksbund fällt unter das Vereinsverbot der Besatzungsmächte. Die Wiederaufnahme des Dienstbetriebes ist mit heute unvorstellbaren Schwierigkeiten verbunden.

Am 4. September 1947 wird die Lizenz zur Neugründung des Volksbundes in Bayern erteilt.

1949 berichtet die Verbandszeitschrift rückblickend: „Millionen von Angehörigen lebten im Zustand zermürbender Ungewissheit über das Schicksal ihrer Väter, Brüder, Männer und Söhne. Wo immer noch eine Geschäftsstelle des Volksbundes vorhanden war, wurde sie mit verzweifelten Bitten um Hilfe bestürmt.“

Eine Umbettungsgruppe des Volksbundes birgt in mühevoller Arbeit in fast 1.600 bayerischen Gemeinden über 15.000 Tote aus Feldgräbern und Behelfsanlagen. Unter Bauleitung des Volksbundes entstehen zahlreiche Kriegsgräberstätten. Heute ruhen im Freistaat an über 350 Orten rund 167.000 Tote der beiden Weltkriege und der NS-Gewaltherrschaft. Sie haben wie alle Kriegstoten ein dauerndes Ruherecht.

Das 20. Jahrhundert ist nicht nur ein Jahrhundert der beiden totalen Weltkriege und des massenhaften ge-

waltsamen Todes. Es steht vielmehr auch im Zeichen der Erinnerung und des Gedenkens an die vielen Millionen Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft. Eine tragende Rolle nimmt hierbei der Volksbund ein. 70 Prozent der für diese Gedenk- und Friedensarbeit erforderlichen finanziellen Mittel stammen vom Bürger. Neben Mitgliedsbeiträgen, Mailingspenden und Erbschaften werden diese Zuwendungen zu einem Großteil in enger Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt generiert: Sammlungen, Benefizkonzerte, Gedenkerzen-Verkauf.

Ein herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle den Wegbegleitern, die unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen:

- der Bayerischen Staatsregierung
- dem Bayerischen Landtag
- den Gebietskörperschaften
- den bayerischen Bezirken
- den Krieger-, Soldaten-, Reservisten- und Traditionsvereinen und deren Dachverbänden
- der Bundeswehr
- der Bayerischen Bereitschaftspolizei
- der Bundespolizei
- dem Konsularischen Korps
- den Kirchen
- den Schulen
- den Firmen verschiedenster Gewerke
- den hauptamtlichen Mitarbeitern einst und jetzt.

- Zwei Gruppen möchte ich besonders hervorheben:
- zum einen die Mitglieder und Spender, die unsere Arbeit finanzieren und damit erst ermöglichen;
  - zum anderen unsere vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter

Nicht nur für heutige Jugendliche und junge Erwachsene liegt der Zweite Weltkrieg jenseits ihres zeitgeschichtlichen Horizontes; auch deren Eltern und Großeltern haben ihn nicht mehr miterlebt. Die Kriegs- und Erlebnisgeneration hat inzwischen das 90. Lebensjahr deutlich überschritten und verstummt zusehends. Für die zwischen 1930 und 1945 Geborenen hat sich wiederum der Begriff „Kriegskinder“ etabliert. Ein erheblicher Teil einer ganzen Generation wuchs ohne Vater auf. Die Entscheidungsträger dieser Generation – in vielen Fällen überzeugte und überzeugende Fürsprecher des Volksbundes – sind bereits seit Jahren aus ihrer aktiven Tätigkeit im politisch-administrativen oder ministeriellen Bereich, in Schule, Kirche, Militär und Medien ausgeschieden. Die „Kriegskinder“ stellen den Großteil der bundesweit rund 300.000 regelmäßig zahlenden Förderer und bilden seit den letzten 10 bis 15 Jahren den Kern der besonders engagierten Ehrenamtlichen. Gradmesser der ehrenamtlichen beziehungsweise freiwilligen Unterstützung wie auch der Akzeptanz der Kriegsgräberfürsorge seitens des Bürgers ist seit jeher die Haus-, Straßen- und Friedhofssammlung. Bundesweit kommen hier regelmäßig über fünf Mil-



lionen Euro an Spenden zusammen – davon stammen knapp 40 Prozent aus Bayern. Spendenbereitschaft in der Bevölkerung ist zweifelsohne vorhanden. Es kommt entscheidend darauf an, ob und in welchem Umfang es weiterhin gelingt, Menschen im Ehrenamt – in Zivil, Vereinskleidung oder in Uniform – als Sammler zu gewinnen und zu binden.

Die Menschen in weiten Teilen Europas haben sich – 30 Jahre nach dem Fall der Mauer – an ein Leben in Freiheit, Demokratie und Frieden gewöhnt. Die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und das Bewusstsein für die zerstörerische Natur von Nationalismus und Protektionismus verflüchtigt sich. Jedoch sind Kriege keine Naturkatastrophen, sie brechen nicht aus. Kriege entstehen nicht über Nacht, sie werden vorbereitet und geplant. Sie werden gemacht. Ihre Voraussetzungen sind eine Herabsetzung der Angehörigen anderer Nationen, autoritäre Denkmuster sowie die eigene nationalistische Überhöhung. „Kriegsgräberfürsorge ist Arbeit für den Frieden in Europa“ – der von allen fünf Verfassungsorganen unterzeichnete Aufruf vom Juni 2019 greift diesen Gedanken dezidiert auf und würdigt die völkerverbindende Arbeit des Volksbundes.

Im 100. Jahr des Bestehens stellt sich für uns immer drängender die Frage, wie wir künftig die notwendige finanzielle und ideelle Unterstützung sicherstellen können.

Zum einen wird der Anteil der öffentlichen Hand von bisher 30 Prozent bereits mittelfristig spürbar steigen müssen. Dies wird seitens der Zuschussgeber mit einer stärkeren Einflussnahme auf die Mittelverwendung im Detail und erhöhtem bürokratischen Aufwand einhergehen. Zum anderen gilt es, durch eine nachhaltige Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit den nachwachsenden Generationen den Wert des Friedens zu vermitteln und all das, was Kriegsgräberfürsorge in ihrem Wesensgehalt ausmacht und sie legitimiert, im Wertekanon der Gesellschaft zu verankern. Fakt ist: Der Themenkomplex „Zweiter Weltkrieg und Nationalsozialismus“ stößt in der jetzt vierten Generation auf reges Interesse. Hier ist Anschaulichkeit der Schlüssel des Zugangs zur Thematik.

Aber: Kriegsgräberstätten erklären sich immer weniger von selbst, sie bedürfen der Erläuterung. Nur so werden Kriegsgräberstätten zu außerschulischen Lernorten, an denen Geschichte und Einzelschicksale begreifbar werden. Eine entsprechende Lehrplanverankerung beziehungsweise über den Charakter von Empfehlungen hinausgehende, verbindliche Richtlinien für die Schulen sind nach wie vor Desiderate. Kriegsgräber sind Stätten der Begegnung, an denen sich Menschen verschiedenen Alters und Nationalität treffen. Dieser besondere Charakter wird auch durch jährlich mehr als 30 Workcamps und Jugendbegegnungen auf Kriegsgräberstätten unterstrichen.

Die vier Jugendbegegnungsstätten werden jedes Jahr von 20.000 jungen Menschen genutzt.

Regelmäßig besuchen Reisegruppen der Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände des Volksbundes die Friedhöfe. Zahlreiche Besucher stehen erstmals am Grab ihres Familienangehörigen. Wie groß nach wie vor das Interesse an den Kriegsgräbern ist, belegen auch die weit über 40.000 Anfragen, die den Volksbund jährlich telefonisch oder schriftlich erreichen, insbesondere aber die Tatsache, dass die Online-Gräbersuche auf [www.volksbund.de](http://www.volksbund.de) 3,5 Mio. Mal pro Jahr angeklickt wird.

Ich fasse zusammen: Der Volksbund im Jahr 2019 ist kein rückwärtsgewandter Zusammenschluss, keinfriedhofsgärtnerischer Verschönerungsverein, kein Nischeninteressen-Verband, kein rein staatlich finanzierter, regierungsamtlich verfasster und verwaltender Gräberdienst.

Der Volksbund im Jahr 2019 ist vielmehr ...

- eine der ältesten Bürgerinitiativen in Deutschland, deren Ursprünge auch und gerade in Bayern liegen und die bis heute hier im Freistaat einen – auch im bundesweiten Vergleich – besonderen Rückhalt aus der Bevölkerung erfährt
- parteipolitisch neutral
- konfessionell ungebunden
- föderal gliedert in 16 Landesverbände

- verlässlicher Partner und Berater der Friedhofsträger im Inland bei deren Aufgabenerfüllung nach dem Gräbergesetz seit 1952
- weltweit die einzige Kriegsgräberorganisation, die – seit 1953 – eine eigene Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit betreibt
- Sachwalter der Bundesregierung für die Kriegsgräberfürsorge im Ausland seit 1954 [aktuell betreut der Volksbund 832 Kriegsgräberstätten in 46 Staaten mit etwa 2,8 Millionen Kriegstoten und hat seit Fall des „Eisernen Vorhanges“ über 950.000 Gefallene geborgen]
- ein Verband mit einem humanitären, gesellschaftspolitisch unabdingbaren Auftrag.
- Brückenbauer bei der Annäherung der ehemaligen Feindstaaten auf zivilgesellschaftlicher Ebene.
- ein anerkannter und moderner Akteur der Erinnerungs- und Gedenkkultur, der durch Fürsorge für die Gräber und durch Angehörigenbetreuung sowie durch Gedenk- und Bildungsarbeit die Erinnerung an die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft wachhält, deren Tod als Auftrag zu Friedens- und Versöhnungsarbeit begreift und so seinen Beitrag zur Förderung des europäischen Gedankens leistet.
- ein eingetragener Verein privaten Rechts, der Menschen aller Altersgruppen, Verbände und Institutionen, denen die Kriegsgräberfürsorge am Herzen liegt, im Zeichen der fünf Kreuze und im Sinne der Devise „Gemeinsam für den Frieden“ zusammenführt.

Ich möchte nicht schließen, ohne der ehrenamtlichen und der hauptamtlichen Mitarbeiter zu gedenken, die nicht mehr unter uns sind, jedoch maßgeblichen Anteil an der Entwicklung und den Leistungen der vergangenen Jahrzehnte haben. Hinweisen darf ich Sie auf die Ausstellung „Europa, der Krieg und ich“, die im Foyer platziert ist.

Ich schliesse mit einem aufrichtigen Dank an Sie alle, die Sie dazu beigetragen haben bzw. weiterhin aktiv daran mitwirken, dass der Volksbund auch mit „100“ mitten im Leben steht!

\*\*\*



**Bisher in**  
VOLKSBUND *FORUM*  
**erschieden**

- Band 1: „Darf der Rote Baron wieder Held sein?“ Politisch-wissenschaftliches Kolloquium in der Jerusalemkirche, Berlin, 16. Oktober 2008; Kassel 2008.
- Band 2: Rolf Wernstedt: Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.; Kassel 2009.
- Band 3: Den Frieden gewinnen. Ansprachen zum Volkstrauertag 2009; Kassel 2009.
- Band 4: Gemeinsam erinnern. Beiträge aus dem Workshop „Gedenkkultur und Zukunftsperspektiven im Bereich der universitären Ausbildung“, Wolgograd, 25. Juni 2009; Kassel 2010.
- Band 5: Vertrauen ist etwas Kostbares. Ansprachen zum Volkstrauertag 2010; Kassel 2011.
- Band 6: Tätiges Erinnern. Ansprachen zum Volkstrauertag 2011; Kassel 2012.
- Band 7: Zwischen Usedom und Uznam. Die Geschichte der deutsch-polnischen Grenze 1945-1951; Kassel 2012.



- Band 8: Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen; Kassel 2012.
- Band 9: Frieden ist ein Privileg. Ansprachen zum Volkstrauertag 2012; Kassel 2013.
- Band 10: Erinnern und Gedenken sind keine Momentaufgabe: Tagungsband des 1. Symposiums des Riga-Komitees in Magdeburg; Kassel 2013.
- Band 11: Für die Zukunft Europas. Ansprachen zum Volkstrauertag 2013; Kassel 2014.
- Band 12: Stehengebliebene Lebensuhren. Frankfurt am Main im Bombenkrieg; Kassel 2014.
- Band 13: Frieden muss strukturell verankert sein. Landtag Baden-Württemberg: Gedenkveranstaltung 100 Jahre Erster Weltkrieg; Kassel 2014.
- Band 14: Der Erste Weltkrieg – Zwischen nationalgeschichtlichem Paradigma, populärer Erinnerungskultur und europäischer Integration. Beiträge aus dem Symposium vom 7. bis 9. Mai 2014 in Berlin; Kassel 2014.

- Band 15: Können Feinde zusammen trauern? Reden zum Volkstrauertag 2014 und zum Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren; Kassel 2014.
- Band 16: Was kümmert uns der Krieg von gestern? Perspektivenwechsel im Gedenken an die Toten der Weltkriege; Kassel 2015.
- Band 17: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges. Ausgewählte Gedenkreden zum 8. Mai 1945; Kassel 2015.
- Band 18: „Die Gemeinschaft der Demokraten ist stärker als die Internationale des Hasses“. Reden zum Volkstrauertag 2015; Kassel 2016.
- Band 19: Gedenken und Erinnerung in die Zukunft tragen. Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2016 an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge; Kassel 2016.
- Band 20: Frieden, Vertrauen und Versöhnung. Reden zum Volkstrauertag 2016; Kassel 2017.
- Band 21: Im Rücken der Geschichte. Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern; Kassel 2017.

- Band 22: Plädoyer für ein gemeinsames Gedenken.  
Reden zum Volkstrauertag 2017; Kassel 2018.
- Band 23: 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Reden zum Volkstrauertag 2018. Kassel 2019.
- Band 24: 100 Jahre Volksbund in Aachen. Gründung und frühe Jahre des ersten rheinischen Ortsverbandes. Kassel 2019.
- Band 25: Ehren? Gedenken? Trauern? Erinnern?  
Gedanken zur Kultur der Erinnerung in Deutschland und der Rolle des Volksbundes. Kassel 2019.
- Band 26: Die nicht wiederkehrten – eine Neuauflage  
Kassel 2019.
- Band 27: Frieden braucht Mut: 100 Jahre Volksbund.  
Die Reden des Jubiläumsjahres. Kassel 2020.

# Impressum

## Herausgeber

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Werner-Hilpert-Straße 2, 34117 Kassel

Telefon: 0561 7009-0, Telefax: 0561 7009-221

E-Mail: [info@volksbund.de](mailto:info@volksbund.de)

## Spendenkonto

Bank: Commerzbank Kassel

IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00

BIC: COBADEFFXXX

## Verantwortlich

Daniela Schily, Generalsekretärin

## Redaktion

Harald John

## Gestaltung und Satz

René Strack

## Druck

GGP Media, Pößneck, 2020-12,5

---

## Gefördert durch

Lützowufer 1, 10785 Berlin

[www.GedenkenundFrieden.de](http://www.GedenkenundFrieden.de)

[info@GedenkenundFrieden.de](mailto:info@GedenkenundFrieden.de)

Tel. 0800 7777-001

Fax 0561 7009-221



**Stiftung  
Gedenken  
und  
Frieden**